Nr. 71 ◆ 43. Jahrg.

Ausgabe A Nr. 36

Bezugspreis:
Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 3.– Reichsmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutſchland, Danzig, Saar- und Memelgebiet, Oeſterreich, Litauen, Luxemburg 4.50 Reichsmark, für das übrige Ausland 5,50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk und Zeit" mit „Siedlung und Kleingarten" ſowie der Beilage „Unterhaltung und Wiſſen" und Frauenbeilage „Frauenſtimme" erſcheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adreſſe:
„Sozialdemokrat Berlin"

Morgenausgabe

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratiſchen Partei Deutſchlands

10 Pfennig

Anzeigenpreiſe:
Die einſpaltige Nonpareillezeile 80 Pfennig. Reklamezeile 5.– Reichsmark. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 25 Pfennig (zuläſſig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellengeſuche das erſte Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchſtaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Zeile 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Zeile 40 Pfennig.

Anzeigen für die nächſte Nummer müſſen bis 4½ Uhr nachmittags im Hauptgeſchäft, Berlin SW 68, Lindenſtraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 8½ Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenſtraße 3
Fernſprecher: Dönhoff 292–297.

Freitag, den 12. Februar 1926

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., Berlin SW. 68, Lindenſtr. 3
Poſtſcheckkonto: Berlin 37 536 – Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angeſtellten und Beamten, Wallſtr. 65; Diskonto-Geſellſchaft, Depoſitenkaſſe Lindenſtr. 3.

Das unterirdiſche Ungarn.

Bethlen, Hejjas & Co.

Ein glücklicher Zufall eröffnet uns Einblick in das allerjüngſte unterirdiſche Ungarn. Dieſes unterirdiſche Ungarn iſt ganz eigener Art. Es iſt nicht, wie man erwarten könnte, gegen die Diktatoren gerichtet, ſondern vielmehr von ihnen errichtet.

Aeußerſt zahlreich ſind jene „nationalen Vereinigungen", auf denen ſich das heute in Ungarn herrſchende Regime aufbaut. Wirft man nun einen Blick in die folgenden Dokumente Ungarns, ſo ſieht man, daß eine jede der offenen nationalen Vereinigungen auch eine geheime Organiſation hat, und daß die Mitglieder der Regierung Bethlen ſich in der Leitung der geheimen Organiſationen brüderlich mit jenen Männern treffen, die vor der Oeffentlichkeit, als Führer der nationalen Vereinigungen, als ihre Gegner erſcheinen.

Als „Verband der geſellſchaftlichen Vereine" (ungariſch: „Tarsadalmi egyesületek szövetsége" in Abkürzung: „Teſz"), deſſen Präſident der aus ſeinem Briefwechſel mit dem Grafen Bethlen bekannte Baron Sigismund Perényi iſt, ſpielt dieſe Organiſation eine Hauptrolle im politiſchen Leben Ungarns. Aber noch viel wichtiger iſt die Rolle der geheimen Organiſationen. Dieſe ſind ganz wie die öffentlichen Vereine in einer Spitzenorganiſation verbündet, die den Titel „Brüderlicher Verband" führt. (Der ungariſche Titel lautet „Testvér Szövetség", und in Abkürzung ganz wie der öffentliche Verband „Teſz".)

Hier wie dort iſt Präſident Baron Perényi, der als langjähriger Verwaltungsbeamter und als geweſener Innenminiſter des weißen Terrors Erfahrungen in der Organiſation hat.

Ganz eigenartig iſt die Leitung und ihre Zuſammenſetzung. Neben der achtgliedrigen geſchäftsführenden Direktion ſteht die eigentliche politiſche Direktion, die in Erinnerung an den militäriſchen Charakter der ganzen Geheimorganiſation den Titel „Lager" führt. In den beiden Direktionen ſitzen nicht bloß die Führer und Leiter der einzelnen geheimen Organiſationen, ſondern auch eine große Reihe von hohen Militärs und Beamten, ſowie Miniſterpräſident Bethlen, ſo daß danach nicht nur die Regierung, ſondern auch faſt die geſamte Adminiſtration und große Teile der Armee in den Händen der geheimen Organiſationen ſind. Derart kann denn ohne Uebertreibung geſagt werden, daß recht eigentlich ganz Ungarn in den Händen dieſer geheimen Spitzenorganiſationen iſt.

Nicht unintereſſant iſt die Geſellſchaft zu überblicken, in der ſich hier der Miniſterpräſident Graf Bethlen befindet. Da ſind vorerſt knapp neben ihm in der Reihe drei Herren, die ſchon in der Angelegenheit der Frankfälſchung verhaftet ſind. Es ſind dies: der Landespolizeichef Nadoſſy, der Vizepräſident des des öffentlichen „Teſz" Joſef Szörtſey und der geweſene Kommandant des kartographiſchen Inſtituts General Haits. Dann finden wir dort eine Reihe von Abgeordneten, faſt lauter Mitglieder der Partei der Raſſenſchützler, die im Parlament Herrn Bethlen „Oppoſition" machen. Dann gibt es da Militärs und Militärgeiſtliche in den allerverſchiedenſten Abſtufungen bis zu dem bekannten Eideshelfer der Banknotenfälſcher, dem Feldbiſchof Zadravetz. Daß dem Miniſterpräſidenten auch noch andere Miniſter, Staatsſekretäre, Miniſterialräte, Richter, Staatsanwälte und Polizeibeamte Gefolgſchaft leiſten, iſt nicht zu verwundern. Verwunderlich aber, äußerſt verwunderlich iſt ein Name: Ivan Hejjas. Er iſt der Führer der wilden Mordgeſellen, die ſolange Ungarn heimgeſucht, den man in der Preſſe und im Parlament offen und ohne Widerſpruch als Mordbuben gekennzeichnet — ein Direktionsgenoſſe des Miniſterpräſidenten? Man würde es für unmöglich halten, wüßte man nicht, daß Hejjas nicht nur das Zentrum der militäriſchen Verſchwörung, der ja die ganze geheime Organiſation dient, ſondern, daß dieſer Mann auch als Oberbefehlshaber der zukünftigen Verſchwörerarmee auserſehen iſt.

Welcher militäriſchen Verſchwörung? Einmal hat man ſie ſchon an der Arbeit geſehen. Bei dem Einbruch in das Burgenland. Schon damals lehnte die ungariſche Regierung jede Verantwortung ab und kennzeichnete dieſen Einbruch, der mit ihrer Hilfe vorbereitet war, als ſpontanen Entrüſtungsausbruch der Bevölkerung.

Und ein ähnlicher „Entrüſtungsausbruch" war auch jetzt wieder geplant. Nur ſollte er diesmal gegen den öſtlichen Teil der Tſchechoſlowakei, gegen Ruſzka Krajna gerichtet ſein. Daß gelegentlich der durch dieſen Einbruch in der Tſchechoſlowakei hervorgerufenen Verwirrung in Ungarn ein Königsputſch gemacht werden ſollte, iſt nur ſelbſtverſtändlich. Nur rechneten die Anhänger aller drei Prätendenten, Otto, Joſef, Albrecht, ihren Kandidaten durchzudrücken.

Da aber eine ſolche geheime Organiſation viel Geld verſchlingt, ein Einbruch in benachbartes Gebiet noch mehr koſten würde, die Regierung aber wegen der ausländiſchen Finanzkontrolle ziemlich knapp ſein muß, gedachte man, wie ſo oft ſchon in den letzten Jahren, mit Hilfe von gefälſchten fremden Geldern ſich zu helfen. Da es ſich aber jetzt um ein viel größeres Unternehmen handelte, wollte man auch das Geldfälſchen in viel größerem Stile betreiben. Da alle die Geheimorganiſation betreffenden wirtſchaftlichen und politiſchen Fragen vorher in der Direktion beſprochen wurden, um dann, wenn bezüglich derſelben Beſchlüſſe gefaßt wurden, dieſelben als Befehle den Organiſationen zu übermitteln, erſcheint es als zweifellos, daß auch die Frankenfälſchung in der Direktion beſprochen und dort beſchloſſen wurde.

Der geiſtige Urheber des ganzen Planes der Frankenfälſchung und ihr eigentlicher Leiter war, verläßlichen Berichten zufolge, der Leiter der Operationsabteilung im Kriegsminiſterium Oberſt L. Fiſcher. Er unterſteht in dieſer Eigenſchaft weder dem Kriegsminiſterium noch dem Armeeoberkommando, ſondern bloß dem Regenten als oberſten Kriegsherrn. Fiſcher gilt als ausgezeichneter Offizier von großem Wiſſen. Während der Orden vom heiligen Georg, deſſen Chef Baron Perényi iſt, die Hauptrolle bei der Durchführung der Fälſchungen und beim Vertriebe ſpielte. Sehr bezeichnend iſt auch, daß die Polizeibeamten, in deren Händen die Unterſuchung der Fälſcheraffäre liegt, faſt durchgängig Mitglieder der Direktion ſind, ganz ebenſo wie jener Richter Paulay, der zur Einholung der Akten nach Holland entſendet war.

Horthy verſuchte auch, eine ihm treu ergebene Garde, einen neuen Adel zu verſchaffen. Für tapferes Verhalten während des Krieges, d. h. für die dem weißen Terror geleiſteten Dienſte, werden noch heute Männer zu „Helden" (vitez) geſchlagen. Ein ſolcher „Held" bekommt ebenſo wie im Mittelalter für ſeine Verdienſte Grund und Boden verliehen. Dies iſt die Bedeutung des Wortes „Held", das in dem angeführten Verzeichnis vor ſo vielen Namen ſteht.

Die hier mitgeteilte Namensliſte wird jedenfalls viel dazu beitragen, Licht zu ſchaffen in dem wirren Dſchungel der ungariſchen Frankfälſchungen.

Die ungariſchen Geheimverbände.

Brüderlicher Verband.

Präſident Baron Sigismund Perényi, Präſident des Nationalverbandes (Teſz), gew. Miniſter des Innern

Geſchäftsführende Direktion.

Arpad Galocſy, Ludwig Fiſcher, Oberſt, Chef der Operationsabteilung im Kriegsminiſterium; Julius Gömbös, Abgeordneter, gew. Hauptmann des Generalſtabes; Sigmund Endre, Abgeordneter; Deſider Kovacſics, Obergeſpan, Regierungskommiſſär für

Beſitzſteuerabbau und Erwerbsloſe.

Warnung der ſozialdemokratiſchen Reichstagsfraktion.

Die ſozialdemokratiſche Reichstagsfraktion ſtellte nach Entgegennahme des Berichts ihrer dem Sozialen Ausſchuß angehörenden Mitglieder einſtimmig feſt:

Das in den letzten Tagen bekannt gewordene Regierungsprogramm zur Erwerbsloſenfürſorge bleibt hinter den beſcheidenſten Erwartungen und auch hinter der Erklärung des Reichskanzlers weit zurück. Im Dezember wurde die ausreichende Erhöhung der Unterſtützungsſätze und der Ausbau der Verordnung über die Erwerbsloſenfürſorge mit dem Hinweis auf das Fehlen einer neuen Regierung zurückgeſtellt. Jetzt, nachdem die Regierung gebildet iſt, ſoll, abgeſehen von einer beſchränkten Kurzarbeiterunterſtützung, überhaupt nichts weiter geſchehen.

Die von der Sozialdemokratie im Sozialen Ausſchuß geſtellten Anträge auf Erhöhung der Unterſtützungsſätze, Gewährung von Beihilfen an die Ausgeſteuerten und Beſeitigung der zeitlichen Beſchränkung in der Unterſtützungsdauer ſind aber das Mindeſtmaß der augenblicklich erforderlichen Notſtandsmaßnahmen.

Die Programmrede des neuen Reichsfinanzminiſters hat die Beſtätigung für die Annahme geliefert, daß dem Reiche Mittel zur ausreichenden Milderung der ſich ſtändig verſchärfenden Not der unſchuldigen Opfer der Wirtſchaftskriſe zur Verfügung ſtehen. Bleibt es bei den Abſichten der Reichsregierung, die Steuerlaſten, alſo auch die Beſitzſteuern zu ſenken, aber nichts zu unternehmen, um die Fürſorge für Erwerbsloſe zu verbeſſern, ſo bedeutet das, daß die Reichsregierung allen Kreiſen des Volkes helfen will, mit Ausnahme der am meiſten unter der Wirtſchaftskriſe leidenden.

Die Sozialdemokratie warnt vor einer ſolchen Politik, weil ſie nicht zur alsbaldigen Linderung der Wirtſchaftskriſe beiträgt. Sie hält den Abbau von Beſitzſteuern für unmöglich, ſolange nicht ausreichend für die Opfer einer falſchen Wirtſchaftspolitik geſorgt iſt.

2 Millionen Erwerbsloſe.

Die Arbeitskriſe auf dem Höhepunkt.

Das Reichsarbeitsminiſterium gibt die Zahl der unterſtützten Erwerbsloſen für den Stichtag des 1. Februar mit 2 030 000 gegenüber 1 767 000 am 15. Januar 1926 an. Darunter befinden ſich 1 773 000 männliche (am 15. Januar 1 155 000) und 257 000 weibliche (am 15. Januar 212 000). Die Zahl der Zuſchlagsempfänger ſteigerte ſich für die Zeit vom 15. Januar bis zum 1. Februar 1926 von 2 090 000 auf 2 359 000.

Die Statiſtik erfaßt zum erſtenmal auch die arbeitsloſen Angeſtellten. Die Zahl dürfte ſich allein dadurch um mindeſtens 96 000 bis 110 000 geſteigert haben. Außerdem iſt das Endergebnis der ſtatiſtiſchen Erhebung dadurch ungünſtig beeinflußt worden, daß ſich die Unterſtützungszeit von 26 auf 39 bzw. 52 Wochen verlängert hat.

Im großen und ganzen iſt damit zu rechnen, daß die Verſchärfung auf dem Arbeitsmarkt ungefähr am 1. Februar ihren Höhepunkt erreicht hat. Damit ſtimmt überein, daß die einzelnen Landesarbeitsämter für den bisherigen Verlauf des Monats Februar einen, wenn auch geringfügigen Rückgang der Arbeitsloſenzahlen melden.

Kurzarbeiterfürſorge.

Am Freitag vormittag wird der Verwaltungsrat des Reichsamts für Arbeitsvermittlung zu der Kurzarbeitervorlage der Reichsregierung Stellung nehmen. Die von der Sozialdemokratiſchen Reichstagsfraktion gegenüber der Regierungsvorlage geltend gemachten Verbeſſerungsvorſchläge, die ſich der Unterausſchuß des Sozialpolitiſchen Ausſchuſſes des Reichstages zum Teil zu eigen gemacht hat, finden im Reich wie in verſchiedenen Ländern Widerſtand bei den Finanzämtern. Bei der Annahme der Regierungsvorlage würden ſich die aus der Kurzarbeiterunterſtützung ergebenden Mehrkoſten auf etwa 12 bis 13 Millionen pro Monat beziffern. Bei Annahme der ſozialdemokratiſchen Vorſchläge kämen an Mehrkoſten etwa 20 Millionen heraus. Die Reichsregierung iſt der Auffaſſung, daß eine größere Summe für die Kurzarbeiterunterſtützung ſchon deshalb nur ſchwer annehmbar iſt, weil jetzt bereits der Betrag für die Erwerbsloſenunterſtützung pro Februar auf 110 bis 115 Millionen geſchätzt werden müßte. Davon ſollen nur 36 Millionen auf die Beitragsleiſtung entfallen, während der Reſt ſich angeblich auf das Reich und die Länder verteile. Das Reich ſtellt von dieſem Betrag allein wieder rund 36 Millionen.

Kein ernſthafter Menſch wird behaupten wollen, daß die finanzielle Unterſtützungslaſt eine Kleinigkeit iſt. Man darf aber nicht vergeſſen, daß der Höhepunkt der Arbeitsloſigkeit ſicherlich erreicht iſt. Gewiß wird der Rückgang der Erwerbsloſigkeit nur ganz allmählich ſich vollziehen, aber der Beginn dieſes Rückgangs ſteht ſchon vor der Tür. Andererſeits muß immer wieder daran erinnert werden, daß die ungeheure Schädigung der Volkskraft durch Arbeitsloſigkeit und Kurzarbeit in phyſiſcher und ſittlicher Beziehung ſo gewaltig iſt, daß jeder Pfennig, der zur Abdämmung der mit der Arbeitsloſigkeit verbundenen Gefahren aufgewandt wird, dreißig-, ſechzig- und hundertfältige Frucht bringt. Die 7 oder 8 Millionen Mehrausgaben, die durch Bewilligung der ſozialdemokratiſchen Forderungen notwendig ſind, ſind eine Ausgabe, die Zins und Zinſeszinſen bringen wird. Das ſollten ſich auch die Finanzminiſter der Länder geſagt ſein laſſen.

Hochwäſſer; Alexander Mandoky, Oberſt, Feldgeiſtlicher, Nikolaus Waſthény, Miniſterial-Sektionsrat, Direktor der Raſſenſchützlerpartei, Schriftführer; Frau Tibor Unger.

Das Lager.

Graf Stefan **Bethlen**, Miniſterpräſident; Emmerich Nadoſſy, Landespolizeichef; Joſef Szörtſey, Vizepräſident des Nationalverbandes (Teſz); Julius Altenburger; Eugen Zilahy-Kiß, gew. hauptſtädtiſcher Magiſtratsrat; Eugen Hajts, General, gew. Chef des kartographiſchen Inſtitutes; „Held“ Karl Cſörgey, Oberſt, „Held“ Emmerich Szvatics, Oberſt; Nikolaus Barta, Oberſt, gew. Kommandant der Kronwache, Kommandant des Horthy-Kollegiums; Kornel Borna, Oberſtleutnant, einer der Kommandanten des Kollegiums; Géza Langefeld, Sekretär der Kabinettskanzlei des Regenten; Georg Görgey, Oberſt, Kommandant der Leibwache des Regenten; Ladislaus Ziegler, Hauptmann; Tibor Eckhardt, Abgeordneter; Ivan Hejjas, Stefan Zadravetz, Feldbiſchof; Ludwig Mayer, Feldgeiſtlicher; Emmerich Bonis, Feldgeiſtlicher; Graf Kuno Klebelsberg, Unterrichtsminiſter; Koloman Szily, Polytechnikumsprofeſſor; Anton Heckler, Univerſitätsprofeſſor; Stefan Kornay, gew. hauptſt. Rechnungsrat; Tibor Bamoſy, Univerſitätsprofeſſor; „Held“ Ladislaus Cſik, Univerſitätsprofeſſor; Michael Dömötör, gew. Innenminiſter; Johann Barany, Univerſitätsprofeſſor; Karl Wolff; Bela Saß, prot. Geiſtlicher; „Held“ Bela Olah; „Held“ Georg Banſagi; Julius Klauſz, Gewerbekünſtler; Elemér Kertész; Karl Kaan, Staatsſekretär im Ackerbauminiſterium; Paul Petri, Staatsſekretär im Kultus- und Unterrichtsminiſterium; Roman Felicides, Miniſterialrat, Chef der Abteilung für Körpererziehung; Ludwig Kaiſer, Kurialrichter; Stefan Koſzo, Staatsſekretär im Miniſterium des Innern; Stefan Biczlan, Abgeordneter; Georg Pronay, Staatsſekretär im Miniſterpräſidium; Johann Szeber, Ingenieur, Sekretär des ungariſchen Landesſchutzvereines; Andreas Zſilinſzky, Abgeordneter; Franz Ulain, Abgeordneter; Johann Zſirkay, Abgeordneter; Melchior Kiß, Abgeordneter; Julius Paulay, Gerichtshofrichter, Sekretär des Präſidenten Lenger; Ladislaus Kowics, kön. Staatsanwalt; Béla Daner, gew. kön. Staatsanwalt; Karl Andreika, Polizei-Oberſtadthauptmann-Stellvertreter; Georg Blathy, Abgeordneter; Georg Puskas, Polizeirat; Ernſt Bauer, Polizeirat; Wilhelm Bénard, Polizeirat; Rudolf Reidl, Polizeirat; Stefan Paloczy-Horvath; Karl Schiller, Redakteur der Zeitung „Levente“; Johann Bode, Abgeordneter; Gabriel Kutka, Ordonnanzoffizier; Aladar Kontra, Evangeliſcher Geiſtlicher, Georg Cſanady, Journaliſt als Vertreter des proteſtantiſchen Biſchofs Ravaſz; Koloman Tomcſanyi, Miniſterialrat.

Geheime Vereine, die in dem Bunde zuſammengeſchloſſen ſind:

Die Arpad-Verbände.

Es gibt ſolche in Budapeſt: im I. Bezirk, im II. Bezirk, im III. Bezirk, im V. Bezirk, im VI. Bezirk, im VII. Bezirk, im VIII½-X. Bezirk, im IV-IX. Bezirk.

Der Attila-Verein.

Das iſt die geheime Organiſation der Richter und Staatsanwälte. Sitz dieſer Geheimorganiſation iſt im Richterheim.

Die Szemere-Geſellſchaft.

Dieſe geheime Organiſation beſteht aus Mitgliedern der Schützengeſellſchaft „Szemere“. Ihr Führer iſt Dr. Bela Szemere, Oberarzt des weißen Kreuzſpitals, der vor einigen Jahren in den mit bayeriſchen Hakenkreuzlern geplanten Ulain-Döhmel-Putſch verwickelt war.

Der Orden vom heiligen Georg.

Ordensobere: Julius Altenburger und Baron Sigismund Perényi. Der Orden hat auch eine Frauenorganiſation. Führerin dieſer Organiſation iſt: Baronin Adele Bornemiſza. Sitz dieſes Geheimordens iſt in den Amtsräumen des Nationalbundes.

Verband der hunniſch-magyariſchen Blutsbrüder.

Der öffentliche Name dieſer geheimen Geſellſchaft lautet: Rakoczygeſellſchaft. Ihr Sitz iſt die Ofener Redoute. Zu ihren bekannteren Führern gehören: der geweſene Innenminiſter Michael Dömötör, Franz Zajthy, Blaſius Szépvizy. Der Verband iſt in vier Gruppen geteilt: Novicius, die guten Magyaren, Magier, Seher.

Ungariſche Frauen.

Es iſt dies die Geheimorganiſation der Nationalverbände der magyariſchen Frauen. Führerinnen des Geheimverbandes ſind: Cecilie Tormay, Frau Akuſius Toperczer, Frau Tibor Unger, Gräfin Raphael Zichy und Antonia Lindmayer, die gleichzeitige Präſidentin des weiblichen Pfadfinderverbandes.

Hunnia.

Dies iſt die Geheimorganiſation des Vereins der magyariſchen Techniker „Hungaria“. Dieſe Geheimorganiſation iſt in folgende Gruppen eingeteilt: Sigma, Maſtaba, Delta, Ro, Ziegel, Hunnia. Geſamtpräſident iſt Dr. Koloman Szily, Profeſſor an der Polytechniſchen Hochſchule. Jugendpräſident iſt: „Held“ Béla Olah. Kommandant der Geheimorganiſation iſt Oberſtleutnant Kornel Borna. Präſident der Gruppe Hunnia iſt der Sohn des Regenten: Stefan **Horthy** junior. Präſident der Gruppe Maſtaba iſt Aſſiſtent Tibor Beér. Präſident der Gruppe Sigma iſt Aſſiſtent Géza Bornemiſza. Präſident der Gruppe Ziegel iſt der Ingenieur der Chemie Ladislaus Börös.

Die Familie.

Dies iſt die Geheimorganiſation des Vereins der Hochſchulhörer: Turul. Primus-Magiſter der Geheimorganiſation iſt Univerſitätsprofeſſor Dr. Anton Heckler, ein Schwager des Unterrichtsminiſters Graf Klebelsberg. Jugendpräſident iſt Dr. Nikolaus Bathory, Spitalarzt, deſſen gleichnamiger Vater Mitglied des bekannten Marſſyſchen Blutgerichts war. Kommandant der Geheimorganiſation iſt Oberſt Nikolaus Barta. Gleich der öffentlichen Organiſation gliedert ſich auch die Geheimorganiſation nach verſchiedenen kollegialen Vereinen, die aber in der Geheimorganiſation andere Namen tragen. So z. B. Körösföi (Kunſtgewerbler) Koppany. — Verböczy (Juriſten) Bosk, Cſaba (Mediziner) Cſengar, Arpad (Philoſophen) Almos, Zrinyi (Hörer der Technologie) Zerin, Lehel (Hörer der Veterinärhochſchule) Lél, Bulcſu (Hörer der Hochſchule für Horthy-Kultur) Bendeguz.

Die Szekler Hochſchulhörer haben eine geſonderte Geheimorganiſation, die aber nicht direkt unter das Kommando der „Familie“ gehört. Ihr Kommandant iſt Generalſtabsoberſt „Held“ Tihamér Siményfalvi.

Die Geheimorganiſation „Hunnia“ wird von den Mitgliedern als „Korporation“ bezeichnet.

Ihr oberſter Schutzpatron iſt Erzherzog **Albrecht**. „Ehrendominus“ ſind Landespolizeichef **Nadoſſy**, Innenminiſter Ivan **Rakovſzky**.

Der Kampf um die Ratsſitze.

Deutſchlands Aufnahme und das Gleichgewicht der Ratsmächte.

Der Völkerbundsrat beſteht aus den ſtändigen Mitgliedern: England, Frankreich, Italien, Japan und ſechs anderen, die jährlich „auf ein Jahr“ gewählt werden. Die Praxis iſt jedoch bisher geweſen, daß eine große Zahl der gewählten Mitglieder ſeit dem Weltkriege immer wieder gewählt wurde. Jeder Staat, der im Völkerbundsrat als gewähltes Mitglied ſitzt, hat das Beſtreben, ſich ſeinen Sitz zu erhalten und womöglich einen ſtändigen Sitz zu erlangen. Jedesmal, wo über die Zuſammenſetzung des Völkerbundsrates beraten wurde, gab es lebhafte diplomatiſche Kämpfe um die Wiederwahl oder das Ausſcheiden der gewählten Ratsmitglieder. Die Deutſchland zugeſagte Aufnahme in den Völkerbundsrat wirft daher das Problem der Zuſammenſetzung des Rates wieder einmal auf.

Spanien, Braſilien und Belgien haben es bisher zu verhindern gewußt, daß ſie aus dem Rate wieder hinausgewählt wurden. Die engliſche Preſſe ſagt ihnen nach, daß Frankreich ſie in dem Beſtreben unterſtützt, jetzt ebenfalls ſtändige Ratsſitze zu erhalten. Andererſeits hat Polen bereits diplomatiſche Schritt unternommen, um diesmal in den Rat, und zwar gleich als ſtändiges Mitglied hineinzukommen. Es dokumentiert damit, daß es viele Streitfälle mit Deutſchland habe und deshalb durch Deutſchlands Sitz im Völkerbundsrat benachteiligt werde. Gegenüber dieſer Tendenz aber muß geſagt werden, daß jedes, auch das kleinſte Völkerbundsmitglied jederzeit das Recht hat, an den Verhandlungen des Völkerbundsrates teilzunehmen und mitzuſtimmen, bei denen Angelegenheiten behandelt werden, die für dieſes Land von beſonderem Belang ſind. Polen würde alſo bei jeder Schlichtung eines Streitfalles im Völkerbundsrate wie ein Ratsmitglied gehört und behandelt.

Für die Schaffung eines neuen ſtändigen Ratsſitzes iſt zwar nur Mehrheit in der Vollverſammlung, aber Einſtimmigkeit im Rat notwendig. Es kommt auf jede Ratsmacht an. So könnten einzelne Ratsmächte, die eine Minderung ihres Einfluſſes im Völkerbunde befürchten, auf den Gedanken kommen, ihre Zuſtimmung zu dem deutſchen Ratsſitz möglichſt teuer zu erkaufen, und entweder ſich ſelbſt oder ihnen naheſtehenden Staaten ebenfalls ſolche Sitze zu verſchaffen. Werden derartige Verſuche unternommen, ſo würden ſolche Ratsmächte ſich dem Vorwurf ausſetzen, eine Deutſchland vorbehaltlos gegebene Zuſage brechen, eine klare internationale politiſche Verpflichtung umgeben zu wollen. So heftig ſich in den letzten Tagen die Preſſe, namentlich in London, aber auch in anderen Hauptſtädten mit dem Kampf um die Ratsſitze beſchäftigt hat, von den in Betracht kommenden Regierungen wird bis auf weiteres zu erwarten ſein, daß ſie ihre Zuſagen einhalten.

Der Völkerbund ſelbſt, und vor allem der Rat war durch ſeine Zuſammenſetzung bisher ohne Zweifel ein politiſches Inſtrument, das einſeitigen Intereſſen diente. Dieſer Charakter der Siegerallianz ſollen Rat und Völkerbund durch die Aufnahme Deutſchlands abſtreifen. Deutſchlands Mitgliedſchaft im Rat ſtört dort nicht etwa das Gleichgewicht der Ratsmächte, wie vielfach in Europa behauptet wird, ſondern es ſtellt das Gleichgewicht überhaupt erſt wieder her. Soll der Völkerbund ſeine Aufgabe als Inſtrument internationalen Intereſſenausgleichs dienen, ſo darf im März — und nach den gegebenen Zuſagen nicht ſpäter als im März — allein Deutſchland den ſtändigen Ratsſitz erhalten. Alles andere wäre wider die Abmachungen von Locarno und wider die Entwicklung des Völkerbundes gehandelt.

Es liegen noch keine Anträge vor.

London, 11. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Der Führer der Arbeiterpartei, Genoſſe Macdonald, richtete am Donnerstag im Unterhaus an den Außenminiſter Chamberlain die Frage, ob es richtig ſei, daß außer Deutſchland auch noch zwei andere Mächte einen Sitz im Völkerbundsrat erhalten würden. Chamberlain antwortete:

„Das deutſche Geſuch um Aufnahme in den Völkerbund hat, wie nicht zu vermeiden war, die Frage der Zuſammenſetzung des Völkerbundsrates wieder aufgerollt und auch in anderen Ländern Anſprüche auf Vertretung in dem Rat hervorgerufen. Solange ſolche Anſprüche nicht formell vorgelegt, ſowie die dafür und dagegen ſprechenden Gründe nicht gehört worden ſind, iſt es nicht möglich, irgendeine endgültige Entſcheidung darüber zu treffen, in welcher Weiſe man den Intereſſen des Völkerbundsrates und überhaupt des Völkerbundes am beſten dient. Die engliſche Regierung prüft die Angelegenheit ſchon jetzt ſorgfältig, ſoweit das angebracht erſcheint.“

England will ſich nicht feſtlegen.

London, 11. Februar. (WTB.) Wie Reuter erfährt, beſchäftigen ſich die engliſche Regierung und ihr Sachverſtändigenſtab mit den Folgen, die wahrſcheinlich aus dem Aufnahmegeſuch Deutſchlands in dem Völkerbund entſtehen werden. Wie verlautet, wird Deutſchland einen ſtändigen Sitz im Völkerbundsrat erhalten, ſobald ſein Aufnahmegeſuch in den Völkerbund bewilligt iſt. Wie man glaubt, ſei die franzöſiſche Regierung der Anſicht, daß, wenn Deutſchland einen ſtändigen Ratsſitz erhalte, man auch Spanien, Polen und Braſilien dasſelbe Privileg verleihen müßte. Die Zahl der ſtändigen Ratsmitglieder würde damit auf acht anwachſen. Es verlautet weiter, daß über dieſen Punkt Verhandlungen zwiſchen der britiſchen und der franzöſiſchen Regierung im Gange ſind Die britiſche Regierung werde die Ereigniſſe abwarten: ſie habe keine Neigung, ſich auf irgendeine politiſche Linie feſtzulegen, bis die ganze Angelegenheit auf der nächſten Völkerbundsratsſitzung am 8. März zur Sprache gebracht wird.

Proteſtreſolution der engliſchen Völkerbundsliga.

London, 11. Februar. (WTB.) Der Vollzugsausſchuß der Union der Völkerbundsfreunde, der heute unter dem Vorſitz Profeſſor Gilber Murrays zuſammentrat, erörterte den Vorſchlag, Polen, Spanien und Braſilien ſtändige Sitze im Völkerbundsrat zuzuweiſen. Unter den Anweſenden befanden ſich eine Reihe von Parlamentsmitgliedern. Der Ausſchuß nahm folgende Entſchließung an: „Der Vollzugsausſchuß der Union der Völkerbundsfreunde begrüßt vorbehaltlos den bevorſtehenden Eintritt Deutſchlands in den Völkerbund und die Zuteilung eines ſtändigen Sitzes im Völkerbundsrat an Deutſchland. **Der Ausſchuß betrachtet jedoch mit tiefer Beſorgnis den Vorſchlag, die Zahl der ſtändigen Mitglieder des Rats noch weiter zu vermehren und fordert einſtimmig von der britiſchen Regierung angeſichts der ernſten Gefahren, denen der geſamte Völkerbund infolge einer plötzlichen unbedachten Änderung in der grundlegenden Verfaſſung des Rats ausgeſetzt werden würde, ſich mit allen ihr zur Verfügung ſtehenden Mitteln jeder weiteren Vermehrung der Zahl der ſtändigen Mitglieder zurzeit zu widerſetzen.**

Oeſterreichiſch-chriſtlichſoziale Fälſcherhilfe!

Wien, 11. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die „Arbeiter-Zeitung“ berichtet, daß Graf Bethlen im parlamentariſchen Unterſuchungsausſchuß genaue Einzelheiten über die Fälſchung tſchechoſlowakiſcher Kronennoten in den Jahren 1921 und 1922 mitgeteilt hat. Die Fälſchungen ſollten zuerſt in Wien vorgenommen werden, da es aber nicht möglich war, eine paſſende Werkſtatt einzurichten, wurde angeblich in der Nähe von Graz mit Unterſtützung des ſteiriſchen Landeshauptmanns Dr. Rintelen (Chr.-Soz.) eine Druckerei in Graz gekauft. Die Gendarmen waren angewieſen, den Druckereibetrieb nicht zu ſtören; die gefälſchten Noten wurden im Auto des Landeshauptmanns an die ungariſche Grenze gebracht. Ferner ſoll der Miniſterpräſident behauptet haben, daß Notenfälſcher, die damals bei dem Verſuch, ihre Fälſchungen in den Verkehr zu bringen, in Wien verhaftet wurden, auf Veranlaſſung des damaligen Bundeskanzlers Schober und mehrerer Führer der Chriſtlichſozialen Partei wieder freigelaſſen worden ſind.

Die Donnerstag-Abendblätter erklären alle Behauptungen der „Arbeiter-Zeitung“ auf Grund von Erkundigungen an zuſtändiger Stelle für falſch. Sie geben jedoch zu, daß zwiſchen dem Bundeskanzler Ramek und dem ſteiriſchen Landeshauptmann im Laufe des Donnerstags eine Beſprechung über die Angelegenheit ſtattgefunden hat und ſtellen eine amtliche Darſtellung in Ausſicht. Bezeichnend iſt immerhin, daß nur ein einziges Blatt die Tatſache zu beſtreiten wagt, daß der ungariſche Miniſterpräſident am Mittwoch tatſächlich im ungariſchen Unterſuchungsausſchuß dieſe Angaben gemacht hat.

Die franzöſiſche Polizei in Budapeſt.

Budapeſt, 10. Februar. (WTB.-Privatmeldung.) Während es bisher hieß, daß die hier weilenden franzöſiſchen Polizeiorgane in der Frankfälſchungsſache noch ergänzende Erhebungen anſtellen wollen, ſcheinen ſie andere Weiſungen erhalten zu haben, denn Benoiſt und Douchet teilten heute mit, daß ſie morgen früh nach Paris abreiſen. Heute vormittag iſt der franzöſiſche Polizeiinſpektor Royère in Budapeſt eingetroffen.

Flucht aus der Pogrom-Partei.

Budapeſt, 10. Februar. (WTB.) Der Abg. Melchior Kiß iſt aus der Raſſenſchützlerpartei ausgetreten. Er begründet dieſen Schritt in einem an den Abg. Gömbös gerichteten Schreiben damit, daß die Raſſenſchützler der Regierung gegenüber in zahlreichen Fragen, auch in der Frage der zu einem Weltſkandal angewachſenen Frankfälſchungsaffäre eine Haltung einnehmen, die er nicht billigen könne, da in dieſer Angelegenheit ſeiner Anſicht nach die Regierung aufs ſchwerſte kompromittiert ſei.

Die vaterländiſchen Verbände.

Die Verhandlungen im Haushaltsausſchuß.

In der fortgeſetzten Ausſprache über den Wehretat erwiderte Miniſter **Geßler** auf die Rede der Abgg. Schmidt und Ramin, **daß der Republik außerordentlich damit gedient wäre, wenn die Völkiſchen den Schutz der Republik ein für allemal aus ihrem Programm ſtreichen würden.** Den Kämpfen in Oberſchleſien, auf die Herr von Ramin angeſpielt habe, ſei der Kapp-Putſch, der Hitler-Putſch, der Briefwechſel zwiſchen Ludendorff und dem Nationalverband der Offiziere gefolgt. Die vaterländiſchen Verbände hätten nicht das geringſte Recht, ſich auf die Reichswehr zu berufen. Die Reichswehr habe mit ihnen nichts zu tun. Militäriſch ſeien ſie vollkommen wertlos. Auf den für das Plenum angekündigten Kampf freue er ſich, er ſpare ſich dafür ſeine beſten Schlager auf. Mit gleicher Schärfe wandte ſich der Miniſter ſodann gegen die Kommuniſten. Sie verfolgten der Reichswehr gegenüber die gleiche Taktik wie gegenüber den Gewerkſchaften, indem ſie ſie zu zerſetzen und zu zerſtören ſuchten. Genau ſo wie die Gewerkſchaften ſich gegen dieſe Taktik wehrten, müſſe er das Heer ſchützen. Aber Auskünfte, die über aufnahmeſuchende Perſonen eingezogen werden, würden nur von amtlichen Stellen eingefordert.

Genoſſe **Künſtler** trat den Ausführungen des deutſchnationalen Redners entgegen. Wenn Herr Schmidt kritiſiere, daß die den höheren Offizieren gezahlten Militärpenſionen jetzt im Brennpunkt der öffentlichen Diskuſſion ſtehen, ſo ſei feſtzuſtellen, daß die republikaniſchen Parteien in Notwehr gehandelt haben, weil von den Parteigängern des Abgeordneten Schmidt immer wieder die Behauptung aufgeſtellt werde, die Republik wirtſchafte ſo teuer. Seine Ausführungen gegen die Rede des Generals von Armin halte er aufrecht. Dieſer habe im Beiſein der Reichswehr Beleidigungen gegen die Republik geſchleudert. Die völkiſchen Verbände, geführt von den Teutonen Ramin, Graefe und Ludendorff, fürchte kein Republikaner.

Genoſſe **Schöpflin** tadelte die Ernennung des Generals von Seeckt zum Generaloberſten. Das ſei bei einem Hunderttauſend-Mann-Heer lächerlich. Am Ende würden nächſtens noch Marſchälle geſchaffen werden. Ein Antrag der Kommuniſten, das Gehalt des Miniſters und aller höheren Offizierschargen vom Chef der Heeresleitung bis zu den Oberſtleutnants einſchließlich, zu ſtreichen, wurde abgelehnt.

Wahlagitation mit Bomben.

In Litauen.

Kowno, 10. Februar. (DE.) Die Unterſuchung eines letzthin unternommenen Bombenattentats auf die Redaktion der linksſtehenden Zeitung „Saulins Nauſenos“ in Schaulen hat ergeben, daß zweifellos ein politiſcher Anſchlag vorliegt. Die rechtzeitig entdeckte Höllenmaſchine ſtand unter dem Stuhl des Chefredakteurs und wäre durch einen Hebel explodiert, wenn er ſich geſetzt hätte. Sachverſtändige haben feſtgeſtellt, daß die Exploſion alle im Zimmer anweſenden Perſonen getötet hätte. Es iſt auch ein Drohbrief gefunden worden, der allen Mitarbeitern des Blattes den Tod androhte. Die herannahenden Wahlen haben die ohnehin ſchroffen Gegenſätze zwiſchen den Parteien noch verſchärft.

Auf der internationalen ſozialiſtiſchen Wirtſchaftskonferenz am 26. und 27. Februar in Brüſſel werden die Genoſſen Robert Schmidt, Dr. Breitſcheid und Dr. Hilferding die reichsdeutſche Sozialdemokratie vertreten.

Die Affäre beim „Abend“. Karl Colbert-Wien drahtet uns: 1. Bin ich keineswegs Verleger, ſondern Herausgeber des „Abend“ namens der Arbeitsgemeinſchaft der Mitarbeiter. 2. Mein Name iſt in Zuſammenhang von Beſchuldigungen nicht einmal von der bürgerlichen Hetzpreſſe genannt worden. 3. Im Gegenteil, ich habe ſofort nach Kenntnisnahme der Beſchuldigungen gegen den geweſenen Chefredakteur Weiß dieſen vom Dienſt ſuſpendiert. 4. Fuchs war nicht Geſchäftsführer des „Abend“, ſondern Teilhaber eines Anzeigenbureaus. — Alexander Weiß iſt inzwiſchen verhaftet worden.

Amneſtie in Spanien. Der Miniſterrat beſchloß, aus Anlaß der glücklichen Beendigung des Ozeanflugs des Majors Franco eine allgemeine Amneſtie zu erlaſſen.

Das Spiel kann beginnen! Der Prozeß gegen die des Mordes an Matteotti Angeklagten wird am 16. März in Chieti beginnen.

Wirtſchaftskriſe und Finanzpolitik.

Reichstagsrede des Genoſſen Hilferding über das Finanzprogramm Reinholds.

Die deutſchnationale Straßenagitation gegen die „Auszehrung Deutſchlands" durch den Dawes-Plan ſollte bei der Etatsberatung im Reichstag Unterſtützung erhalten. Die deutſchnationale Fraktion hatte deshalb urſprünglich Herrn Quaatz, ihren rechten Flügelmann, zum Redner aufgeſtellt. Die Rede des neuen Finanzminiſters aber hat den Deutſchnationalen das Konzept verdorben. Auf der Rednertribüne erſchien deshalb Herr Hergt und hielt eine matte Rede, ohne jeden größeren Geſichtspunkt. Man wird das verſtehen können. Denn mit der Verantwortung für die Theſaurierungspolitik des Herrn von Schlieben belaſtet, iſt es natürlich ſehr ſchwer, den weitgehenden Steuererleichterungen von Dr. Reinhold zuzuſtimmen, auch wenn ſie den Wünſchen der kapitaliſtiſchen Kreiſe der Deutſchnationalen Partei entſprechen.

Genoſſe Hilferding erwarb ſich ein Verdienſt durch die Zurückweiſung der einſeitigen Betrachtung über Wirtſchaftskriſe und Finanzgebarung, die Dr. Reinhold gegeben hatte. Reinhold vertritt die Auffaſſung, die Wirtſchaftskriſe könne durch Milderung des Steuerdrucks erleichtert werden. Hilferding hat demgegenüber betont, daß die Ueberwindung der Wirtſchaftskriſe in erſter Linie durch eine aktive Wirtſchaftspolitik unter Voranſtellung des Wohles der breiten Maſſen geſucht werden müſſe und Steuerermäßigungen erſt nach Erreichung dieſes Ziels in Frage kommen.

Deshalb wandte er ſich ſcharf gegen den Verſuch, die Wirtſchaftskriſe durch einen Druck auf die ſoziale Fürſorge und die Löhne zu bekämpfen. Er verlangte vielmehr Vergebung produktiver öffentlicher Arbeiten und nannte vier Gebiete, auf denen derartiges in Frage komme. Von beſonderer Bedeutung iſt dabei ſeine Unterſtützung eines großzügigen Wohnungsbauprogramms, das im Reichsarbeitsminiſterium geplant iſt und für das auch an die Aufnahme einer Auslandsanleihe gedacht wird.

Mit der gleichen Entſchiedenheit ſprach er ſich für eine ausreichende finanzielle Unterſtützung der Opfer der Wirtſchaftskriſe aus und vertrat die Gedankengänge, die in der an anderer Stelle abgedruckten Erklärung der ſozialdemokratiſchen Reichstagsfraktion zur Erwerbsloſenfrage und zum Abbau der Steuern wiedergegeben werden.

Große Beachtung fanden die Betrachtungen Hilferdings zum Finanzausgleich. Er ſieht in ihm nicht ein rein finanzielles Problem, ſondern das deutſche Staatsproblem, das nur im Einheitsſtaat zu löſen ſei, dem die Sozialdemokratie aus politiſchen und ſozialen Gründen zuſtrebe, den aber auch das Bürgertum, durch die wirtſchaftliche Not gezwungen, herbeiführen werde.

Auch in der weiteren Debatte haben die Pläne Dr. Reinholds keine rückhaltloſe Zuſtimmung gefunden. Bemerkenswert iſt vielmehr die Reſerve, die der Redner des Zentrums, Abg. Erſing, ausſprach, die ſich bei einigen Steuerplänen ſogar zu einem glatten Nein verdichteten. Für das ganze Reformwerk Dr. Reinholds iſt jedenfalls vorläufig die feſte Mehrheit nicht zu erblicken, ohne die eine verantwortungsvolle und der Grenzen ſich bewußte Finanzpolitik kaum zu führen iſt.

* * *

Der Reichstag ſetzte geſtern die Beratung des Etats fort. Als erſter Redner ſprach der Deutſchnationale Hergt. (Bericht ſiehe Beilage.) Für die ſozialdemokratiſche Reichstagsfraktion ſprach

Genoſſe Hilferding:

Auch wir haben die Ausführungen des Reichsfinanzminiſters mit großen Vorbehalten angehört, aber der Abg. Hergt war zu ſeiner Kritik nicht berechtigt. Dieſe deutſchnationale Rede hätten wir vor einem Jahr hören müſſen, als der Reichsfinanzminiſter Schlieben hier ſtand. Damals hatten wir noch keine Reparationsleiſtungen, damals war noch eine entſcheidende Korrektur unſerer Finanzverhältniſſe möglich, damals konnte noch eine Finanzlage geſchaffen werden, die nicht nur für den Augenblick, ſondern auch für die Zukunft wirkſam werden konnte. Das iſt dabei das Entſcheidende. In einem Zeitpunkt, wo die wirtſchaftlichen Verhältniſſe ſo ungünſtig waren, ſind uns gerade die höchſten Laſten auferlegt worden. **Das iſt das, was wir als Theſaurierungspolitik bezeichnen, und dafür tragen Sie** (zu den Deutſchnationalen) **die volle Verantwortung.** Die Sozialdemokratiſche Partei hat damals davor gewarnt, auf dieſe Art Steuerpolitik zu machen, die zu einer ungeheuerlichen Belaſtung der Wirtſchaft führen mußte. (Zuruf von rechts: Sie waren doch auch Finanzminiſter!) Sie haben mich ja zu früh geſtürzt, ehe ich noch eine beſſere Politik machen konnte!

Sie aber haben, und das iſt das Entſcheidende, die Laſten geſchaffen, um die Ausgaben für unſoziale Zwecke, für die Unterſtützung der Schwerinduſtrie zu haben.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Herren Hergt und Oberfohren haben ausdrücklich die Theſaurierungspolitik des Finanzminiſters Schlieben gebilligt. Das Schlimmſte aber dabei war das Verhalten der Deutſchnationalen in der Frage der Verbrauchsſteuern. Entgegen unſerer Warnung, gegen die Warnung der Sachverſtändigen haben Sie (zu den Deutſchnationalen) die Führung bei den Verbrauchsſteuern übernommen. Wir haben damals geſagt, **daß jede Erhöhung der Verbrauchsſteuern zur Erhöhung der Dawes-Laſten führen müſſe.** Trotzdem haben Sie für dieſe Verbrauchsſteuern geſtimmt. Der Sinn des Londoner Abkommens zwang uns dazu, die Verbrauchsſteuern nicht zu erhöhen, trotzdem haben Sie ſie erhöht. Jetzt aber unternimmt Ihre Preſſe, allen voran Herr Hugenberg, jenes abſchreckende Manöver, in dem er den Nachweis zu bringen verſucht, daß nur das Dawes-Abkommen die Schuld an unſerem Elend trage. Er ſagt den Frauen, wie hoch die Laſt aus der Zuckerſteuer und aus anderen Verbrauchsſteuern für ſie ſei.

Der Vater der Verbrauchsſteuern heißt aber Herr Hergt.

(Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.) Der Finanzminiſter Schlieben iſt durch ſeine Finanzreform ein Schädling des deutſchen Volkes geweſen. Er hat in erheblicher Weiſe zur Erhöhung der Kriſe und zur Erhöhung der Laſten aus dem Dawes-Abkommen beigetragen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Daß die Dawes-Geſetze überhaupt zuſtande gekommen ſind, das iſt ausſchließlich das Werk der Deutſchnationalen. Sie hätten ja nein ſagen können. (Zuruf von den Deutſchnationalen: Haben wir ja!) **Nein, Sie haben ja geſagt!** Herr Curtius hat Ihnen geſchrieben, daß die Deutſchnationalen, wenn ſie dem Dawes-Plan zuſtimmen würden, Anſpruch auf Regierungsſitze hätten. Haben Sie in dieſem Augenblick geſagt, daß Sie die Verhandlungen nicht weiter führen wollen? Nein! Sie haben dafür geſorgt, daß die Zahl der „Ja-Sager" erreicht wurde, um das Eiſenbahngeſetz, um die anderen Dawes-Geſetze zu machen. **Sie haben alſo die volle Verantwortung dafür.** (Lärm bei den Deutſchnationalen.) Sie haben ja aber einen beſonderen Sachverſtändigen unter ſich für die Auswärtige Politik, Herrn Hoetzſch. Er hat geſchrieben, daß die deutſchnationale Fraktion die Durchführung des Dawes-Gutachtens erſt ermöglicht habe, daß ſie alſo jetzt die Verantwortung dafür trage. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) **Es bleibt alſo dabei, daß Sie für die Dawes-Geſetze die volle Verantwortung tragen.** Sie teilen dieſe Verantwortung mit den anderen Parteien des Reichs, mit Ausnahme der Völkiſchen und der Kommuniſten. Aber abgeſehen von der Frage der Verantwortung wiſſen wir doch, daß die Dawes-Geſetze erſt eine Erleichterung unſerer Lage möglich gemacht haben. Wir haben es doch erreicht, daß die uns auferlegte Kontrolle zeitlich begrenzt wurde, wir haben erreicht, daß wir gegen neue Uebergriffe der früheren Kriegsgegner geſchützt wurden. Wollen wir Sie alſo auch aus dieſer Verantwortung entlaſſen, ſo tragen Sie doch **die volle Verantwortung für die Theſaurierungspolitik des vorigen Finanzminiſters und für die Steigerung der Laſten für das dritte und vierte Reparationsjahr.** (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wenn heute der Reichsfinanzminiſter ein Programm der Steuerermäßigungen vorlegt, ſo iſt das an ſich eine Kritik an der Steuerpolitik des vorigen Jahres. Er hat auch aufgeräumt mit der deutſchnationalen Legende, daß die Republik verſchwenderiſcher wirtſchafte, als die früheren Regierungen. Die Rede des neuen Finanzminiſters zeigt aber auch, wie richtig unſere Politik im ſozialpolitiſchen Ausſchuß war. Dort wurde uns immer wieder geſagt, für eine Erhöhung der ſozialpolitiſchen Leiſtungen wäre kein Geld da. Mit dieſer Behauptung hat die Rede des Reichsfinanzminiſters gebrochen. Aber damit ſind wir nicht einverſtanden, daß er die Notwendigkeit der Steuerermäßigungen vor die Notwendigkeit der Erhöhung der ſozialen Leiſtungen ſtellt. Mit der Auffaſſung, möglichſt wenig Steuern, haben ſchon die alten Liberalen gebrochen.

Für uns ſteht die Frage in erſter Linie, nicht ob wir Steuern erheben wollen, ſondern zu welchem Zweck?

Wenn zu dem Zweck, um zur Beſſerung der Volksgeſundheit beizutragen, dann ſind wir für die Erhebung der Steuern. Ein Teil der von dem Reichsfinanzminiſter angekündigten Steuerermäßigungen ſtimmt mit unſeren Forderungen überein, die die Erhöhung des Exiſtenzminimums der arbeitenden Bevölkerung und die Ermäßigung der Umſatzſteuer enthält. Schon vor der Beratung der Finanzreform des Miniſters Schlieben haben wir Anträge auf Ermäßigung der Umſatzſteuer geſtellt. Sie ſind zuerſt abgelehnt worden. Der Miniſter hat geſtern gemeint, daß von der Ermäßigung der Umſatzſteuer eine bedeutſame Wirkung auf das Preisniveau zu erwarten ſein werde. Dieſe Wirkung könnte ſie haben. Die Ermäßigung macht auf den Geſamtumſatz 2 Proz. aus. Das müßte ſich alſo auf das Preisniveau auswirken. **Aber bei der augenblicklichen Organiſation der deutſchen Wirtſchaft iſt es doch äußerſt fraglich, ob dieſe Rückwirkung eintreten wird.** Sie würde dieſe Wirkung nur haben, wenn ſie in Verbindung mit einer **gleichgerichteten Handelspolitik** kommt. Die künftigen Handelsverträge müſſen die notwendigen Zollermäßigungen bringen, die dann auch die Preiſe ſenken werden. Gerade die Frage der Preisſenkung muß ein wichtiges Argument für die Herabſetzung der Schutzzölle ſein. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Für die Einzelheiten des vom Reichsfinanzminiſter vorgeſehenen Steuerprogramms behalten wir uns eine eingehende Prüfung noch vor. Wir wollen aber ſchon jetzt keinen Zweifel darüber laſſen,

daß wir der Herabſetzung der Beſitzſteuern und der Milderung der Vermögensſteuern unſeren heftigſten Widerſtand entgegenſetzen werden.

Schon Herr Schlieben hat die Beſitzſteuern ermäßigt, jetzt wird wieder ihre neue Ermäßigung angekündigt. Dabei ſteht es feſt, daß 4,8 Milliarden durch die Maſſenbelaſtung aufgebracht werden und nur 2,4 durch Beſitzbelaſtung. (Hört, hört! bei den Soz.) In England iſt die Entwicklung gerade umgekehrt gegangen. Dort iſt der Anteil der Beſitzſteuern gewachſen, bei uns dagegen der Anteil der Maſſenbelaſtung. Wir haben alſo allen Anlaß, genau zu prüfen, ob die Herabſetzung der Beſitzſteuern eine Berechtigung hat. Schon jetzt bringt die Lohnſteuer einen erheblichen Teil der Einnahmen überhaupt auf. Während in England ein Einkommen unter 3000 M. ſteuerfrei bleibt, wird bei uns das ſteuerfreie Exiſtenzminimum ſchon mit 1200 M. erreicht. Außer den Arbeitern werden auch diejenigen am ſtärkſten belaſtet, deren Steuerleiſtung ſich am leichteſten überſehen läßt. So geſchieht die Veranlagung in der Landwirtſchaft in der Weiſe, daß die buchführenden Landwirte ſogar mit ihren Familien auf Heller und Pfennig beſteuert werden, während andere ganz ſteuerfrei bleiben.

Auch bei den Ausgaben können wir dem Finanzminiſter nicht ganz folgen. Mit dem Abbau der Beamten muß endlich Schluß gemacht werden, darin ſtimmen wir ihm zu. Ich ſtimme ihm auch darin zu, daß Aenderungen in der Verwaltung vorgenommen werden müſſen. Es können noch ganz andere Erſparniſſe gemacht werden. Es iſt ein geradezu unwürdiger Zuſtand, **daß im Jahre der ſchärfſten Kriſe die Ausgaben für die Reichswehr von 7 auf 9 Proz. geſteigert werden ſollen.** Es iſt auch merkwürdig, daß an 160 Generale, darunter auch Herren, die außerordentlich vermögend ſind, hohe Penſionen bezahlt werden. Aber alles dies tritt zurück hinter dem entſcheidenden Problem der Verwaltungsreform.

Von dieſer Stelle aus muß in dieſem Zuſammenhang mit aller Entſchiedenheit geſagt werden, daß die Frage des Finanzausgleichs keine einzelne Finanzfrage iſt, ſondern das große deutſche Finanzproblem überhaupt.

(Sehr wahr! bei den Soz.) Die Sozialdemokratie hat immer die Ausdehnung der Staatstätigkeit verlangt. Die Ausdehnung der Staatstätigkeit hat zuerſt begonnen mit der Ausübung der Sozialpolitik durch das Reich. Heute muß ſie führen **zur Kontrolle der geſamten Wirtſchaft**, zur Kontrolle der kapitaliſtiſchen Geſellſchaften, anſtatt daß die Monopolunternehmungen die Kontrolle über den Staat ausüben. Die Ausdehnung der Staatstätigkeit muß enden in der Kontrolle der geſamten Wirtſchaft durch die Maſſen. (Sehr wahr! bei den Soz.) **Darum verlangen auch wir den deutſchen Einheitsſtaat.**

Mit allen bisherigen und vom Finanzminiſter angekündigten neuen Flickereien kann nicht viel erreicht werden. Die Verwaltungsreform muß dahin führen, daß ſie endlich eine reibungsloſe Verwaltung hat. Wir brauchen nicht nur den Abbau einiger Aemter, die Verminderung der Zahl von Abgeordneten, ſondern die Vereinheitlichung der Reichsverwaltung. Wir kommen dazu nicht, bevor wir nicht zum Einheitsſtaat ſtreben. Der Reichsfinanzminiſter hat jetzt zwar einen Ueberblick über die Einnahmen, aber keinen Ueberblick über die Ausgaben in den Ländern. Sie unterſtehen nicht ſeiner Kontrolle, ſondern der Kontrolle von 18 verſchiedenen Ländern. Das iſt ein Zuſtand, der unmöglich auf die Dauer erhalten bleiben könne. Heute iſt die Gefahr noch größer als vor dem Kriege, daß die deutſche Wirtſchaftseinheit zerriſſen wird, wenn die einzelſtaatliche Finanzanarchie weitergetrieben wird. Die volle Erhaltung der Selbſtverwaltung der Gemeinden iſt auch bei der Einheitlichkeit der Finanzpolitik möglich, das zeigt das engliſche Beiſpiel. Dort ſteht das Selbſtverwaltungsrecht unvergleichlich höher als in Deutſchland. Wir haben gar keine volle Selbſtverwaltung in den Gemeinden, ſie wird von den Ländern in jeder Weiſe beſchnitten. So kommen wir gerade von unſerer Auffaſſung vom Einheitsſtaat aus zur Forderung einer umfaſſenden Verwaltungsreform.

Wo ſind die Wurzeln des bureaukratiſchen Widerſtandes gegen dieſe Vereinheitlichung? Früher waren ſie bei den einzelnen Dynaſtien, heute findet man ſie vielfach auch bei manchen Miniſterpräſidenten, die ſelbſt Souverän ſein möchten. Die heutige Zerriſſenheit iſt ein Krebsſchaden in wirtſchaftlicher, politiſcher und kultureller Hinſicht. Es iſt ein ſchlimmer Zuſtand, daß die Partei, die ein Patent für nationale Geſinnung genommen hat, daran nichts geändert hat, daß wir heute noch Bayern, Württemberg uſw. kennen, aber nicht Deutſche.

Wir haben noch immer nicht das große nationale Bewußtſein, das jede andere große Nation hat. (Lebhafter Beifall.)

Dieſes Programm des Einheitsſtaates iſt allerdings ein Programm auf lange Sicht, das auch nicht allein vom Finanzminiſterium verwirklicht werden kann.

Wir brauchen energiſche Eingriffe in die Wirtſchaft, um die Kriſe zu bekämpfen. Wir hoffen unter anderem, daß die Reichsbank ihre Kreditreſtriktionen nicht wieder aufnehmen wird. Wenn dieſe Kriſe gehemmt werden ſoll, dann darf es aber auf keinen Fall geſchehen auf Koſten der Sozialpolitik. Es darf auch nicht geſchehen durch Druck auf den Arbeitslohn. Die ſozialen Laſten ſind nichts anderes als ein Teil des Lohnes. Die Aufrechterhaltung der Sozialpolitik iſt gerade notwendig, wenn die Kriſe gelöſt werden ſoll. Die Kriſe auf Koſten des Lohnes löſen zu wollen, würde bedeuten, eine weitere Verengung des inneren Marktes herbeizuführen. Auf der anderen Seite müſſen alle Mittel benutzt werden, um die Kriſe zu lindern. Dazu gehört die Art der Vergebung der öffentlichen Arbeiten. Es handelt ſich hierbei um vier Gruppen: 1. die Eiſenbahn, der Zwiſchenkredite gegeben werden müßten. 2. Förderung des Elektrizitätsweſens. Einzelne Vorſchläge dazu werden wir im Ausſchuß mitteilen. 3. Sicherung der Exportkredite. 4. Ein großes Bauprogramm der Regierung. Zu dieſem Punkte erklären wir: Die Hauszinsſteuer darf nicht zu öffentlichen Zwecken, ſie muß zum Hausbau verwendet werden. Wir verſtehen nicht den Widerſtand des Reichsarbeitsminiſters dagegen, da doch die Löſung der Wohnungsfrage eine der wichtigſten in Deutſchland überhaupt iſt. (Sehr wahr b. d. Soz.) Nach einer amtlichen Statiſtik wohnen in Berlin zwei Millionen Menſchen zu je vier Perſonen in einem Zimmer, 390 000 Perſonen mit anſteckenden Krankheiten hauſen mit anderen Menſchen zuſammen in einem Raum. Aehnliche Zuſtände finden wir im Ruhrrevier, und ſolche Beiſpiele können wir ins Unzählige vermehren. Hier iſt eine ſo vordringliche Verantwortung des Reichsarbeitsminiſteriums, daß wir endlich ſeinen Plan zur Löſung der Wohnungsfrage erwarten. Ein Teil der Hauszinsſteuer könnte dazu benutzt werden, um die dazu notwendigen Mittel flüſſig zu machen. Wir müſſen nach neuen Methoden ſuchen. Wir können die Hauszinsſteuer dazu verwenden, um mit ihrer Hilfe die Garantie für langfriſtige Anlagepapiere zu ſchaffen.

Zuſammenfaſſend bemerke ich, daß für uns ein unlöslicher Zuſammenhang zwiſchen der Finanz-, der Sozial- und der Wirtſchaftspolitik beſteht. **Das Regierungsprogramm genügt uns nicht. Wir ſtellen in den Vordergrund unſerer Arbeit die Bekämpfung der Kriſe, die Bekämpfung der großen Not der Maſſen. Von dieſem Standpunkt aus werden wir Stellung nehmen zu den Ermäßigungen und Verſprechungen, die uns geſtern hier gemacht worden ſind.** (Lebhafter Beifall b. d. Soz.)

(Bericht über die weiteren Verhandlungen in der Beilage.)

Reichsrat für Sperrgeſetz.

Annahme der Verordnung betr. militäriſche Verbände.

Der Reichsrat nahm am Donnerstag zu dem vom Reichstag beſchloſſenen Sperrgeſetz in Sachen der Fürſtenabfindung Stellung. Der bayeriſche Geſandte v. Preger erklärte, die bayeriſche Regierung ſei der Anſicht, daß keine Reichskompetenz für die Regelung der Verhältniſſe der ehemaligen Fürſtenhäuſer beſtehe. Nachdem in Bayern die einſchlägigen Verhältniſſe bereits geregelt ſind, wird Bayern durch das vorliegende Geſetz nicht berührt und enthält ſich der Stimme. Die gleiche Erklärung geben die Vertreter von Braunſchweig und Mecklenburg-Schwerin ab. Mit 49 gegen 4 Stimmen bei Stimmenthaltung von Bayern, Mecklenburg und Braunſchweig beſchloß der Reichsrat, keinen Einſpruch gegen das Sperrgeſetz zu erheben. **Die vier Stimmen gegen das Geſetz wurden abgegeben von den Vertretern der preußiſchen Provinzen Oſtpreußen, Brandenburg, Pommern und Niederſchleſien.**

Mit der Verordnung zur Ausführung des Geſetzes betreffend die Durchführung der Artikel 177 und 178 des Verſailler Friedensvertrages erklärte ſich der Reichsrat einverſtanden. Es handelt ſich hiebei um die Verpflichtungen, die Vereinigungen auferlegt werden, ſich nicht mit militäriſchen Dingen zu befaſſen, widrigenfalls ſie aufgelöſt werden können. Bayern erklärte ſich der Stimme enthalten zu wollen. Für Mecklenburg-Schwerin und Braunſchweig blieb das Protokoll offen.

Proteſt des Saarparlaments.

Gegen franzöſiſche Zollſchikanen.

Saarbrücken, 11. Februar. (Mtb.) Im Landesrat proteſtierten alle Fraktionen gegen die zahlloſen Schikanen der franzöſiſchen Zollbehörde, insbeſondere dagegen, daß ſie willkürlich eine erhöhte Umſatzſteuer ſowie eine Kohlenſteuer von 1,6 Proz. erhebt. Der Landesrat erblickt in dieſem franzöſiſchen Eingriff in die Regierungshoheit eine weitere Schwächung der Autorität der Regierungskommiſſion und des Völkerbundes.

Sozialiſtiſcher Kulturbund.

Am 9. Februar fand die konſtituierende Sitzung des neugegründeten Sozialiſtiſchen Kulturbundes ſtatt. An der Sitzung nahmen Vertreter des Reichsausſchuſſes für ſozialiſtiſche Bildungsarbeit, des Verbandes der Arbeiterjugendvereine Deutſchlands, des Hauptausſchuſſes für Arbeiterwohlfahrt, der Arbeitsgemeinſchaft ſozialdemokratiſcher Lehrer und Lehrerinnen und der Reichsarbeitsgemeinſchaft der Kinderfreunde ſowie einiger befreundeter Organiſationen teil. Zum Vorſitzenden wurde der Genoſſe Heinrich Schulz, zum ſtellvertretenden Vorſitzenden der Genoſſe Max Weſtphal gewählt. Mit der Geſchäftsführung ſind die Sekretäre des Reichsbildungsausſchuſſes, die Genoſſen Stein und Weimann, beauftragt. Nach den Satzungen bezweckt der Sozialiſtiſche Kulturbund die Erweckung und Stärkung aller kulturſchöpferiſchen Kräfte der Arbeiterſchaft auf den Gebieten der Wiſſenſchaft, Kunſt, Erziehung, Volksbildung, Jugendwohlfahrt und Körperpflege und damit die Verbreitung und Vertiefung des ſozialiſtiſchen Kulturbewußtſeins.

Der Konſtituierung folgte eine rege Ausſprache über die nächſten Aufgaben des Bundes, die wertvolle Anregungen ergab. Insbeſondere wurde die Vorbereitung einer Kundgebung, die der Vertiefung und Propagierung des ſozialiſtiſchen Kulturgedankens dienen ſoll, in Ausſicht genommen. Die weitere Bearbeitung dieſer ſowie der übrigen angeregten Probleme wird durch den geſchäftsführenden Vorſtand, in dem jede der angeſchloſſenen Organiſationen einen Vertreter hat, erfolgen.

Etwaige Zuſchriften für den Kulturbund ſind an folgende Adreſſe zu richten: Sozialiſtiſcher Kulturbund Berlin SW. 68, Lindenſtraße 3.

Die Reichsbahn will was tun.

Teilweiſe Ortszulagen auf die alten Löhne.

Die Reichsbahngeſellſchaft hat unterm 5. Februar dem Einheitsverband der Eiſenbahner Deutſchlands ſowie den beiden übrigen Eiſenbahngewerkſchaften einen Telegrammbrief zugehen laſſen. Sie verweiſt darin auf ihre Bereitwilligkeit vom 29. Januar 1926, die Ortslohnzulagen nachzuprüfen und ſie bei vorliegendem Bedürfnis im Rahmen der zur Verfügung ſtehenden Mittel zu erhöhen oder neue Ortslohnzulagen feſtzuſetzen.

„Bei der durch den Schiedsſpruch vom 29. Dezember 1925 geſchaffenen Lage hätte ſich die Maßnahme ... techniſch ohne Schwierigkeiten und für beide Parteien annehmbar ſo durchführen laſſen, daß der Neuregelung der Ortslohnzulagen die Grundlöhne vom 1. September 1925 zugrunde gelegt worden wären und die Tarifgewerkſchaften ſich alle Anſprüche aus dem Schiedsſpruch vom 29. Dezember 1925 ausdrücklich vorbehalten hätten. Dieſe Anſprüche wären auch dadurch nicht berührt worden, daß die jetzige Regelung Wirkſamkeit erſt am 1. Februar d. J. erhalten ſollte. In der Beſprechung am 4. Februar haben die Vertreter der Gewerkſchaften indes erklärt, daß die Neuregelung der Ortslohnzulagen für ſie nur auf der Grundlage des Schiedsſpruches vom 29. Dezember 1925 annehmbar ſei. Wir ſehen bei dieſer Stellungnahme der Gewerkſchaften keine Möglichkeit, die Frage im Wege einer Vereinbarung zu regeln und werden — um den Reichsbahnarbeitern die ihnen zugedachte Lohnverbeſſerung zukommen zu laſſen — die erforderlichen Maßnahmen von uns aus treffen."

Der Generaldirektor. gez.: Oeſer.

Die folgende Verfügung

in dieſer Angelegenheit bedeutet zwar in der Hauptſache nur eine Wiederholung des vorſtehenden Schreibens, iſt aber dennoch von einigem Intereſſe. Sie lautet:

Anlage zu 36. 232. 27. vom 5. Februar 1926.

„Der Schiedsſpruch vom 29. Dezember 1925 enthielt neben der Auflage der allgemeinen Lohnerhöhung für die Deutſche Reichsbahngeſellſchaft die Verpflichtung, Lohnunterſchiede weſentlicher Art gegen die Privatinduſtrie zugunſten der Reichsbahnarbeiter auszugleichen. Zu dieſem Ausgleich hat ſich die Deutſche Reichsbahngeſellſchaft von jeher bereit erklärt. Sie hat auch an dieſer Bereitwilligkeit feſtgehalten, obwohl ſie den Schiedsſpruch als ganzes nicht durchführen konnte und zur Anrufung des Reichsbahngerichts gezwungen war. In der Beſprechung, die über den örtlichen Ausgleich mit den Tarifgewerkſchaften ſtattfand, verlangten dieſe, daß der Nachprüfung der Ortslohnzulagen die im Schiedsſpruch feſtgelegten Tariflöhne zugrunde gelegt werden ſollten. Die Deutſche Reichsbahngeſellſchaft konnte dagegen vor Austragung des ſchwebenden Rechtsſtreits folgerichtig als Verhandlungsgrundlagen nur die jetzt geltenden Löhne anerkennen. Sie mutet dabei aber den Gewerkſchaften keineswegs einen Verzicht auf ihren Rechtsſtandpunkt zu; obwohl ſomit rechtlich einwandfreie Grundlagen für die Vereinbarung der Ortslohnzulagen mit den Tarifgewerkſchaften gegeben waren, haben dieſe an ihrer Auffaſſung feſtgehalten.

Um unter dieſen mehr oder weniger doch rein theoretiſchen Meinungsverſchiedenheiten die Arbeiter, denen örtliche Lohnerhöhungen zuteil werden ſollen, nicht leiden zu laſſen, wird die Deutſche Reichsbahngeſellſchaft nunmehr von ſich aus die Nachprüfung vornehmen und die danach notwendigen Erhöhungen ſchleunigſt anordnen."

*

Wenn die Reichsbahngeſellſchaft von jeher bereit war, die Ortslohnzulagen nachzuprüfen, dann ergibt ſich ohnes weiteres die Frage, weshalb ſie es nicht ſchon längſt getan hat. Sie hat es auf den Schiedsſpruch ankommen laſſen und beruft ſich jetzt auf die ihr darin auferlegte Teilverpflichtung, kraſſe Lohnunterſchiede zwiſchen ihren ſchlechteſten Löhnen und den höheren der Privatinduſtrie auszugleichen. Im gleichen Atemzuge jedoch, in dem ſie ſich auf dieſen ihr annehmbar erſcheinenden Teil des Schiedsſpruches beruft, verneint ſie den Schiedsſpruch auch in dieſem Teil. Für den Lohnausgleich durch Erhöhung der Ortszulagen ſind nach dem Schiedsſpruch die neuen Löhne maßgebend und nicht die Septemberlöhne. Bezeichnend iſt

die Demagogie,

die aus dem Schreiben wie aus der Verfügung hervortritt. Den ſchwebenden Rechtsſtreit hat lediglich die Reichsbahngeſellſchaft heraufbeſchworen, ſamt den „rein theoretiſchen Meinungsverſchiedenheiten". Nachdem ihr ganzes Verhalten in dem Lohnſtreit in aller Oeffentlichkeit an den Pranger geſtellt wurde, entdeckt ſie jetzt ihr gutes Herz für die armen Reichsbahnarbeiter, die wegen des Verhaltens ihrer Gewerkſchaften bis jetzt noch nicht in den Genuß höherer Ortszulagen kommen konnten und denen ſie nunmehr von ſich aus helfen will. Sie wird die Nachprüfungen vornehmen, die Privatinduſtrie befragen wie weit ſie gehen darf, hierauf erwägen, ob ihre Mittel es erlauben, ſoweit zu gehen, und dann einem mehr oder weniger geringen Teil der Arbeiter eine etwas erhöhte Ortszulage zahlen, nachdem ſie der Geſamtheit der Reichsbahnarbeiter den einen Pfennig Lohnzulage verweigert, bzw. die zwei Pfennige, die ſie nach dem verbindlich erklärten Schiedsſpruch zu zahlen verpflichtet iſt.

Die Politik, die die Reichsbahn verfolgt, durch Streber- und Korrumpierungszulagen das Perſonal zu teilen, um es zu beherrſchen, zeigt ſich auch in dieſem Vorgehen zur „Nachprüfung" der Ortszulagen. Die Reichsbahnarbeiter in erſter Linie müſſen dieſe Spaltungspläne zuſchanden machen und ſich umſo feſter gewerkſchaftlich zuſammenſchließen. Im Uebrigen bleibt abzuwarten, was bei der Nachprüfung herauskommt.

Die überfüllten Berufe.

Wie im Bäckereigewerbe Lehrlinge gezüchtet werden.

Uns wird geſchrieben:

In der Preſſe wird noch viel zu wenig davor gewarnt, daß die Eltern ihre Kinder nicht überfüllten Berufen zuführen, beſonders der Bäckerei. In den Kriegsjahren haben nämlich die in der Heimat gebliebenen Meiſter, und das waren ſehr viel, eine ausgeſprochene Lehrlingszüchterei betrieben. An vielen Stellen habe ich es ſelbſt geſehen, daß die Meiſter 4—5 Lehrlinge auf einmal hatten, ohne einen Geſellen zu beſchäftigen. Dieſe Lehrlinge ſind aber auch Geſellen geworden und mit den aus dem Felde gekommenen bilden ſie jetzt die ſtattliche Zahl der Arbeitsloſen.

Man darf aber nicht vergeſſen, daß auch in der Zwiſchenzeit Lehrlinge ausgelernt haben, wenn auch in beſchränkterem Umfange, ſo doch noch zu reichlich. Dann ſind im Kriege und beſonders in der Inflation zahlreiche Maſchinen angeſchafft worden, die wieder Arbeitskräfte erſparten. Dazu kommt die Zuwanderung von außerhalb. Dieſe Leute ſind froh, wenn ſie hier Arbeit bekommen und bieten ſich für ein Butterbrot an.

Die Regierung dürfte hier nichts unverſucht laſſen, um dieſen Mißſtand, der jetzt bereits 7 Jahre dauert, zu beſeitigen. Der Beruf müßte auf zwei oder drei Jahre gänzlich geſperrt werden. Dann ſollten auch die Eltern für ihre Kinder weiter denken. Bei dieſen Verhältniſſen kann ein Bäcker nicht an Selbſtändigmachen denken, was für ihn doch die Altersverſorgung bilden ſoll. Leider haben wir noch nicht ſoviel Großbetriebe, wo wir auch ältere Leute beſchäftigen können. Denn ein Bäcker kann mit 50 Jahren meiſtens nicht mehr viel arbeiten. Alſo, Eltern, bedenkt die Zukunft eurer Kinder.

*

Der Grundgedanke des Schreibers, daß die heutige außerordentliche große Arbeitsloſigkeit im Bäckereigewerbe eine Folge der Lehrlingszüchterei vor und in der Kriegszeit iſt, trifft zu. Es iſt auch richtig, daß ein Mangel an Arbeitskräften im Bäcker- und Konditorgewerbe nicht eintreten würde, wenn mal einige Jahre die Einſtellung von Lehrlingen nicht erfolgen würde.

Es beſteht jedoch keinerlei Möglichkeit, dieſes Mittel zur Durchführung zu bringen. Es beſteht jedoch eine Verordnung vom Mai 1922 durch den Miniſter für Handel und Gewerbe in Preußen, die die Lehrlingshaltung begrenzt. Ein weiterer Fortſchritt war es dann, als auch faſt in allen anderen Staaten bzw. Ländern gleiche bzw. ähnliche Verordnungen erlaſſen wurden. Durch dieſe Verordnung iſt es nicht mehr möglich, daß in einer Bäckerei mehr als zwei Lehrlinge gehalten werden, und dies auch nur dann, wenn einer dieſer Lehrlinge bereits im dritten Jahre lernt. Die Ueberproduktion an Arbeitskräften bzw. die Lehrlingszüchterei ergibt ſich aber im Bäcker- und Konditorgewerbe daraus, daß es ſehr viele Betriebe gibt, die außer einem Lehrling überhaupt keine Arbeitskraft beſchäftigen und demzufolge Bäckergeſellen nur „produzieren" und nicht „konſumieren". Der Uebelſtand der Ueberproduktion liegt alſo in dem Charakter dieſer Gewerbe, die im größten Maße Kleinbetriebe im wahrſten Sinne des Wortes ſind. Um ſo mehr muß man ſich gegen die Verſuche wenden, die Verordnung vom Mai 1922 abzubauen.

Fritz Berner

Am 9. Februar ſtarb nach kurzem, aber ſchwerem Leiden ein treuer und unermüdlicher Streiter für die Sache der Arbeiterbewegung. Fritz Berner trat im Jahre 1898 dem Deutſchen Verkehrsbund als Mitglied bei und erwarb ſich in dieſer Organiſation durch ſeine agitatoriſche Tätigkeit um die Verbreitung des gewerkſchaftlichen Organiſationsgedankens unter ſeiner engeren Berufskollegenſchaft große Verdienſte. Das Vertrauen, das ihm entgegengebracht wurde, fand nach außen hin durch ſeine Berufung zum Branchenleiter, welches Amt er mehrere Jahre bekleidete, und dann ſpäter — im Juli 1910 — zum Mitglied des Bundesvorſtandes Ausdruck und Anerkennung. Neben der fleißigen Mitarbeit in ſeiner Gewerkſchaft, war der im Alter von 55 Jahren zu früh Verſtorbene auch für die Sozialdemokratiſche Partei, der er mit ganzer Ueberzeugung ergeben war, ohne Unterlaß tätig.

Partei und Gewerkſchaft verbinden Trauer um den verblichenen Freund und Mitkämpfer mit dem Gelöbnis eines ehrenvollen Gedenkens.

Die Nordweſtliche fordert Tarifabbau.

Eſſen, 11. Februar. (Eigener Drahtbericht.) In der Donnerstagsſitzung der Tarifgemeinſchaft für die nordweſtliche Gruppe der Metallinduſtrie wurde über das von Arbeitgeberſeite gekündigte Lohnabkommen verhandelt. Die Arbeitgeber forderten eine Herabſetzung der Löhne der Hilfsarbeiter von 55 auf 50, der Facharbeiter von 70 auf 63 Pf., eine Kürzung der feſten Zulagen der Akkordarbeiter von 14 bzw. 16 Pf. auf 9 bzw. 11 Pf. Sie ſchlugen vor, eine neue Vereinbarung über den Urlaub ohne Kündigung des Rahmentarifes zu treffen. Die Gewerkſchaften beantragten Vertagung der Verhandlung, damit ſie mit den Kreiſen der Mitglieder zu den Forderungen der Arbeitgeber Stellung nehmen könnten. Fortſetzung der Lohnverhandlungen am 18. Februar.

Stillegung in der rheiniſchen Textilinduſtrie.

Düſſeldorf, 11. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die niederrheiniſche Flachsſpinnerei in Dülken hat wegen der ungünſtigen Wirtſchaftslage der geſamten Arbeiterſchaft, etwa 450 Arbeitern gekündigt. Es ſoll keine Ausſicht beſtehen, das Werk vor Ablauf eines Vierteljahres wieder in Betrieb zu ſetzen.

Filmabend der Jugendgruppe des ZdA.

Die Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angeſtellten, Ortsgruppe Groß-Berlin, veranſtaltet morgen, Sonnabend, abend 7½ Uhr einen Filmabend in der Aula der Schule Reichenberger Str. 67/70. Zur Aufführung gelangt der ſchöne und intereſſante Film „Fern im Süd das ſchöne Spanien". Eintritt 30 Pf. Unſere Jugendmitglieder werden um vollzähliges Erſcheinen gebeten. Wir laden gleichzeitig die Eltern unſerer Jugendmitglieder ſowie unſere übrigen Verbandsmitglieder freundlichſt ein.

Achtung, Zimmerer vom Bezirk 1! Die Bezirksverſammlung findet nicht morgen, Sonnabend, ſondern am Sonnabend, den 20. Februar ſtatt.

Die Bezirksleitung.

Die Sparkaſſe der Bank der Arbeiter, Angeſtellten und Beamten A.-G., Berlin, Wallſtr. 65, iſt täglich mit Ausnahme von Sonnabend von 9—3 Uhr und 5—7 Uhr, Sonnabends von 9—1 Uhr geöffnet.

(Gewerkſchaftliches ſiehe auch 2. Beilage.)

Verantwortlich für Politik: **Ernſt Reuter**; Wirtſchaft: **Artur Saternus**; Gewerkſchaftsbewegung: **J. Steiner**; Feuilleton: **Dr. John Schikowski**; Lokales und Sonſtiges: **Fritz Karſtädt**; Anzeigen: **Th. Glocke**; ſämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanſtalt Paul Singer u. Co. Berlin SW 68, Lindenſtraße 3.
Hierzu 3 Beilagen und „Unterhaltung und Wiſſen".

A. WERTHEIM

Leipziger Platz Königstraße Rosenthaler Straße Moritzplatz

Billige Lebensmittel

Freitag u. Sonnabend, soweit Vorrat. Leicht verderbliche Artikel können nicht zugesandt werden

Bücklinge Pfd. **28 Pf.** Kiste ca. 5 Pfd. 1,35
Sprotten Kiste 35, 45 Pf. Pfund 38 Pf.
Fleckheringe (gebr.) Pfd. 55 Pf.
Flundern ger., Pfd. 28 u. 48 Pf.
Kakao stark entölt ¼ Pfund-Paket **17 Pf.**
Pralinenbrote 100 Gr.-Stück 35 500 Gr.-Stück 70 Pf.
Borkenschokolade Kart. 65 Pf. 30 Pf.
Blockschokolade Haushalt Pfund 1 M

Erbsen (Viktoria) Pfund **19 Pf.**
Grüne Erbsen .. Pfund 24 Pf.
Gelbe Erbsen poliert, Pfd. 28 Pf.
Langbohnen ... Pfund 22 Pf.
Linsen gut kochende, Pfd. 19 Pf.
Thüringer Linsen Pfund 28 Pf.
Tafelreis ...... Pfund 19 Pf.
Bosn. Pflaumen Pfund 45 Pf.
Gemischt. Backobst Pfd. 55 Pf.
Kaliforn. Backobst Pfd. 75 Pf.

Konserven

Dose 1/1
Schnitt-u. Brechbohn. 1 70 Pf.
Karotten geschnitten ... 38 Pf.
Karotten junge, extra kleine 1 M
Sellerie in Scheiben 1 10
Junge Erbsen mittelfein 80 Pf.
Kaiserschoten 2 25
Gemischtes Gemüse mittelfein 1 10
Prinzeßbohnen extra-fein 1 25
Stangenspargel 50-60 Stg. 2 50
Stangenspargel .. mittel 2 95
Stangenspargel extra stark 3 25

Dose ½ 1/1
Bruchspargel extra 1 65 2 90
Apfelmus .... 58 Pf.
Kürbis .... 68 Pf.
Birnen halbe Frucht 1 65
Mirabellen 1 65
Aprikosen halbe Frucht .. 1 70
Preiselbeeren 1 Pfd.-Dose 90 Pf. 5 Pfund-Eimer 2 10 10 Pfund-Eimer 3 90
Ananas Hawai in Scheiben 2 M
Kalif. Pfirsiche halb. Frucht 2 M

Konfitüren Pflaumen, Glas **50 Pf.** Apfelgelee, Glas **75 Pf.** Erdbeeren 2-Pfund-Eimer **1 50** Himbeer, Aprikosen, Kirschen, 2-Pfd.-Eim. **1 40**
Portugies. Oelsardinen ... Klubdose **45 Pf.**

Frisches Fleisch

Rinderkamm u. Brust .. Pfund **65 Pf.**
Schmorfleisch und Roastbeef mit Knochen .... Pfund **85 Pf.**
Kalbskamm u. Brust .. Pfund **68 Pf.**
Schweinebauch u. Rücken mit Blg. **1 M**
Liesen Pfd. **95 Pf.** **Gehacktes** Pfd. **70 Pf.**
Kaßler Rippspeer u. Kamm 1 25
Ia Gefrierfleisch Rinderkamm und Brust .... Pfund **52 Pf.**

Grüne Heringe 5 Pfund 65 Pf.
Suppenhühner gefroren, Pfd. **80 Pf.**

Seelachs ohne Kopf, Pfund 15 Pf.
Schellfische ganze Fische 18 u. 28 Pf.
Dorsche, Kabeljau ganze Fische, Pfund 22 Pf.
Zander .... Pfund 90 Pf.
Lebende Karpfen .. Pfund 1 35
Butter (Molkerei) ½ Pfund-Stück 1 M u. **85 Pf.**
Tafelbutter feine .. Pfund 2 04
Margarine .... Pfund 58 Pf.
Bratenschmalz . Pfund 92 Pf.

Suppenhühner frisch geschlachtet, Pfd. 1 25 1 55
Wildschwein Blätter, Rücken u. Keulen, Pfd. 1 20
Gänse Brust- u. Keulenstücke frisch u. gepökelt, Pfund 1 40
Tilsiter u. Gouda dänischer feine Qualität, Pfund **68 Pf.**
Faustkäse .... Stück 10 Pf.
Camembert vollf., Schacht. 25 Pf.
Quadratkäse ... Pfund 35 Pf.
Limburger Pfund 58 Pf. 78 Pf.

Landleber- u. Rotwurst ... Pfund **1 15**
Grobe Mettwurst Pfund 1 35
Gefüllter Schinken Pfund 1 35
Jagdwurst .... Pfund 1 45
Fleischwurst Thür. Art, Pfd. 1 45
Bierwurst .... Pfund 1 60
Filetwurst .... Pfund 1 60
Feine Leberwurst Pfund 1 75
Mettwurst (Braunschweiger Art) .. Pfund 1 75
Fetter u. magerer Speck (deutsche Ware) Pfund 1 40
Schinkenspeck in 1 Pfund-Stck., Pfd. 1 90
Zervelat u. Salami holst. Pfund 1 85

Neue Kartoffeln 3 Pfund 25 Pf.
Weißkohl Pfd 6 Pf. Rotkohl 8 Pf.
Blumenkohl Kopf von 12 Pf. an
Schwarzwurzeln Pfund 28 Pf.
Eß- u. Kochäpfel Pfund **10 Pf.**
Apfelsinen Dtzd. 50, 60, 40 Pf.
Tafeläpfel .... Pfund 24 Pf.
Schöner v. Boskoop Pfd. 26 Pf.
Feigen .. 2 Pfund-Korb 63 Pf.

Wein

Preise für 1/1 Flasche einschließlich Steuer ohne Glas

Feine Fruchtweine Johannisbeer-, Stachelbeer-, Kirsch- u. Heidelbeerwein, Cyder **1 M**
1923 Bechtheimer lieblicher Tischwein 85 Pf.
San Antonio kräftiger span. Rotwein 1 M
1922 Chat. La Grolet Propr. Lacroix, eleg. Bordeaux 1 80
1921 Liebfraumilch II rote Kapsel, lieblich, mild 2 10
Tarragona Rot süß, gute Qualität 1 25
Deutscher Weinbrand „Bio-Brand" 3 25

Besondere Gelegenheit!

1923 Oppenheimer Garten liebl. Rheinwein **95 Pf.**
1922 Zeller schwarze Katz süffiger Mosel .. **1 25**
1918 Margaux gepflegter Bordeaux **1 30**
Vermouth Cordelio Stärkungswein **1 45**
Filiale Königstraße: Wein vom Faß

Kaffee frisch gebrannt aus eigener Rösterei „Konsum" Pfund **2 40** „Haushalt" Pfund **2 80**

Weiße Bohnen .. Pfund **15 Pf.**
Rumän. Pflaumen Pfd. **35 Pf.**
Makkaroni .... Pfund **40 Pf.**
Auszugmehl ... Pfund **22 Pf.**

Rindfleisch im eigenen Saft 2-Pfund-Dose **1 25**
Goulasch Rind- u. Schweinefleisch, 1-Pfd.-Dose **63 Pf.**
Leberwurst 1-Pfund-Dose **55 Pf.**
Rotwurst ... 1-Pfund-Dose **75 Pf.**

Apfelsinen Originalkiste ca. 200 Stck. **7 75**
Mandarinen Pfund **38 Pf.** Originalkörbchen ca. 20 Pfund **6 10**

Berliner Straßenprojekte.

Die ſüdliche Entlaſtungsſtraße zur Leipziger Straße geſichert.

Die Stadtverordnetenverſammlung hat geſtern den erſten Teil der Pläne zur Entlaſtung der Leipziger Straße genehmigt. Durch den Beſchluß, vom Park des Prinzen Albrecht einen Teil anzukaufen, wird eine bequeme Verbindung der Kochſtraße mit der Schöneberger Straße möglich. Die beſchloſſene Untertunnelung des breiten Geländes der Potsdamer Bahn fügt zwiſchen Schöneberger Straße und Kurfürſtenſtraße eine Verbindung ein, die einen neuen Verkehrsweg vom Oſten durch das Stadtinnere nach dem Weſten ſchafft. In der Debatte bot ſich unſerem Genoſſen Reuter Gelegenheit, das verantwortungsſcheue Verhalten der rechtsſtehenden Parteien feſtzunageln, das ſie auch hier wieder gezeigt haben. Nachher gab es eine große Schuldebatte, eine Ausſprache über die an den Magiſtrat gerichtete Mahnung, die in dem laufenden Haushalt ſtehenden, aber vom Magiſtrat geſperrten Mittel für Schulbauten ſchleunigſt freizugeben. Unſer Genoſſe Reimann entwarf von den Berliner Schulhäuſern ein Bild, das für den Magiſtrat wirklich nicht ſchmeichelhaft war. Er forderte, daß dieſen an Oſtelbien erinnernden Zuſtänden ein Ende gemacht wird. Der Kämmerer ergriff mehrere Male das Wort zu Abwehrerklärungen, aber der kommuniſtiſche Antrag, der die Mittelfreigabe verlangt, wurde angenommen. Hoffentlich hat nun auch der Magiſtrat ein Einſehen und beherzigt die Mahnung. Die Sitzung brachte unter anderem noch die Annahme der Autoſteuer.

*

In der geſtern abgehaltenen Sitzung der Stadtverordneten wurde zunächſt über die Ausführung eines Straßentunnels unter dem Potsdamer Außenbahnhof hindurch und den Ankauf eines mehrere tauſend Quadratmeter großen Teiles des Parks beim ehemaligen Palais des Prinzen Albrecht in der Wilhelmſtraße beraten. Es handelt ſich hierbei um das bekannte Projekt, eine

nördliche und eine ſüdliche Entlaſtungsſtraße

für die Leipziger Straße zu ſchaffen. Der Haushaltsausſchuß will die für beide Straßen etwa 40 Millionen Mark betragenden Koſten etwa 10 Jahre lang auf den Etat verteilen; die Vorarbeiten ſollen ſofort finanziert werden. Den Ankauf des erforderlichen Parkſtückes erſuchte der Ausſchuß abzulehnen; man wollte die Entlaſtungsſtraße durch die Anhaltſtraße führen. Nach einer Rede des Kommuniſten **Wisnewski**, deſſen Angriffe gegen die Hohenzollern von der Rechten mit Lärm begleitet wurden, betonte Genoſſe **Reuter**, daß niemand daran gedacht habe, den Hohenzollern beſondere Vorteile zuzuſchanzen. Ueber die Notwendigkeit des Projektes gebe es keine Diskuſſion. **Bei dieſer Gelegenheit verlohne es ſich, ein offenes Wort über die Haltung der bürgerlichen Parteien** zu ſprechen. Obwohl dieſe Parteien ſelbſt die Verbeſſerung und die Ablenkung des Verkehrs im Innern der Stadt als notwendig anerkennen, wie ein demokratiſcher Antrag beweiſe, ſcheut man ſich, im Plenum und in der Oeffentlichkeit die Verantwortung für die finanzielle Sicherſtellung zu übernehmen. In internen Kreiſen der Wirtſchaft geht man auf diesbezügliche Wünſche gern ein, man diskutiert und fördert ſie. Wenn es aber ans Geldbewilligen geht, überläßt man es gern der Linken im Roten Hauſe, ſich unpopulär zu machen. Die intereſſierten Wirtſchaftskreiſe und die ſie ſtützenden Parteien in der Stadtverordnetenverſammlung wiſſen ſehr gut, daß die Entwicklung des Berliner Wirtſchaftslebens von der

Ausgeſtaltung der Berliner City

abhängt, aber man iſt herzlich froh, daß die Unpopularität des Geld- und Steuerbewilligens Sozialdemokraten und Kommuniſten auf ſich nehmen. Das ſcheint die neue Taktik der bürgerlichen Parteien im Rathaus zu ſein. Es iſt an der Zeit, dieſe Haltung der Rechten endlich einmal anzuprangern. Stadtv. **Merten** (Dem.) verſuchte die Vorwürfe des Vorredners zu entkräften. Genoſſe **Reuter** erinnerte in ſeiner Erwiderung daran, wie konſterniert die bürgerlichen Parteien im Rathaus geweſen waren, als die Linksmehrheit für die Annahme des Projekts einen Augenblick zweifelhaft ſchien. Bei der Abſtimmung wurde der Ankauf des Parkſtückes, entgegen dem Ausſchußbeſchluß, beſchloſſen. Angenommen wurde ferner ein kommuniſtiſcher Antrag, die Kaufſumme nicht den Hohenzollern auszuzahlen, ſondern das Geld bis zur Erledigung des Volksentſcheides über die Fürſtenabfindung beim preußiſchen Staat ſicherzuſtellen. Beide Male ſtimmten nur Sozialdemokraten und Kommuniſten dafür.

Bei der Beratung der Vorlage, betreffend **Unterſtützung hilfsbedürftiger Lehrlinge** ſetzte ſich Genoſſe **Urich** für die Annahme der Magiſtratsvorlage ein, die auch mit großer Mehrheit beſchloſſen wurde. — Dann wurde die am vorigen Donnerstag ausgeſetzte

Abſtimmung über die Autoſteuer

vorgenommen. Sie ergab die Annahme der Vorlage in der Faſſung, die ihr der Ausſchuß gegeben hat, mit 111 Stimmen der Linken gegen 88 Stimmen der bürgerlichen Parteien. — Ueber die zu gründende **„Ribbeckshorſt G. m. b. H.“** gab Genoſſin **Fahrenwald** den Ausſchußbericht. Sie bat um die Annahme der Vorlage und der Satzungen. Die Stadt will auf dem Gut Ribbeckshorſt im Havelland Unterkunft, Verpflegung und Arbeitsgelegenheit für Obdachloſe ſchaffen. Für unſere Fraktion gab Genoſſin **Todenhagen** eine zuſtimmende Erklärung ab. Die Vorlage wurde angenommen. — Der deutſchnationale Stadtv. Zemke hatte den Magiſtrat um Zuſchüſſe für ſein Privatlyzeum in der Fruchtſtraße gebeten. Der vorberatende Ausſchuß beantragte Ablehnung der dahingehenden Magiſtratsvorlage. Nach eingehender Ausſprache lehnte die Verſammlung den Antrag Zemke ab. — In einem Dringlichkeitsantrag erſuchten die Kommuniſten den Magiſtrat, ſofort die im Etat 1925 ſtehenden, vom Kämmerer geſperrten 3 Millionen Mark für Schulbauten freizugeben. Für Schulbauten im Etatsjahr 1926 ſollen ſofort 4 Millionen als erſte Baurate freigegeben werden. Der Kämmerer **Karding** betonte, daß ſperren nicht ſtreichen heißt. Der Magiſtrat müſſe ſich allerdings das Recht vorbehalten, bei einer vorauszuſehenden Verſchlechterung der Wirtſchaftslage und einer damit verbundenen ſtärkeren Beanſpruchung der ſtädtiſchen Etatsmittel Ausgaben ſperren zu können. In jedem Winter erfordert die öffentliche Wohlfahrtspflege beſonders erhebliche Mittel; der Magiſtrat müſſe darauf gerüſtet ſein. Obwohl der Magiſtrat für die Notwendigkeit der Schulneubauten volles Verſtändnis hat, dürfte er ſeinen Standpunkt kaum ändern. Stadtv. **Hildebrandt** (Dem.) erklärte namens ſeiner Fraktion, daß ſie dem kommuniſtiſchen Antrage zuſtimmen werden. Für die ſozialdemokratiſche Fraktion ſprach Genoſſe **Reimann**: Die ganze Angelegenheit iſt keine Schul-, ſondern eine Kulturfrage. Berlin hat einen fühlbaren Mangel an Schulen, und wir haben alle Veranlaſſung, das während des Krieges und ſpäter Verſäumte nachzuholen. Wir Sozialdemokraten halten die Politik des Magiſtrats in dieſer Angelegenheit für falſch. Die Schulverhältniſſe und die Verfaſſung der einzelnen Schulgebäude ſind einer Stadt wie Berlin unwürdig, deshalb begreifen wir nicht, daß der Magiſtrat hier nicht ſchon längſt von ſich heraus eingegriffen hat. In den Angelegenheiten der Schule hat der Magiſtrat vieles nachzuholen. Nach weiterer ausgiebiger Debatte wurde ſchließlich ein Antrag der Deutſchen Volkspartei angenommen, der den Kämmerer erſucht, die Veränderungen des Haushaltsplanes nachzuweiſen. Dem Antrag der KPD. wurde mit großer Mehrheit zugeſtimmt.

Grundvermögensſteuer und geſetzliche Miete.

Gemäß Beſchluß der ſtädtiſchen Körperſchaften iſt, wie das Städtiſche Zentralamt für Wohnungsweſen mitteilt, der Gemeindezuſchlag zur ſtaatlichen Grundvermögensſteuer für das Rechnungsjahr 1925 von 100 auf 112½ Proz. erhöht worden. Da dieſer Beſchluß erſt im Januar dieſes Jahres die Genehmigung der Aufſichtsbehörde gefunden hat, kann die Erhebung des erhöhten Gemeindezuſchlages für das geſamte Rechnungsjahr von insgeſamt 150 Proz. nur in den Monaten Februar und März erfolgen. Der Magiſtrat hat die Zahlungsverpflichtung auf dieſe beiden Monate in der Weiſe verteilt, daß im Februar der Gemeindezuſchlag in Höhe von 100 Proz. und im März der Gemeindezuſchlag in Höhe von 50 Proz. fällig wird. Auf Grund der Verordnung des Preußiſchen Miniſters für Volkswohlfahrt über die Regelung der geſetzlichen Miete in Preußen vom 25. Juni 1924, die ſich auf § 27 Abſatz 1 der dritten Reichsſteuernotverordnung ſtützt, ſind die Vermieter berechtigt, den Gemeindezuſchlag zur ſtaatlichen Grundvermögensſteuer, ſoweit er 100 Proz. des ſtaatlichen Satzes überſteigt, auf die ſelbſtändigen Wohnungen und die ſelbſtändigen Räume anderer Art nach dem Verhältniſſe der reinen Friedensmieten umzulegen. Die geſetzliche Miete erhöht ſich daher für die Monate Februar und März nicht um einen beſtimmten Hundertſatz, ſondern um den Betrag, der ſich aus der Berechnung der Umlage des erhöhten Gemeindezuſchlages zur Grundvermögensſteuer ergibt. Die Umlage ergibt für Februar etwa vier Proz., für März etwa zwei Proz. der reinen Friedensmiete.

Die Tat eines Trunkenen.

Schwere Zuchthausſtrafe.

Gewiß eine ſcheußliche Tat, die zur Verhandlung ſteht. Ein Verbrechen, für das ganz einfach jedes menſchliche Verſtändnis fehlen muß. Sich an einem Säugling von 5 Monaten geſchlechtlich zu vergehen, kann niemals die Handlungsweiſe eines auch nur einigermaßen normalen Menſchen ſein. Und dennoch mußte die Strafe von acht Jahren Zuchthaus, die das Schöffengericht Wedding unter dem Vorſitz des jetzt an eine Zivilkammer verſetzten Landgerichtsdirektors Friedmann deswegen über den Arbeiter Raguſe verhängt hatte, faſt ebenſo befremden. Der Verurteilte hatte dagegen Berufung eingelegt, die jetzt vor der Großen Strafkammer des Landgerichts III verhandelt wurde.

Die Beweisaufnahme ergab ein erſchreckend trauriges Bild. Die Eltern des kleinen Kindes waren mit dem Angeklagten, der als Freund des Hauſes galt, in einem Reſtaurant. Im Laufe der Kneiperei baten ſie Raguſe, ihnen eine Beſorgung in ihrer Wohnung abzunehmen, da ſie noch ſitzen bleiben wollten. Der nicht mehr Nüchterne tat ihnen den Gefallen, fand das 5 Monate alte Töchterchen vor und verging ſich an ihm. Zum Glück entſtand für das arme Kind kein dauernder Schaden an ſeiner Geſundheit. Nach ſechswöchentlicher Behandlung im Krankenhaus konnte es den Eltern unverſehrt zurückgegeben werden. Landgerichtsdirektor Siegert, der den Vorſitz dieſer Verhandlung führte, ſuchte zunächſt einen Ueberblick über das Leben dieſes Angeklagten zu gewinnen. R., der erſt Anfang der 20er Jahre ſteht, hatte von Jugend auf jede Erziehung entbehren müſſen. Als der Krieg ausbrach, meldete er ſich ſofort als Freiwilliger und ſeiner an und für ſich etwas rohen Natur ward hier die beſte Nahrung gegeben. Beherrſchung und Bekämpfung ſeiner Leidenſchaften waren ihm fremd. Hatte er dazu noch getrunken, fehlte ihm jede Beſinnung. Das Gericht kam nach Würdigung dieſer Umſtände zu der Ueberzeugung, daß die Tat an und für ſich zwar roh und beſtialiſch, das Urteil der Vorinſtanz aber doch auch als barbariſch anzuſprechen ſei. Es hob den erſten Spruch auf und verurteilte den Angeklagten zu einer Zuchthausſtrafe von 5 Jahren. Auch dieſe Strafe würde ausreichen, dem Verurteilten genügend vor Augen zu halten, was er eigentlich begangen habe. — Es ſoll nicht verkannt werden, daß die Art dieſes Verbrechens vielleicht einzig daſtehen mag, es muß aber auch auf der anderen Seite berückſichtigt werden, was ein achtjähriger Aufenthalt hinter Zuchthausmauern für ein Menſchenleben zu bedeuten hat. Ob aber die 5 Jahre, die R. ſofort annahm, imſtande ſein werden, dieſen Menſchen von ſeinen widernatürlichen Veranlagungen zu heilen? Wann endlich wird unſer Volk in ſeiner Geſamtheit ſich zu der Erkenntnis durchringen, daß der Alkohol keineswegs ein Freudenbringer iſt, ſondern immer nur ein Leidbringer? Niemand gibt ſich Mühe, zu überlegen, daß, wie auch in dieſem Fall, ſo in tauſend anderen Fällen Alkoholgenuß jene Hemmungen ſittlicher Art beiſeite räumt, die bei dem nüchternen Menſchen ſtark genug ſind, um ihn von einem Verbrechen abzuhalten.

Erwerbsloſendemonſtrationen. Die kommuniſtiſchen Erwerbsloſenausſchüſſe hatten zu Donnerstag mittag in verſchiedenen Teilen der Stadt zu Kundgebungen aufgefordert. Im Anſchluß kam es zu Straßendemonſtrationen vor dem Rathaus in der Königſtraße und auf dem „Neuen Markt“. Hier wurden Anſprachen gehalten und Erhöhung der Erwerbsloſenſätze verlangt. Auch vor dem Landesarbeitsamt in der Niederwallſtraße kam es zu Kundgebungen. Vor dem Gebäude des ADGB. in der Inſelſtraße zogen Trupps unter den Rufen „Wir wollen Brot und Arbeit“ vorüber. Eine Delegation von 30 Mann wurde im ADGB. empfangen, dem ſie ihre Wünſche vortrug. Wie die Polizei in den Abendſtunden mitteilt, ſind die Kundgebungen ohne Zwiſchenfälle verlaufen.

8]

Onkel Moſes.

Roman von Schalom Aſch.

Die Gruppen in der alten Schule wurden ſchütterer, ganze Familien verſchwanden. Der Dajan, welcher am Sabbat nach dem Abendgebet die Bibel erklärte, hatte immer weniger Zuhörer. Und bald ſah man im Städtchen mehr Frauen als Männer, und es gab ſchließlich nur noch Greiſe und kleine Kinder, aber keine erwachſenen Leute mehr. Alle waren zum „Amerikaner“ gefahren. Sogar der alte Grießmüller ſchloß ſeinen Laden — das Weinen der Mühlſteine auf dem Alten Markt zur Nachtzeit hörte auf — und fuhr nach Amerika, um ſeine Kinder noch vor ſeinem Sterben zu ſehen. So fuhr das ganze Städtchen dem „Amerikaner“ nach, als zöge er ſie mit einem Zauber hin — und das dauert bis auf den heutigen Tag. . . .

In Amerika fanden die Bewohner des Städtchens einander wieder. Auf der Bowery ſtand ein drei Stock hohes Haus, ſtaubig und ſchmutzig vom Ruß der Hochbahn und vom Straßenſtaub. In ſeinem oberſten Stockwerk ſaß die ganze Stadt Kusmin . . . und nähte Kleider beim „Amerikaner“. Alle ſaßen ſie auf der Bowery! Die Gelehrten des Städtchens, die Leute von vornehmer Abkunft zuſammen mit den Handwerkern und den anderen unteren Schichten und unwiſſenden Leuten der Heimat — alle ſaßen ſie im oberſten Stockwerk des Hauſes in der Bowery und nähten, nähten, nähten. Die, welche einmal hinkamen, blieben dort ihr Leben lang. Sie kannten nur einen Weg: des Morgens auf die Bowery, des Abends von der Bowery nach Hauſe. Und am Tore des Hauſes auf der Bowery war ein kleines verſtaubtes Schild angebracht, welches den Namen des Amerikaners trug: Moſes Melnik.

6. Die „Amerikaner“ in Amerika.

Im Kleidermagazin ſtand der „Amerikaner“, Onkel Moſes, ohne Rock, und ſchnitt mit einer großen Schneiderſchere ſeine Fingernägel. Das ganze Lokal entlang ſtanden lange, breite Tiſche, auf denen bis zur halben Höhe des Raumes Haufen von Kleidern aller Art lagen: Röcke, Bluſen, Hoſen, Weſten.

Zwiſchen den Tiſchen liefen geſchäftig kräftige junge Leute umher, groß gewachſen, breitſchulterig, mit ſteifgewölbter Hemdbruſt. Sie arbeiteten lautlos, aus Furcht vor dem „Onkel“. Nur von Zeit zu Zeit gab einer dem anderen einen Wink mit den Augen. Es war noch ſehr früh am Morgen, die Schneider kamen erſt allmählich zur Arbeit.

„Kusmin kommt gekrochen, ſchau nur, wie Kusmin kriecht.“ Onkel Moſes deutete mit der großen Schere auf die Juden, die eintraten; ein Teil von ihnen trug noch den Bart, ein anderer war bereits raſiert, viele waren alt und gekrümmt, zum Teil waren es jüngere Leute und ſolche in mittleren Jahren, welche mit einer gewiſſen Faulheit eintraten und die Treppen zum oberſten Stockwerk emporklommen, wo die Arbeitsſtühle ſtanden.

„Sieh nur, ſieh, wie Kusmin daherkriecht — he, du grüner Nute! Wie hat er doch daheim geheißen? Nute Buttermilch.“ Onkel Moſes hielt mit dieſem Ruf einen von den Arbeitern an, einen Mann in mittleren Jahren, in deſſen Augen noch der Schlaf lag und deſſen Schläfenlocken naß vom Waſchen waren; er ging faul vorwärts.

„Warum kriechſt du ſo? — Wir ſind nicht in Kusmin! — In Kusmin wird gekrochen, in Amerika wird gelaufen. Verſtanden? — Heb nur beſſer die Füße, du grüne Gurke!“

Die Juden an den Kleidertiſchen lachten laut auf, es ſchien ihnen daran zu liegen, dadurch des Onkels Zufriedenheit zu erwerben — aber voll wagte ſich ihr Lachen nicht hervor. Der Onkel hob ſeine Augen, die ſchütteren gelben Brauen verſteckten ſich in den Fettwülſten des Geſichtes; als die Leute des Onkels „nackte Augen“ ſahen, die in ſeinem breiten, fetten Geſicht ſaßen, da brach ihr Lachen jäh ab.

„He, junger Mann, komm nur her.“ Der Onkel winkte einem jungen Menſchen zu, deſſen rundlicher, geſtutzter Bart Zeugnis dafür ablegte, daß ſein Beſitzer fromm war; er kam viel ſpäter als alle anderen. Das erlaubte er ſich zunächſt deshalb, weil er ein Vetter des Onkels war, und zweitens, weil er erſt vor kurzem geheiratet hatte; auf ſeinen weichen Wangen, die der Schlaf gerötet hatte, war noch der Duft der Küſſe zu ſpüren, die der junge Ehemann nachts genoſſen hatte. . . .

„Junger Mann, das erledigt man am Sabbat, da koſtet es kein Geld — nicht an Wochentagen; denn mitten in der Woche, da koſtet es mein Geld — verſtanden?“

Der junge Mann, welcher ſich eine beſondere Stellung unter den Arbeitern zuſchrieb, weil er ein Vetter des „Onkels“ war, ſah dieſen verſtändnislos an. Dann erlaubte er ſich zu fragen:

„Was meint der Onkel?“

„Das Schlafen mit der Frau.“

Eine Blutwelle ſchoß in das Antlitz des jungen Mannes, er wußte nicht, wohin er ſeine Augen wenden ſollte. Die jungen Leute bei den Tiſchen platzten mit einem Gelächter los, welches der Onkel wieder mit einem Blick ſeiner Augen und dem Emporziehen ſeiner dünnen Brauen dämpfte.

„Harry, nimm ihn in die Arbeit,“ rief ein Burſche von draußen herein und ſchob einen rieſenhaften Italiener und ſeine Frau in die Tür des Ladens.

„Don't be afraid, don't be afraid. J'll sell you the best suit.“ (Nur nicht ängſtlich, ich will Ihnen den beſten Anzug verkaufen.)

Und ehe der Italiener noch Zeit hatte, ſich umzuſehen, hatten ihn ſchon zwei Burſchen gefaßt, ihm die Hoſe abgezogen und eine andere angezogen, die ihm zu kurz und ſo eng war, daß die Nähte krachten. Dann zwängten ſie ihn in einen zu kurzen Rock, aus welchem der Rieſe zwei lange Hände hervorſtreckte, von denen er gar nicht wußte, woher ſie auf einmal zu ihm gekommen waren — ein Burſche zog an dem Rock von rückwärts, der andere von vorne, ſie richteten ihm den Bruſtlatz, klopften ihm kräftig auf die Schultern, und ſofort ſprang ein dritter mit einem Spiegel hinzu und ließ den Italiener ſein Spiegelbild ſehen:

„Doesn't he look like a gentleman? (Sieht er nicht wie ein Herr aus?) Sam, ſieh nur her, ſchau dir den Goj an,“ rief der Burſche, welcher dem Italiener den Anzug anprobiert hatte, einem anderen zu:

„Doesn't he look like a gentleman?“

„Natürlich, ſo ſoll er leben.“ Sam ſtrich mit ſeiner großen Hand über die Schultern des Italieners, um den Anzug zu glätten. „He is allright.“

Ein Mädchen trat ein. Ihre zwei ſchwarzen Zöpfe waren friſch gekämmt und geſtrählt und hingen, mit roten Maſchen verbunden, über ihre Schultern. Die braune Jacke, die ſie trug, hatte ſie wohl ſchon ausgewachſen, und ſie war abgerieben, aber rein. Ein ſcharfer Eſſiggeruch ſtrömte von der Kleidung aus, da das Mädchen die Flecken mit Eſſig ausgeputzt hatte. Ueber den Rock war eine weiße Schürze gebunden, die den Eindruck machte, als ginge das Mädchen zum Examen in die Schule.

„Ich will den Onkel Moſes ſehen. Kann ich ihn ſehen?“ fragte das Mädchen den erſtbeſten Burſchen, den ſie bei der Türe traf.

Der ſah ſie an.

(Fortſetzung folgt.)

Ein Schuldiener als Wüſtling.

Ueber 18 kleine Mädchen ſeine Opfer.

Wegen vieler Vergehen und Verbrechen an Schülerinnen iſt geſtern der 55 Jahre alte Schuldiener J. K. von der 180. Gemeindeſchule in der Hannoverſchen Straße, ein verheirateter Mann und Vater von drei Kindern, verhaftet worden.

In der Gegend dieſes Schulbezirks war ſchon länger aufgefallen, daß kleine Mädchen von 11 bis 13 Jahren über gewiſſe Dinge ſehr frei ſprachen. Man führte es auf eine allgemeine Verwilderung zurück. Die Aufklärung brachte jetzt die Vernehmung einer Schülerin, die bei ihrer Mutter untergebracht war. Der Vorſteher des 3. Reviers ließ es nach dem Revier kommen, um es über die Zuſtände unbeeinflußt ſelbſt zu hören. Dabei kam an den Tag, daß das Kind krank iſt. Eine amtsärztliche Unterſuchung ſtellte eine anſteckende Krankheit zweifellos feſt. Das Mädchen gab ſchließlich zu, daß es mit dem Schuldiener Umgang gehabt hat. Darauf wurde K. geſtern feſtgenommen. Kriminalkommiſſar Johannes Müller und ſeine Beamten ſetzten die Ermittelung fort, um volle Klarheit zu ſchaffen. Es wurde feſtgeſtellt, daß K. Kinder, die nachmittags außerhalb der Schulzeit auf dem Schulgrundſtück erſchienen, unter allerlei Vorwänden an ſich lockte. Er führte ſie einzeln oder auch mehrere zugleich in Klaſſenzimmer, die Turnhalle, Wirtſchaftsräume oder in den Keller, ſchloß die Türe hinter ſich ab und verging ſich an den Kindern durch Berührungen und zum Teil auch auf das allerſchwerſte. Im Sommer lockte er mit dem Verſprechen, ihnen ſchöne Blumen ſchenken zu wollen, Kinder auch nach ſeiner Laube in der Dahlemer Straße zu Mahlsdorf. Jedesmal beſchenkte er die Mädchen mit Bonbons, Aepfeln und auch Geld und immer ſchärfte er ihnen ein, daß ſie über alles, was vorgegangen war, ja nichts ſagen ſollten. Untereinander ſprachen die Kinder wohl davon, aber zur Kenntnis der Eltern kam nichts. Bis jetzt ſind 18 Schülerinnen ermittelt, die dem Wüſtling in die Hände gefallen ſind. Die Ermittelungen ſind aber noch nicht abgeſchloſſen. Kriminalkommiſſar Johannes Müller nimmt Mitteilungen im Polizeipräſidium entgegen. K. beſtreitet nicht, was ihm zur Laſt gelegt wird.

Haben die Selbſtmorde zugenommen?

Wer nach der Häufigkeit der Selbſtmordnachrichten urteilen will, muß zu der Meinung kommen, daß wir in Berlin eine außerordentliche Zunahme der Selbſtmorde haben. Die Zahl der Selbſtmorde iſt beklagenswert hoch, das ſteht feſt — aber aus der Beobachtung, daß gelegentlich an einem einzigen Tage ein Dutzend Selbſtmorde gemeldet werden, darf man noch keine allgemeinen Schlüſſe ziehen. Ein zutreffendes Urteil kann man nur gewinnen, wenn man die Ergebniſſe längerer Zeiträume, mindeſtens ganzer Jahre, miteinander vergleicht. Allerdings kann auch die amtliche Statiſtik kein völlig richtiges Bild geben, weil ſicherlich bei Selbſtmorden die Hinterbliebenen nicht ſelten, vielleicht manchmal auch mit Hilfe eines gefälligen Arztes, einen Unfall oder natürlichen Tod vortäuſchen. Aber wenn man annehmen darf, daß die Unvollſtändigkeit der amtlichen Kenntnis von Selbſtmorden heute nicht ſchlimmer als in früheren Jahren iſt, kann man mit einem gewiſſen Vorbehalt doch auch die amtliche Statiſtik zur Vergleichung benutzen.

Das Jahr 1925 hat für Berlin nach den amtlichen Feſtſtellungen faſt genau ebenſo viel Selbſtmorde gebracht, wie das vorhergehende Jahr 1924. Zur Kenntnis der Behörden gelangte in 1924 die beträchtliche Zahl von 1527 Selbſtmorden und in 1925 mußten 1522 Selbſtmorde gebucht werden, ſo daß in 1925 keine Zunahme zu verzeichnen iſt. Die täglichen Durchſchnitte ſtellten ſich in 1925 wie in 1924 auf rund 4 Fälle, aber im einzelnen kommen, wie bekannt, weitgehende Abweichungen vor. Eine Vergleichung mit den Selbſtmordzahlen der um einige Jahrzehnte zurückliegenden Zeit iſt uns für das ganze Gebiet des heutigen Berlin nicht möglich, weil Veröffentlichungen der amtlichen Zahlen damals nur für wenige der Vorortgemeinden erfolgten. Wenn aber bei jetzt rund 4 Millionen Einwohnern für die Einheitsgemeinde Berlin im Jahre rund 1500 Selbſtmordfälle bekannt werden, ſo könnte man erwarten, daß für die rund 2 Millionen Einwohner des früheren Berlin im Jahre etwa 750 Selbſtmordfälle bekannt geworden wären. In Wirklichkeit waren aber die Ergebniſſe der letzten Jahre vor Kriegsausbruch noch ungünſtiger, als man es für die damalige Zweimillionenſtadt erwarten möchte. Die Zahl der amtlich bekanntgewordenen und feſtgeſtellten Selbſtmorde war in den zehn Jahren 1904 bis 1913: 642, 694, 654, 679, 732, 705, 677, 728, 791, 808. Man beachte hier, daß 1912 und 1913 die verhältnismäßig ſehr hohe Zahl von 791 und 808 Selbſtmorden brachten.

Um die Hochbahnaktien.

Geſtern fand vor dem Kammergericht der erſte Termin in Sachen Tillmann und Genoſſen gegen Hoch- und Untergrundbahn ſtatt. Unter dieſem Rubrum wird der Prozeß verhandelt, den die Stadt Berlin wegen der Gültigkeit der Vorratsaktien gegen die Deutſche Bank führt. Die Stadt Berlin hat einen Konzeſſionsvertrag mit der Hoch- und Untergrundbahn, wonach ſie von zehn zu zehn Jahren das Recht hat, die Hoch- und Untergrundbahn zu übernehmen. Dieſes Recht konnte bis 1. November 1925 für den 1. November 1927 ausgeübt werden. Die Hoch- und Untergrundbahn beſchloß nun in einer Generalverſammlung die Schaffung von 50 Millionen Vorratsaktien mit der Begründung, daß Intereſſenaufkäufe von Aktien durch unbefugte Dritte wahrgenommen worden ſeien, und daß das Eindringen fremder Elemente in den Aktienbeſitz der Hoch- und Untergrundbahn verhindert werden müſſe. Es wird nun der Deutſchen Bank der Vorwurf gemacht, daß ſie für Aktien, für die ein Nennbetrag von einer Mark bezahlt worden ſei, ein tauſendfaches Stimmrecht ausüben könne, damit ſie die Möglichkeit habe, die Geſchicke der Geſellſchaft vollkommen zu beſtimmen. Eine Ueberfremdungsgefahr liege nicht vor, und wenn geſagt werde, daß die Stadt Berlin egoiſtiſche Intereſſen verfolge, ſo könne darauf erwidert werden, daß ſie zugäbe, Verkehrsintereſſen mit dieſem Aktienbeſitz wahrnehmen zu wollen. Der Vertreter der Hochbahngeſellſchaft betonte, es ſei unbeſtritten, daß die Vorratsaktien, um die ſich der Streit dreht, gültig geſchaffen ſeien und folglich auch gültig blieben. Für dieſe Vorratsaktien ſeien vertraglich gewiſſe Vorſichtsmaßnahmen geſchaffen worden, mit denen ein Mißbrauch des Stimmrechts verhindert werde. Das Urteil wird den Parteien zugeſtellt werden.

Wie wir bei Schluß der Redaktion erfahren, hat das Kammergericht die Berufung der Stadt Berlin unter Auferlegung der Koſtenlaſt auf die Stadtkaſſe abgelehnt. Das Kammergericht hat dabei den Wert des Streitobjektes offenbar auf 5 Millionen Mark feſtgeſetzt, wodurch die Koſten ſich weſentlich erhöhen. Die Begründung des Urteils liegt noch nicht vor. Damit iſt aber noch nicht das letzte Wort geſprochen; die endgültige Entſcheidung in dieſer wichtigen Angelegenheit liegt beim Reichsgericht.

Kraftdroſchkenbeſitzer beim Polizeipräſidenten.

Der Polizeipräſident empfing geſtern eine Deputation der Kraftdroſchkenbeſitzer, die ihm ihre Wünſche auf Einführung des „numerus clauſus" (begrenzte Anzahl) für das Kraftdroſchkengewerbe vortrugen und gleichzeitig über die mit großen Unkoſten verbundenen dauernden Neuverordnungen Klage führten. Polizeipräſident Grzeſinski wies zunächſt darauf hin, daß die vorgeſtrige Demonſtration der Droſchkenbeſitzer ihrer Sache zweifellos nicht genützt habe, denn die Auftritte vor dem Polizeipräſidium, bei denen Drohungen und antiſemitiſche Beſchimpfungen ausgeſtoßen worden ſeien und bei denen es zu Tätlichkeiten gegen nichtſtreikende Droſchkenführer gekommen ſei, wären nicht geeignet, dem Gewerbe Sympathien zu erwerben. Er ſagte daraufhin eingehende Prüfung der vorgebrachten Wünſche zu. Im Anſchluß daran empfing der Polizeipräſident eine Deputation des Verkehrsbundes, Sektion Droſchkengewerbe, die im Gegenſatz zu den Droſchkenbeſitzern gegen die Einführung des numerus clauſus gewiſſe Bedenken geltend machte. Die Arbeitnehmer gaben der Beſorgnis Ausdruck, daß die früher im Droſchkengewerbe üblichen Mißſtände bei einer Nummernſperre wieder auftreten würden und daß vor allen Dingen wieder ein ſchwunghafter Handel mit Droſchkennummern einſetzen werde. Auch dieſer Abordnung ſagte der Polizeipräſident eine eingehende Prüfung zu.

Das Rundfunkprogramm.

Freitag, den 12. Februar.

Außer dem üblichen Tagesprogramm:

4.30 Uhr nachm.: Heitere Vorträge. 1. Fr. Günther: Das Herz der Welt. 2. A. Awertschenko: Kaviar. 3. Fr. Günther: Baldur Leberthran. 4. Fr. Günther: Wie ich meine Tante geerdet habe. Gesprochen von Frank Günther. **5—6 Uhr** nachm.: Konzert. **6.40 Uhr** abends: Zehn Minuten für die Frau. **7—7.45 Uhr** abends: Hans-Bredow-Schule (Bildungskurse). Abteilung Gartenbau. Regierungsrat Dr. Zacher: „Schädliche Nagetiere im Gartenbau". **7.25 Uhr** abends: Abteilung Astronomie. Dr. Adolf Marcuse: „Eine Wanderung durch das Weltall. Der Mond". **8—10 Uhr** abends: Das Oratorium „Die Jahreszeiten", von Josef Haydn. Dirigent: Selmar Meyrowitz von der Berliner Staatsoper. Simon, ein Pächter: Albert Fischer; Hanne, seine Tochter: Emmy v. Stetten; Lukas, ein junger Bauer: Alfred Wilde; Landvolk und Jäger: Der Chor der Funkstunde unter Leitung von Ludwig Preiß. Das Orchester der Funkstunde. Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten. Zeitansage. Wetterdienst. Sportnachrichten. Theater- und Filmdienst. **10.30—12 Uhr** abends: Tanzmusik (Rapées Jazzsinfoniker. Dirigent: Ernö Rapée).

Königswusterhausen, Freitag, den 12. Februar.

3—3.30 Uhr nachm.: Graef: „Ueber Sprachtechnik, das Artikularisationsorgan", 1. Teil. **3.30—4 Uhr** nachm.: Frau Mathes-Wimermark-Stockholm: Schwedisch für Anfänger. **4—4.30 Uhr** nachm.: Prof. Dr. Breysig-Berlin: „Die wichtigsten Baufehler in Spenglers Geschichtsaufriß". **4.30—5 Uhr** nachm.: Frl. Margot Grupe: „Die Selbsttätigkeit im Heim". **7.30—8.15 Uhr** abends: Fortbildungsvorträge für Aerzte (Dozenten und Themen werden in den ärztlichen Fachzeitschriften bekannt gegeben).

Eine Groß-Siedlung in Britz.

Die von den Arbeiter-, Beamten- und Angeſtelltenorganiſationen der Gewerkſchaften im Verein mit führenden Baugenoſſenſchaften Groß-Berlins gegründete gemeinnützige Heimſtätten-, Spar- und Bauaktiengeſellſchaft (Gehag), die in dieſem Jahre ein Bauprogramm von 1100 Wohnungen zur Ausführung bringt, hatte am Mittwoch die Vertreter der Behörden und der Preſſe zum Richtfeſt der Großſiedlung, die am Stubenrauchring in Britz auf dem Gelände des von der Stadt Berlin erworbenen Rittergutes Britz entſtehen ſoll, geladen. Luſtig wehten vom Dachgebälk rote Fahnen. An der Stirnwand prangte Schwarzrotgold. Nach Ausführungen des Vertreters der Zimmerer, Oberpolier Tobiank, von der neugegründeten Deutſchen Bauhütte und des Vertreters der Bauarbeiterſchaft, Oberpolier Balz, in denen auf das harmoniſche Zuſammenarbeiten zweier nach ſozialen und gemeinnützigen Zielen ſtrebenden Organiſationen des Bauherrentums und der produktiv ſchaffenden ſozialen Baubetriebe hingewieſen wurde, übermittelte der Geſchäftsführer der Gehag, Stadtverordneter Genoſſe Gutſchmidt, den Vertretern der Behörden und der Arbeiterſchaft den Dank der Geſellſchaft für die tatkräftige Unterſtützung des Unternehmens. Der Abend vereinte Gäſte und Belegſchaft im Gewerkſchaftshaus zu einem kollegialen Zuſammenſein. Hier nahm noch neben dem Genoſſen Gutſchmidt Genoſſe Dr. Wagner das Wort zu intereſſanten Ausführungen. Muſik und Geſangsdarbietungen, letztere beſtritten durch Mitglieder des Volkschors „Oſten", umrahmten die Feier.

Plätze frei in der Schule auf der Inſel Scharfenberg.

In der Schule auf der ſtädtiſchen Inſel Scharfenberg im Tegeler See wird nach Abgang der Abiturienten eine größere Anzahl Plätze frei; ſie ſollen mit Oſteruntertertianern aus den höheren Schulen Groß-Berlins ſowie einer Abteilung fähiger Schüler aus den erſten Klaſſen der Gemeindeſchulen beſetzt werden. Meldungen ſind umgehend an den Leiter der Schule zu richten, der zu näherer Auskunftserteilung jeden Donnerstag von 4 bis 6 Uhr im Konferenzzimmer der 24. Volksſchule, C 2, Hinter der Garniſonkirche 2, Hof rechts, part., zu ſprechen iſt. Sonntags können von Eltern und Schülern die Einrichtungen der Inſelſchule an Ort und Stelle beſichtigt werden.

Ein aufregender Vorfall ſpielte ſich geſtern abend um 6½ Uhr in Charlottenburg vor dem Hauſe Peſtalozziſtr. 87a ab. Die ſiebzig Jahre alte Ehefrau N. hatte ſich aus dem Fenſter ihrer im zweiten Stock befindlichen Wohnung auf die Straße hinabgeſtürzt, wo ſie mit zerſchmetterten Gliedern bewußtlos liegen blieb. Ein ſofort hinzugezogener Arzt konnte nur noch den Tod der Greiſin feſtſtellen. Das Motiv der Tat iſt bisher noch unbekannt. Die Leiche wurde nach dem Schauhauſe übergeführt.

Arbeiterbildungsſchule. Heute, Freitag, den 12. Februar, beginnt die Arbeitsgemeinſchaft des Genoſſen Horlitz über „Grundlagen der Arbeiterbildung". Die Arbeiten finden ſtatt in der Zeit von 8½—9 Uhr abends in Wilmersdorf, Oberrealſchule, am Seepark, Ecke Hindenburg- und Auguſtaſtraße. Hörerkarten ſind noch am Eingang des Schullokals zu haben. Hörgebühr 1 M.

Typographia. Konzert für die Inſaſſen des Krankenhauſes Am Urban: Sonntag, 14. Februar, nachmittags pünktlich 4½ Uhr. Treffpunkt um 4¼ Uhr am Haupteingang zum Krankenhaus. Anſchließend Ständchen für den Genoſſen Lux zum 80. Geburtstag in den „Bücherſälen". Erſcheinen Ehrenſache.

Zu dem Exploſionsunglück in München.

Das von der Exploſion betroffene Haus in der Rumfordſtraße mußte von ſämtlichen Einwohnern geräumt und durch mächtige Balken geſichert werden, da die Mauerriſſe vom Kellergeſchoß bis in das zweite Stockwerk hinaufgehen. Die Zahl der Verletzten beträgt alles in allem etwa 30, doch handelt es ſich zum größten Teil um Leichtverletzte. Ueber die Urſache des Unglücks verlautet nun, daß es ſich um eine Exploſion von Schwefelkohlenſtoff handelt, den der Desinfekteur zum Ausſchwefeln der Wohnung verwendet hatte. Der Desinfekteur, die die Desinfektion der Erdgeſchoßwohnung vornahm, iſt inzwiſchen verhaftet worden. Der in ſeiner Wohnung lagernde Schwefelkohlenſtoff wurde von der Behörde beſchlagnahmt.

Jugendveranſtaltungen.

Freie Sozialiſtiſche Hochſchule: Sonnabend, 13. Februar, 7½ Uhr, ſpricht Prof. Sinzheimer-Frankfurt a. M. über: „Die Kulturidee des Sozialismus" im großen Saal des ehemaligen Herrenhauſes, Leipziger Str. 3. Karten zum Preiſe von 30 Pf. ſind im Jugendſekretariat zu haben.

Generalverſammlung am Sonntag, 14. Februar, vormittags pünktlich 9 Uhr, in der Aula des Friedrich-Wilhelm-Gymnaſiums, Kochſtr. 13. Ohne Ausweis kein Zutritt.

Achtung, Abteilungsleiter! Gebt die Erwerbsloſenliſten und Monatsprogramme ab.

Achtung, Abteilungskaſſierer! Heute, Freitag, von 5—7 Uhr, Abrechnung der Beiträge. Ausgabe der „Jugend voran" und der „Arbeiter-Jugend".

Heute, Freitag, den 12. Februar, abends 7½ Uhr:

Moabit I: Schule Waldenſerſtr. 20. Vortrag: „Alkohol und Nikotin". — **Moabit II:** Gemeindeſchule am Stephansplatz. Vortrag: „Freimaurerei". — **Wedding:** Ledigenheim Schönſtedtſtr. 1. Vortrag: „Staat, Nation und Klaſſe". — **Helmholtzplatz:** Aula Eberswalder Str. 10. Tanzabend. — **Nordoſt I:** Jugendheim Neue Königſtr. 31. Ausſprache: „Wir und die deutſche Republik". — **Nordoſt II:** Jugendheim Danziger Str. 62. Vortrag: „Volkslied und Volkstanz". — **Roſenthaler Vorſtadt:** Beteiligung an der Parteiveranſtaltung. — **Oſten N.-A.:** Jugendheim Rigaer Str. 102. Vortrag: „Aus Bebels Leben". — **Oſten Gr.-B.:** Jugendheim Goßlerſtr. 61. Vortrag: „Kirche und Staat". — **Südweſten:** Leſezimmer des Jugendheims Lindenſtr. 3. Arbeitsgemeinſchaft des Gen. Neumann. Jeder muß erſcheinen. — **Charlottenburg:** Jugendheim Roſinenſtr. 4. Vortrag: „Unterm Sozialiſtengeſetz". — **Halenſee:** Schule Joachim-Friedrich-Str. 35. Vortrag: „Geſchichte der Arbeiterbewegung" I. Teil. — **Schöneberg II:** Jugendheim Hauptſtr. 15. Vortrag: „Gemeinſchaftserziehung". — **Schöneberg I:** Jugendheim Rubens- Ecke Hauptſtraße. Vortrag: „Bedeutung der Gewerkſchaften für die Jugend". — **Steglitz II:** Jugendheim Holſteiniſche Str. 2. Vortrag: „[illegible]". — **Neukölln I:** Jugendheim Bergſtr. 29. Vortrag: „Körperbildung, [illegible]". — **Neukölln II:** Jugendheim Kopfſtr. 42. Fritz-Reuter-Abend. — **[illegible]:** Jugendheim Roonſtraße. Ausſprache: „Unſere Kleidung". — **Baumſchulenweg:** Jugendheim Ernſtſtr. 18. Vortrag: „[illegible]". — **Köpenick:** Jugendheim Grünauer Str. 5. Vortrag: „Die Entſtehung des Chriſtentums". — **Niederſchöneweide:** Schule Berliner Str. 31. Vortrag: „Der Sinn des Lebens" II. Teil. — **Treptow:** Jugendheim Elſenſtr. 3. Vortrag: „Die Entſtehung des Volkstanzes". — **Tegel:** Jugendheim Bahnhofſtr. 18. Mitgliederverſammlung.

Arbeiterſport.

Fußballſpiele am 14. Februar.

Bezirk Norden: Adler 08 gegen [illegible] in Pankow, [illegible]. Adler 12 gegen Arbeiter-Sportverein 24 in der Chriſtianiaſtraße. Helvetia gegen Eiſenſpalterei auf dem Exerzierplatz Schönhauſer Allee. Teutonia gegen Turnverein Pankow in der Chriſtianiaſtraße. Veltener Ballſpielklub gegen Wacker 20 in Velten, Bötzowſtraße. Vorwärts gegen Pankow 08 in Hermsdorf. Spandau 25 gegen Alemannia in Spandau, Stadion. Fichte-Geſundbrunnen gegen Fichte-Nord in Reinickendorf, am [illegible]. Minerva gegen Rathenow in Borſigwalde. Hertha gegen [illegible] in [illegible]. Birkenwerder gegen Germania in Birkenwerder. Staaken gegen Frieſeland in Staaken. Sportverein 22 gegen Siemensſtadt in Eberswalde. Amateure gegen Wittenau auf dem Exerzierplatz Schönhauſer Allee. — **Bezirk Oſten:** Oberſpree gegen Stralau in der Wuhlheide. Treptower Ballſpielklub gegen Merkur im Plänterwald. Friſch-Frei gegen Luſtig-Fidel in Niederſchöneweide, [illegible]. Zeuthen gegen Verein für Bewegungsſpiele in Zeuthen. Berliner Sportverein 22 gegen Hertha in Hohenſchönhauſen, Sommerſtraße. Tasmania gegen Lichtenberg II in Fredersdorf. Tasdorf gegen Lichtenberg I in Tasdorf. [illegible] gegen Vorwärts 20 in Kaulsdorf-Süd. [illegible] gegen Lichtenberg III in [illegible]. Brandenburg 02 gegen [illegible] in Lichtenberg, Eitelſtraße. Sparta gegen Friedrichshagen in Lichtenberg, Hauffſtraße. — **Bezirk Südweſt:** Nowawes gegen Brandenburg in Nowawes, Park Babelsberg. Schöneberg gegen Luckenwalde I in Schöneberg, Dominicusplatz. Kreuzberg gegen Zehlendorfer Ballſpielklub auf dem Tempelhofer Feld. Woltersdorf gegen Fichte 21 in Woltersdorf bei Luckenwalde. Berolina gegen Eintracht 25 auf dem Tempelhofer Feld. Neukölln-Vorwärts gegen Teltow in Neukölln, Grenzallee. Stern gegen Charlottenburg in Marienfelde, Dorfſtraße. Luckenwalde II gegen [illegible] in Luckenwalde. Friſch-Auf gegen Viktoria in Luckenwalde. Fußballring gegen Britannia am Bahnhof Beuſſelſtraße. Schmargendorf gegen Potsdam in Schmargendorf. Neuköllner Ballſpielklub gegen Mariendorfer Sportklub auf dem Tempelhofer Feld. Luckenwalde III gegen Jüterbog in Luckenwalde. — **Pflichtſpiele:** Nauen I gegen Frieſeland 2. [illegible] 1 gegen Nauen 2. Union-Pankow gegen Tegel 24. Britannia gegen Fichte-Südoſt. Alt-Glienicke gegen Konkordia. Johannisthaler Ballſpielklub gegen Germania. [illegible] gegen Weißenſee.

Touriſtenverein „Die Naturfreunde" (Zentrale Wien). Abt. Charlottenburg: Freitag 8 Uhr im Heim [illegible] 16b (Weſtend). Vortrag: „[illegible]". Sonntag, 14. Februar. Wanderung: Friedrichshagen—Krumme Laake—Schmöckwitz. Während der Raſt Bewegungsſpiele. Abfahrt: Bhf. Charlottenburg 8.07, Zoo 8.13 Uhr. Zu beiden Veranſtaltungen Gäſte willkommen. — **Abt. Geſundbrunnen:** Freitag, 12. Februar, Lichtbildervortrag: „Erratiſche Blöcke als Naturdenkmäler". Sonntag, 14. Februar, Fahrt von Zepernick nach [illegible]. Treffpunkt 7 Uhr Bhf. Geſundbrunnen. Führer: K. [illegible]. — **Abt. Wedding:** Sonntag, 14. Februar, Fahrt Bernau—Buch. Treffpunkt 7½ Uhr Bhf. Geſundbrunnen. Gäſte willkommen. — **Abt. Friedenau:** Freitag, 12. Februar, im Jugendheim Offenbacher Str. 5a Volkstanzabend. Gäſte willkommen. — **Abt. Treptow:** Freitag, 12. Februar, 7½ Uhr, im Jugendheim Treptow, Elſenſtr. 3, Vortrag des Genoſſen [illegible] über: „Naturfreundehaus G. m. b. H." Gäſte willkommen. — **Photogemeinſchaft:** Montag, 15. Februar, 8 Uhr, im Jugendheim des Oſtens, Zimmer 5, Große Frankfurter Str. 16/17. Uebungen im Bromöldruck. Gäſte herzlich willkommen. — **Abt. Prenzlauer Berg:** Sonntag, 14. Februar, Naturkundliche Wanderung nach Potsdam. Treffpunkt 7 Uhr Bhf. Alexanderplatz, Eingang Dirckſenſtraße. — **Muſikgemeinſchaft des Werbebezirks Norden:** Nächſte Uebungsſtunde Montag, 15. Februar, 7½ Uhr, beim Genoſſen [illegible], [illegible]. — **Abt. Lichtenberg:** Sonntag, 14. Februar, Fahrt nach dem Hellſee. Treffpunkt 7¼ Uhr Bhf. Stralau-Rummelsburg, Eingang Sonntagſtraße. Gäſte willkommen.

Winterſportfeſt der Schneeſchuhabteilung des [illegible]. Bei günſtigen Schneeverhältniſſen findet das am 24. Januar wegen Tauwetters ausgefallene Winterſportfeſt in den [illegible] Bergen am Sonntag, 14. Februar, oder, wenn dieſer ſchneelos ſein ſollte, am darauffolgenden Sonntag mit Schnee ſtatt. Anmeldungen und Auskünfte nimmt noch entgegen: Max Knoll, O 34, [illegible] 17.

SC. Sparta, Berlin. Uebungsabende ſind jetzt für Knaben: Mittwochs von 6—8 Uhr Schule Bötzowſtr. 46; Frauen: Montags und Donnerstags ½8—½10 Uhr Schule Friedenſtr. 16; Männer und Jugend: Mittwochs Waldlauftraining im Friedrichshain, 7 Uhr Schule Bötzowſtr. 46. Hallentraining Freitags von 6—8 Uhr Schule Eliſabethſtr. 34. Das interne Hallenmeeting iſt vom 19. auf den 26. Februar verlegt worden.

Arbeiter-Sport- und Kulturkartell Bezirk 19 Pankow. Generalverſammlung am Montag, 15. Februar, 8 Uhr, in der Schulaula Grunowſtraße.

Mannſchaftskämpfe im Ringen. Sportl. Verg. Norden 1893 gegen SC. Siegfried 09: Freitag 8 Uhr in der Turnhalle Pank- Ecke Wieſenſtraße. Serienkampf um die diesjährige Kreismeiſterſchaft. — **Libertas 98 gegen Nowawes:** Freitag, 12. Februar, 8 Uhr, in der Turnhalle Charlottenburg, Spreeſtr. 29. Serienkampf um die Kreismeiſterſchaft des 4. Kreiſes des ATSB. — **SC. Eiche gegen SC. Berolina:** Freitag, 12. Februar, 8 Uhr, in der Turnhalle Friedenſtr. 13/15. Serienmannſchaftskampf der A-Klaſſe.

Berliner Arbeiter-Schachklub. Bei den Mannſchaftskämpfen kommt Sonntag, 14. Februar, vormittags 10 Uhr, die 7. Runde der B-Gruppe zum Austrag. Beteiligt ſind folgende Abteilungen: Friedrichsfelde—Nordring bei Daberkow, Gudrunſtr. 1. Charlottenburg—Geſundbrunnen bei Gottſchalk, Bismarckſtr. 37. Süden—Neukölln bei [illegible], Muskauer Str. 10. Norden—Südweſt bei Roth, Tegeler Str. 32.

Arbeiter-Radfahrer-Verein Groß-Berlin. Sonntag, 14. Februar, 1½ Uhr, nach Johannisthal bei [illegible]. Start Mariannenplatz Ecke Waldemarſtraße. Gäſte willkommen.

Arbeiter-Sportkartell Charlottenburg. Der Film „Die neue Großmacht" läuft außer Sonntag, 14. Februar, um 3, 5 und 8 Uhr, auch am Montag abend 8 Uhr im Saale der [illegible], Horſtweg- Ecke Königin-Eliſabeth-Straße. Preis 30 und 50 Pf.

Freie Turnerſchaft Lichtenberg-Friedrichsfelde. Sonntag, 14. Februar, Schauturnen in der Vereinsturnhalle Karlshorſt, Treskowallee 14. Beginn 2 Uhr. Eintritt frei. Vor dem Schauturnen Werbeumzug durch Friedrichsfelde und Karlshorſt. Abmarſch 12½ Uhr von Wegener, Frankfurter Allee 236. Nachdem gemütliches Beiſammenſein bei Wegener.

Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität". Touren für Sonntag, 14. Februar: **Bez. 1, 1. Abt.:** 13., 8 Uhr, Eisbeineſſen Bautzener Str. 12. Frauen: Beiſammenſein in der Neuen Welt. Treffpunkt 8 Uhr am Eingang. — **2. Abt.:** Teltow, Weißer Schwan. Start 1 Uhr Dieffenbachſtr. 36. — **3. Abt.:** 13., 8 Uhr, Maskenball Konkordia Treptow. — **5. Abt.:** Glienicke a. d. N., Bath. Start 1 Uhr Landsberger Platz. — **6. Abt.:** 1 Uhr am Start Kopenhagener Str. 58. — **7. Abt.:** 1 Uhr am Start Koloniſtr. 146. — **8. Abt.:** Adlershof, Riege. Start 1 Uhr Waldenſerſtr. 19. — **9. Abt.:** Zehlendorf, [illegible]. Start 1 Uhr Schulſtraße 114. — **10. Abt.:** Adlershof, Riege. Start 1 Uhr Comeniusplatz. — **Bez. 2, Ortsgr. Neukölln:** 1 Uhr am Start [illegible]- Ecke [illegible] Straße. — **Ortsgr. Charlottenburg:** Pathologiſches Muſeum, Charité. Treffpunkt 10 Uhr daſelbſt. — **Bez. 21, Ortsgr. Tegel:** 1½ Uhr am Start Schlieperſtr. 64. — **Bez. 1, Abt. 3:** Den Bundesgenoſſen zur Kenntnis, daß unſer Sportsgenoſſe Georg Stellmacher nach ſchwerem Leiden verſchieden iſt. Die Beiſetzung findet Sonnabend, 13. Februar, 2 Uhr, im Krematorium Baumſchulenweg ſtatt.

Sportliche Vereinigung Roland. Die Vereinigung hält ihre Turnſtunden Carmen-Sylva-Str. 25 Dienstags und Donnerstags von 7—10 Uhr ab. Mittwochs: Baſtelſtunde der Kinderabteilung in der Gemeindeſchule Danziger Str. 23, Zimmer 9, von 5—7 Uhr. Jeden 1. und 2. Sonnabend im Monat Sitzung bei Werner, Senefelderſtr. 33, 8 Uhr. Jeden 3. Sonnabend im Monat Hauptverſammlung aller Abteilungen bei Zimmer, Schönhauſer Allee 83.

Arbeiter-Abſtinentenbund, Ortsgr. Moabit. 12. Februar pünktlich 7½ Uhr im Jugendheim Wiclef- Ecke Bremer Straße, Zimmer 7, Vortrag Genoſſe Dr. Drucker über: „Alkohol und Raſſengeſundheit". Eintritt frei. — Die Mitglieder der Ortsgruppe Moabit und Gäſte treffen ſich am 14. Februar, 10 Uhr vormittags, am Kriegerdenkmal in der [illegible] zur Beſichtigung des Sexualwiſſenſchaftlichen Inſtituts, In den Zelten 9.

Athletik-Sport-Club e. V. Hockey-Abteilung: Zuſchriften: Willi [illegible], Berlin O 34, Weidenweg 77. Serienſpiele am 14. Februar: Fichte 1, 1 gegen VSC. I 1—2¼ Uhr Schönhauſer Allee. Treffpunkt: ½1 Uhr bei [illegible], Schönhauſer Allee 134. Schönholz II gegen VSC. II 1—2¼ Uhr Platz Schönholz. Treffpunkt: ½1 Uhr bei [illegible], Bhf. Reinickendorf-Schönholz.

SV. Vorwärts Berlin 1887 e. V. An dem am 6. und 7. März ſtattfindenden Schwimmfeſt wird erſtmalig eine ruſſiſche Mannſchaft ſtarten. Die Kämpfe werden äußerſt ſpannend werden, da die Ruſſen dem Vorwärts ſowie den Freien Schwimmern Neukölln eine ebenbürtige Mannſchaft entgegenſtellen können.

Freie Kanufahrer Berlin e. V. Bootshaus: Köpenick, Marienſtraße ([illegible]). Nächſte Mitgliederverſammlung am 19. Februar, 8 Uhr, in der „Idealklauſe", Neukölln, Mareſchſtr. 14. Aufnahme neuer Mitglieder. Anfragen an die Geſchäftsſtelle: Artur Fechner, Berlin O 34, Eckertſtr. 13.

Sport.

Sechstagerennen in Breslau. Am Donnerstagabend um 10 Uhr wurde in der Jahrhunderthalle in Breslau das dritte Breslauer Sechstagerennen bei ſtarkem Andrang des Publikums eröffnet. Nach Vorſtellung der 28 Teilnehmer am Rennen ging der Start ohne Zwiſchenfall vonſtatten. Es beteiligten ſich an dem Rennen: Perſyn — Verſcheiden, Rieger — Knappe, Van Kempen — Feja, Van Nek — Marcell Buyſſe, Oliveri — Tonani, Hahn — Tietz, Bauer — Saldow, Thours — Fandel, Thomas — Martin, Lang — Gottfried, Häusler — Techmer, Behrendt — Stolz, Stabe — Pohl, Rebe — Bielemolen.

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienſtſtelle für Berlin. (Nachdr. verb.) Ziemlich mild, größtenteils bewölkt, ohne weſentliche Niederſchläge. — **Für Deutſchland:** In Nord- und Mitteldeutſchland mild, keine nennenswerten Niederſchläge.

Wenn Du zum Ball gehst

waſche Dein Haar rechtzeitig mit Schaumpon mit dem ſchwarzen Kopf. — Um wieviel wohler fühlſt Du Dich, um wieviel leichter gerät die Friſur, wenn Dein Haar leicht und ſchmiegſam iſt! Und die Hauptſache: um wieviel reizvoller und anziehender iſt ein von duftigem, wohlgepflegtem Haar umrahmtes Geſichtchen! Das echte Schaumpon iſt erkenntlich an dem ſchwarzen Kopf, worauf beim Einkauf ganz beſonders zu achten iſt.

Alleiniger Herſteller: Hans Schwarzkopf, Berlin-Dahlem.

STADT
DES
VORWÄRTS
BEILAGE
R.K.

Wie wohnt das Proletariat?

In der „Deutſchen Zeitſchrift für Wohlfahrtspflege“ veröffentlicht der Direktor a. D. Albert Kohn an Hand der Wohnungsunterſuchungen der Allgemeinen Ortskrankenkaſſe der Stadt Berlin einen mit reichem Tatſachenmaterial belegten Aufſatz. Die Arbeit verdient, daß die Oeffentlichkeit ſich eingehend mit ihr beſchäftigt. Die trockenen Zahlen reden eine erſchütternde Sprache und müßten endlich die verantwortungsvollen Stellen in Deutſchland aufrütteln.

Mit Recht weiſt Albert Kohn darauf hin, daß Tuberkuloſe, Geſchlechtskrankheiten, Alkoholismus wie ein ſchwärender Krebsſchaden an unſerem Volkskörper zehren. Trotz aller Fortſchritte der mediziniſchen Wiſſenſchaft gelingt es nicht, ihrer Herr zu werden, ihre Verbreitung hat einen zu kräftigen Nährboden in den Mietkaſernen unſerer Städte, in den zahlloſen Hofwohnungen, in denen nie oder nur wenige Stunden die Sonne hinkommt. Die Säuglingsſterblichkeit war in Deutſchland ſchon vor dem Kriege ſo groß, daß ihre Zahlen hinter denjenigen Rußlands die bedeutendſten Europas waren. Sie wird ſtark beeinflußt durch die hohe Stockwerklage vieler Wohnungen. Schon 1911 wieſen Dr. H. Liefmann und Dr. Alfred Lindemann nach, daß im Juli und Auguſt von 1592 Säuglingen in Parterre 240 = 15 Proz., im dritten Stock 323 = 20,2 Proz., im vierten und fünften Stock 373 = 23,4 Proz. ſtarben und ſich ein gleichmäßiges Anſteigen der Zahl der Sterbefälle mit der Höhe der Stockwerke zeigte. Nicht minder leidet unſere heranwachſende Jugend durch unſere Wohnungszuſtände. Bereits in der vom Zentralinſtitut für Erziehung und Unterricht 1917 herausgegebenen „Einführung in die Kleinkinderfürſorge“ wird ausgeführt: „Alle Jugendfürſorge und -pflege im letzten Grunde, alle Beſtrebungen zur geiſtigen und körperlichen Volksgeſundung ſind bis zu einem gewiſſen Grade wirkungslos und unfruchtbar, ſolange die Gefahr beſteht, daß Kinder und Erwachſene in das Wohnungselend immer wieder wie in einen Sumpf zurückſinken.“

Die Wohnungsunterſuchungen der Allgemeinen Ortskrankenkaſſe ergaben, daß die Zahl der in Hofwohnungen untergebrachten Kranken ſeit 1920 noch weiter geſtiegen iſt. Die Ermittelungen ergaben weiter, daß 5 bis 6 Proz. der Kranken, ſowohl Männer wie Frauen, in Räumen wohnten, die weniger als 10 Quadratmeter Bodenfläche faßten. Feſtgeſtellt wurde, daß

1921	1922	1923 1. Halbjahr	
383	367	173	Kranke mit 1 Perſon
180	124	62	„ „ 2 Perſonen
81	87	20	„ „ 3 „
14	3	2	„ „ 4 „
1	2	1	„ „ 5 „
2	1	1	„ „ 6 „

dieſe kleinen Räume teilen mußten. Bei den Krankenbeſuchen wurden auch Perſonen in Räumen von unter 6 Quadratmeter Bodenfläche angetroffen. In ſolch drangvoller Enge müſſen kranke Menſchen hauſen! Grauenerregend ſind auch die Feſtſtellungen, daß zirka 30 Prozent der männlichen Kranken und 20 Prozent der weiblichen Kranken Räume bewohnten, deren Luftinhalt nicht den hygieniſchen Mindeſtforderungen von 20 Kubikmetern entſprach. Es iſt damit die Tatſache belegt, daß die Zuſammendrängung unſerer Bevölkerung noch weitere Fortſchritte gemacht hat. Verſtärkt wird dieſes erſchütternde Bild durch die Feſtſtellung, daß zirka 4 Proz. der erwerbsunfähigen Kranken in Räumen angetroffen wurden, die nicht einmal 10 Kubikmeter Luftraum aufwieſen. Was das bedeutet, erkennen wir erſt, wenn wir damit vergleichen, daß Rubner für leichtchroniſche Kranke 40 Kubikmeter, für fiebernde Kranke 50 Kubikmeter, für Verwundete 60 Kubikmeter Luftraum forderte, während in Iſoliergefängniſſen für Einzelhaft jede einzelne Zelle einen Kubikinhalt von 25 bis 28 Kubikmeter bei ausſchließlicher Benutzung für die Nacht 15 bis 16 Kubikmeter enthalten ſoll. Von den in ihrer Familie lebenden Kranken wohnten rund 13 Proz. der Männer und 18 Proz. der Frauen allein in einem Zimmer, während alle übrigen mit anderen Perſonen den Raum teilen mußten, und zwar noch über 12 Proz. mit drei anderen Perſonen, über 2 Proz. mit 5 Perſonen und daß auch in einer Reihe von Fällen 6, 7 und mehr Perſonen mit dem Kranken einen Schlafraum gemeinſchaftlich benutzten. Mit Recht ſagt Albert Kohn, daß alle Wohlfahrt, die umfangreichſte Fürſorge, alle unſere Kraft in Frage geſtellt wird, ſolange dieſe zahlreichen Seuchenherde beſtehen. Das erſchütterndſte Bild über die Wohnungsnot entrollen die mitgeteilten Zahlen über die herrſchende Bettennot. Sie zeigen, welch entſetzlichen Umfang die Einengung in unſeren Mietkaſernen angenommen hat, wie die Menſchen immer mehr aneinander gedrängt wurden. Meiſtens fehlt es an Platz, ein weiteres Bett aufſtellen zu können. Im erſten Halbjahr 1923 wurden feſtgeſtellt:

230	Haushaltungen mit	5	Perſ. und	3	Betten	
79	„ „	6	„ „	3	„	
13	„ „	6	„ „	2	großen Betten	u. 1 Kinderbett
49	„ „	7	„ „	4	„ „	
12	„ „	7	„ „	3	„ „	
25	„ „	8	„ „	4	„ „	
8	„ „	8	„ „	3	„ „	
7	„ „	9	„ „	4	„ „	
4	„ „	9	„ „	3	„ „	
5	„ „	10	„ „	5	„ „	
1	„ „	10	„ „	4	„ „	
2	„ „	11	„ „	5	„ „	
1	„ „	11	„ „	3	„ „	u. 2 Kinderbetten
1	„ „	12	„ „	6	„ „	„ 1 Kinderbett
2	„ „	12	„ „	5	„ „	„ 1 „
1	„ „	12	„ „	3	„ „	„ 3 Kinderbetten

Dazu ſagt Albert Kohn: „Wer kann angeſichts ſolch furchtbarer Bilder des Schreckens und des Elends noch vortreten und ſich wundern, daß wir die Tuberkuloſe und Geſchlechtskrankheiten nicht niederzwingen, daß der Alkoholismus hier ſeinen beſten Nährboden findet? Wer kann erſtaunt ſein, daß in unſeren großen Krankenhäuſern Tag für Tag geſchlechtskranke Kinder zur Behandlung kommen? Kann es anders kommen bei der Art, wie unſer Volk in den Mietkaſernen wohnen muß, unter der Körper und Seele gleich ſchwer leiden?“

Bei all den Zahlen darf jedoch eins nicht überſehen werden, worauf auch Albert Kohn hinweiſt: daß die Mehrzahl der Mitglieder der genannten Kaſſe nicht etwa zu den allerärmſten Volksſchichten gehören, daß der erheblichſte Teil von ihnen in Brot und Arbeit ſtand, und daß den therapeutiſchen Aufgaben der Krankenkaſſe gemäß die geſundheitlich ausſichtsloſeſten Kranken überhaupt nicht kontrolliert wurden. Das Bild iſt alſo im Grunde genommen noch zu roſig.

Wann wird man ſich endlich in Deutſchland zu einer großzügigen Wohnungsbaupolitik im Sinne der Forderungen der Sozialdemokratiſchen Partei und der freien Gewerkſchaften entſchließen? Das es geht, zeigt das Beiſpiel der Gemeinde Wien.

Die Wahl des Stadtbaurats.

Am Montag, den 1. März, werden ſich im ſtädtiſchen Wahlausſchuß die für die engere Wahl vorgeſehenen fünf Bewerber um den Stadtbauratpoſten vorſtellen. Die beteiligten Herren ſind aufgefordert worden, ihren Gedanken über die Neuorganiſation des Berliner Bauweſens zu entwickeln. Die Unterlagen über die bisherigen Abſichten des Magiſtrats und der Stadtverordneten ſind ihnen zu dieſem Zweck zugeſtellt worden. Man rechnet damit, daß unmittelbar im Anſchluß an dieſe Sitzung auch die Wahl ſelber erfolgen wird, dann könnte im Plenum der Stadtverordnetenverſammlung die Wahl in der erſten Märzhälfte auf die Tagesordnung geſetzt werden. Sofort nach Erledigung dieſer Wahl wird dann die Neuwahl des Berliner Stadtſchulrats auf die Tagesordnung kommen. Bisher hat der Magiſtrat noch keine Vorlage über die Beſetzung der Stelle gemacht. Es unterliegt aber keinem Zweifel, daß er nach Erledigung der Wahl des Stadtbaurats einem an ihn gerichteten Verlangen auf Einreichung einer ſolchen Vorlage ohne weiteres Folge leiſten wird. In Stadtverordnetenkreiſen kurſiert das Gerücht, daß Stadtmedizinalrat Dr. Drygalſki zum Nachfolger des Präſidenten des Reichsgeſundheitsamtes Dr. Bumm auserſehen ſei. Sollten ſich dieſe Gerüchte beſtätigen, dann würde auch für ihn eine Neuwahl erfolgen müſſen.

Waſſerwucher!

Bei den Charlottenburger Waſſerwerken.

Ein Leſer ſchreibt uns: In Britz bei Berlin beſitze ich eine kleine Laubenparzelle von 650 Quadratmeter, die mit Gemüſe und ein paar Obſtbäumen bebaut iſt. Da man ohne Waſſer Gemüſe nicht anpflanzen kann, ſo hatten wir, mehrere Parzelleninhaber, da ein Hauptdruckrohr nicht vorhanden war, uns mit Genehmigung der Waſſerwerke an bebaute Grundſtücke angeſchloſſen. Wir hatten eigene Waſſermeſſer, ſodaß die Waſſerwerke keinen Schaden erlitten, da ſie das verbrauchte Waſſer reichlich bezahlt erhielten.

Vor einiger Zeit wurden uns nun die Waſſermeſſer fortgenommen mit dem Bemerken, ein jedes Grundſtück müſſe eigenen Anſchluß am Hauptrohr haben; es kamen in unſerer Siedlung etwa 25 Parzelleninhaber in Betracht. Trotzdem wir alle kleine, wenig bemittelte Leute ſind, entſchloſſen wir uns unter für uns großen Geld-, Zeit- und Arbeitsopfern ein Hauptdruckrohr ſowie Anſchluß legen zu laſſen. Die Koſten kamen pro Kopf auf über 200 Mark. Die Ausſchachtungsarbeiten haben wir dabei noch ſelbſt gemacht. Jetzt kommt aber der Waſſerpreis! Es kamen, wie geſagt, die Charlottenburger Waſſerwerke, Berlin-Schöneberg, Bayeriſcher Platz 9, in Frage. Ein Kubikmeter Waſſer koſtet 35 Pf., 12 Kubikmeter müſſen im Sommer und Winter pro Vierteljahr bezahlt werden, ob verbraucht oder nicht, das ſind 4,20 M. Dazu kommt eine vierteljährliche Verwaltungsgebühr von 4,90 M. (wofür Verwaltungsgebühren außerdem?). Da ich, wie die meiſten, jedoch nur in den Sommermonaten wöchentlich zwei- bis dreimal auf der Parzelle bin, ſo habe ich in dem vergangenen ganzen Jahre nur 16 Kubikmeter Waſſer verbraucht. Etwa die gleiche Anzahl verbrauchen die meiſten anderen Parzelleninhaber in jedem Jahre. Für die verbrauchten 16 Kubikmeter habe ich alſo insgeſamt 36,40 M. zahlen müſſen gleich **1 Kubikmeter 2,21 M.** Es wäre wohl angebracht, daß die Stadtverordneten darauf dringen, daß auf Grund ſolcher Mißwirtſchaft, die doch ſicherlich Wucher iſt, die Charlottenburger Waſſerwerke enteignet und in den Beſitz der Stadt übergehen. Als Bekräftigung will ich hiemit nur noch auf die Zuſtände bei dieſen Waſſerwerken im letzten Sommer hinweiſen, wo ſie in den ſüdlichen Vororten verſagten.“

Die Krankenhausnot in Groß-Berlin!

Zurzeit hat Berlin 31 ſtädtiſche Krankenanſtalten, dazu kommt noch eine weit größere Zahl Privatanſtalten. Die geſamte Bettenzahl beträgt für Groß-Berlin ungefähr 21 000. Die für eine Großſtadt zugrunde gelegte Zahl, 5 Betten auf 1000 Einwohner, iſt ſomit erreicht. Dieſe Zahl iſt aber für eine Stadt wie Berlin mit ſeiner hochentwickelten Induſtrie viel zu niedrig. Der Geſundheitszuſtand der Bewohner einer Viermillionenſtadt iſt tatſächlich ſchlechter als in Mittel- und Kleinſtädten. Allein das größere Haſten und Jagen der Menſchen, der rieſige Verkehr greift die Nerven der Menſchen an! Andererſeits iſt die ſchaffende Bevölkerung in immer größere wirtſchaftliche Not geraten. Einſchränkungen in der Ernährung ſind zur Selbſtverſtändlichkeit geworden. Der Körper iſt widerſtandsunfähig. Die Wohnungsverhältniſſe ſind für einen großen Teil der Bevölkerung geradezu kataſtrophal. Durch ſolche Verhältniſſe wird der Geſundheitszuſtand, namentlich der ärmeren Bevölkerung, weit über das normale Maß der Vorkriegszeit verſchlechtert. Naturgemäß ſuchen viel mehr Kranke Aufnahme in einer Anſtalt, die ſonſt unter beſſeren Verhältniſſen in der Familie verpflegt würden. Die ſchlechten, engen Wohnungen zwingen oft dazu, den Kranken ſofort aus der Wohnung zu ſchaffen, weil ſonſt auch die Geſundheit der Familie gefährdet iſt. Die Krankenhausnot iſt darum in Berlin beſonders groß und faſt zur chroniſchen geworden. Alle Anſtalten ſind voll, zum Teil überbelegt. Schwerkranke werden abgewieſen und müſſen tagelang warten, bis ſie aufgenommen werden. Der Schrei nach Vermehrung der Bettenzahl kann deshalb nicht laut genug erhoben werden. Die für dieſen Winter zur Verfügung geſtellten Baracken zur Aufnahme von Kranken können nur als Notbehelf in Frage kommen, da für die Dauer ungeeignet, ſchon durch die ſchlechte Ofenheizung und ungenügende Lüftung. Die dicht am Ofen liegenden Patienten kommen vor Hitze um, die anderen frieren; auch durch das Inſtandhalten des Feuers und Aufſchütten der Kohlen des Nachts werden die Kranken erheblich in ihrer Nachtruhe geſtört. Den berechtigten Klagen der Kranken kann nur durch Neubauten abgeholfen werden.

Im 19. Bezirk (Pankow) z. B. liegt das im Jahre 1906 von der Gemeinde Pankow erbaute Krankenhaus mit 175 Betten. Durch Benutzung einer ehemaligen Militärbaracke und zwei Infektionsbaracken iſt die Bettenzahl auf 260 gebracht. Für die Stadt Berlin ſind ſolche kleine Anſtalten unwirtſchaftlich und müſſen im Intereſſe des Stadtſäckels vergrößert werden. Dieſe Anſtalt leidet ganz beſonders an chroniſcher Bettennot. Abweiſungen bis zu 12 Kranken täglich ſind keine Seltenheit. Ein Zuſtand, der allerdings auch in den anderen Krankenhäuſern Berlins vorhanden iſt. Das Bezirksamt will den unerfreulichen Zuſtand beſeitigen durch Einſetzen der Mittel für einen Erweiterungsbau des Krankenhauſes um 250 bis 300 Betten in den Haushaltsplan 1926. Möge dem Kämmerer die Unwirtſchaftlichkeit der kleinen Anſtalten, ſowie die große Bettennot zum Bewußtſein kommen und dem Magiſtrat ſowie der Stadtverordnetenverſammlung bei der Bewilligung der Mittel für den Erweiterungsbau keine Schwierigkeiten bereiten. Pflicht des Magiſtrats iſt es, dafür zu ſorgen, daß den Bewohnern Berlins die ärztliche Wiſſenſchaft mit den neueſten techniſchen Errungenſchaften der Heilkunde zugänglich gemacht wird.

Aus den Bezirken.

Aktendiebſtahl in der Charlottenburger Verwaltung.

Geſtern wurde in der Bezirksverſammlung des 7. Bezirks Charlottenburg eine vor längerer Zeit von der ſozialdemokratiſchen Fraktion geſtellte Anfrage beantwortet, der folgende Vorkommniſſe zugrunde liegen: Bei der Etatsberatung im Preußiſchen Landtag hat der völkiſche Abgeordnete Profeſſor Danicke einen Briefwechſel zwiſchen dem Miniſterpräſidenten Braun und dem Charlottenburger Wohnungsamt bzw. dem damaligen Dezernenten und jetzigen Bürgermeiſter in Dortmund, Hirſch, verleſen. In einer Wahlverſammlung in Köpenick hat der Abgeordnete Danicke deutlich durchblicken laſſen, daß er das Material von einem Beamten erhalten hat. Herr Danicke hat die ihm übergebenen geſtohlenen Briefe in der Abſicht verwendet, um den Nachweis zu führen, daß auf Wunſch des Miniſterpräſidenten Braun einem ukrainiſchen Hauptmann Treswinſki widerrechtlich eine Wohnung in Charlottenburg zur Verfügung geſtellt werden ſollte. Die Sozialdemokraten waren nun neugierig zu erfahren, ob es zutrifft, daß die Akten über die von Herrn Danicke erörterte Wohnungsangelegenheit verſchwunden ſind und was das Bezirksamt unternommen hat, um den Schuldigen zu ermitteln und zur Verantwortung zu ziehen. Herr Stadtrat Zimmermann, welcher die Anfrage im Auftrage des Bezirksamtes beantwortete, gab den Diebſtahl der Akten zu. Von einer eidlichen Vernehmung der im Wohnungsamt Charlottenburg beſchäftigten Beamten wurde Abſtand genommen, ebenſo von der Eröffnung eines Diſziplinarverfahrens gegen Unbekannt, weil das Bezirksamt der Meinung war, daß eine Aufklärung der Angelegenheit auf dieſem Wege nicht zu erreichen ſein würde. Dagegen iſt die Sache dem Staatsanwalt übergeben worden. Es ſchwebt zurzeit bei der Staatsanwaltſchaft III ein Verfahren wegen Aktendiebſtahls gegen Unbekannt. Von Herrn Stadtrat Zimmermann wurde ausdrücklich beſtätigt, daß das Wohnungsamt Charlottenburg in der Wohnungsangelegenheit des ukrainiſchen Hauptmanns Treswinſki durchaus korrekt gehandelt hat und daß weder das Wohnungsamt noch den früheren Dezernent des Amtes, den Genoſſen Hirſch, der leiſeſte Vorwurf treffen könne. Der Sprecher der ſozialdemokratiſchen Fraktion geißelte die Vorkommniſſe ſehr ſcharf und brachte insbeſondere zum Ausdruck, daß es beſſer wäre, Briefe dieſer Art nicht zu ſchreiben, weil ſie böswilligen politiſchen Gegnern die billige Möglichkeit geben, ſolche Schriftſtücke in unangemeſſener Weiſe auszunutzen.

Der Dringlichkeitsvorlage „Herſtellung des Sportplatzes im Volkspark Jungfernheide“ wurde zugeſtimmt. Die Koſten betragen 265 000 M. Es beſteht die Möglichkeit, zu den Arbeiten größtenteils Erwerbsloſe als Notſtandsarbeiter heranzuziehen. — Die Berliner Sezeſſion hat die Abſicht, auf dem Savignyplatz ein Ausſtellungsgebäude nach dem preisgekrönten Entwurf des Architekten Nachtlicht zu errichten. Alle Parteien ſind dagegen, die Grünflächen durch Bebauung zu ſchmälern. Eine Anfrage, die ſich mit dem Bauprojekt beſchäftigt, wurde der zuſtändigen Deputation überwieſen. Ein Antrag, das Bezirksamt damit zu beauftragen, unverzüglich für das Volksbegehren in ſämtlichen Bezirken Charlottenburgs Eintragungsliſten auszulegen und die für die Durchführung der Arbeiten erforderlichen Kräfte aus den Kreiſen der abgebauten Angeſtellten zu nehmen, wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommuniſten abgelehnt.

9. Bezirk — Wilmersdorf.

In der Bezirksverſammlung am 3. Februar fand die Einführung und Verpflichtung der unbeſoldeten Bezirksamtsmitglieder — darunter unſere Genoſſen Emmel und Oppel — ſtatt. — Zur Beratung ſtand u. a. ein dringlicher Antrag unſerer Fraktion, der Einſpruch erhebt gegen die Bebauung des Geländes an der Grenze von Schmargendorf und Wilmersdorf, die viele Kleingärtner

Fritzi
Massary
DIE UNVERGLEICHLICHE
3

ihrer Erholungsſtätten berauben würde. Die Bezirksverſammlung ſetzte einen 11gliedrigen Ausſchuß ein, dem vom Bezirksamt ein neuer Bebauungsplan zur Beratung vorgelegt werden ſoll, in dem die einſchlägigen Beſtimmungen des Reichsheimſtättengeſetzes vom 10. Mai 1920 und der Ausführungsbeſtimmungen hierzu berückſichtigt werden. Zu den Beratungen iſt der Beirat des Kleingartenamts hinzuzuziehen. Hoffentlich gelingt es ſo, unſeren Kleingärtnern ihr Fleckchen Grünes, das ja ihre ganze Erholung bedeutet, zu erhalten — es gibt hierorts noch genug anderes baureifes Gelände. — Eine Frauenſchule erhält unſer — mit höheren Schulen aller Art reichlich geſegneter — Bezirk nun auch. Es ſollen hier junge Mädchen mit der Reife einer höheren Lehranſtalt für den Beruf der Hausfrau, Mutter und Staatsbürgerin in einem einjährigen Lehrgang vorgebildet werden. Von unſerer Seite fielen bittere Worte der Enttäuſchung, daß bei der Ausgeſtaltung dieſer Schule, die mit einem Koſtenaufwand von 43 000 M. ins Leben gerufen wird, die Töchter der werktätigen Bevölkerung, die ja meiſt die Volksſchule beſucht haben, leer ausgehen. Wenigſtens gelang es mit Hilfe der Demokraten, die Beſtimmung durchzuſetzen, daß auch Mittelſchülerinnen die Ausbildung auf der Frauenſchule ermöglicht wird. Die Einrichtung einer derartigen Schule für Volksſchülerinnen iſt geplant — hoffentlich ſind nicht inzwiſchen — durch die Ausgeſtaltung der erſtgenannten Bildungsanſtalt — die hierfür erforderlichen Mittel ausgegangen. Bedauerlich bleibt in jedem Fall, daß der Grundſatz der Einheitsſchule nicht einmal bei dieſem Schultyp praktiſche Geſtalt annimmt; wie ſehr könnte auf dieſe Weiſe bei den heranreifenden jungen Mädchen aller Bevölkerungsſchichten auf gegenſeitiges ſoziales Verſtehen hingewirkt werden! — Der Religionsunterricht an der Frauenſchule ſoll Pflichtfach ſein — wie das Bezirksamt mitteilte, auf Grund miniſterieller Beſtimmung. Unſer Antrag, an das Miniſterium die Anfrage zu richten, ob die **Erteilung des Religionsunterrichts als Wahlfach zuläſſig ſei**, wurde bei **Stimmenthaltung der Kommuniſten** (!) abgelehnt.

15. Bezirk — Treptow.

In ihrer letzten Sitzung beſchäftigte ſich die Bezirksverſammlung nochmals ausgiebigſt mit den ruheſtörenden Vorgängen in der vorletzten Sitzung. Namens der Bezirksverſammlung ſprach der Vorſteher, Genoſſe Strieder, dem Genoſſen Lempert das Bedauern der Verſammlung über die nach der letzten Verſammlung erlittenen Verletzungen aus und gab der Freude Ausdruck, daß es dem Genoſſen Lempert möglich iſt, wieder an der kommunalen Arbeit teilzunehmen. Genoſſe Becker hielt den Kommuniſten ihre demagogiſche Politik vor Augen und erklärte ihnen, daß man mit ſolchen Leuten unmöglich ſozialiſtiſche Politik treiben könne. Einſtimmig beſchloß die Verſammlung, den kommuniſtiſchen Erwerbsloſenantrag dem Rechnungsausſchuß zu überweiſen (bekanntlich war deswegen in der vorletzten Sitzung der Tumult entſtanden). Die Kommuniſten beantragten, die Verſammlung möge dafür ſorgen, daß die Polizei aus dem Rathauſe entfernt würde. Genoſſe Strieder ſtellte als Vorſteher feſt, daß weder im Sitzungsſaal noch auf der Tribüne Polizei anweſend ſei. Das Hausrecht bezüglich der übrigen Räumlichkeiten des Rathauſes ſteht dem Bürgermeiſter zu. Genoſſe Bürgermeiſter Grunow erklärte, daß er der Meinung ſei, in Anbetracht der angeſagten Erwerbsloſendemonſtration vor dem Rathauſe den polizeilichen Schutz nicht ablehnen zu können. Namens unſerer Fraktion erklärte Genoſſe Lehner das Einverſtändnis der Fraktion und betonte, daß die Bezirksverordneten nicht Freiwild kommuniſtiſcher Anpöbeleien ſeien (ſiehe Fall Lempert). Gegen die Stimmen der KPD. hieß die Bezirksverſammlung die Maßnahmen des Bürgermeiſters gut. Die KPD.-Vertreter verließen darauf hin den Sitzungsſaal. Die Bezirksverſammlung verabſchiedete einige Bauvorlagen und nahm die vorgelegte Geſchäftsordnung an. Ein Antrag unſerer Fraktion verlangte, dafür Sorge zu tragen, daß das Finanzamt Oberſpree nach einer zentralen Stelle des Bezirkes verlegt wird. Von dem ausgeſtellten Modell des Krematoriums Baumſchulenweg nahm die Verſammlung Kenntnis. Ein kommuniſtiſcher Antrag bezüglich der Fürſtenabfindung konnte nicht verhandelt werden, weil die bürgerlichen Vertreter dem Antrage die Dringlichkeit abſprachen. Ein Antrag der gleichen Fraktion bezüglich Vergebung der Schulaula in Oberſchöneweide konnte nicht verhandelt werden, weil die Antragſteller inzwiſchen die Flucht ergriffen hatten. Sie ſchienen es mit ihrem Antrage alſo nicht ſehr ernſt zu nehmen.

20. Bezirk — Reinickendorf.

In der Bezirksverſammlung am 3. Februar gedachte der Vorſteher Genoſſe Rozoll in bewegten Worten unſeres verſtorbenen Stadtverordneten Genoſſen Auguſt Schmidt. Darauf wurde die Etatsberatung, die in der vorangegangenen Bezirksverſammlung der Finanzdeputation zurückverwieſen war, zu Ende geführt. Bereits in der Finanzdeputation verlangten die Kommuniſten die Annahme unverantwortlicher Anträge. Als ihnen dies dort bei den erſten Kapiteln nicht gelang, verließen ihre Deputationsmitglieder die Sitzung. In der Bezirksverſammlung ſetzten die Kommuniſten die Demonſtrationsanträge weiter fort. Mehrmals wurden die Kommuniſten von unſeren Genoſſen darauf hingewieſen, daß ſie durch ihr Fortgehen aus der Finanzdeputation uns die Vertretung der Arbeiterintereſſen ſehr erſchwert haben. Nach der Annahme einiger Abänderungsanträge, die größtenteils von uns geſtellt waren, wurde der Geſamtetat mit allen gegen die Stimmen der Kommuniſten angenommen. Darauf nahm die Verſammlung zu der Vorlage wegen der Erbauung eines Hallenſchwimmbades mit Kunſteisbahn und Erfriſchungsräumen in Berlin-Reinickendorf Stellung. Alle Fraktionsredner waren ſich darüber einig, daß der Bau des Humboldt-Bades, von dem der „Vorwärts" bereits eingehend berichtet hat, im Intereſſe der Berliner Bevölkerung liegt. Genoſſe Elpel hob beſonders hervor, daß es notwendig iſt, für die arbeitende Bevölkerung des Berliner Nordens eine derartige geſundheitsfördernde Einrichtung zu ſchaffen. Die Rentabilität kann in einem ſolchen Falle alſo nicht ganz allein entſcheidend ſein. Der Betrieb ſoll gemiſchtwirtſchaftlich erfolgen. Eine vorgebrachte Einwendung, daß durch den privaten Einfluß die Eintrittspreiſe zu ſehr in die Höhe getrieben werden könnten, erklärte Herr Bürgermeiſter Reichhelm als nicht möglich, da die Feſtſetzung der Eintrittspreiſe ausſchließlich in der Hand der Stadt Berlin liegen wird. Nur ein einziges Mitglied der Bezirksverſammlung fühlte ſich berufen, dagegen zu ſprechen. Alle Mitglieder der Bezirksverſammlung bis auf einen Demokraten ſtimmten der Vorlage zu.

Oeffentliche Kundgebung

für Baumſchulenweg und Nachbarorte am **Sonntag, den 14. Februar**, vormittags pünktlich 10 Uhr, im Saal des Kino, Baumſchulenweg, Baumſchulenſtraße. — Thema:

Für Volksbegehren, für Volksentſcheid, gegen Fürſtenabfindung

Anſprache: Reichstagspräſident Genoſſe Paul Löbe.
Sammeln zum Aufmarſch: vormittags 9 Uhr, Köpenicker Landſtraße, Ecke Baumſchulenſtraße.

* * *

Auto und Landſtraßen.

Die Not der Landſtraßen, die durch den Automobilverkehr in kurzer Zeit in Grund und Boden gefahren ſein werden, wird wegen der Novelle zum Kraftfahrzeugſteuergeſetz in nächſter Zeit den Reichstag beſchäftigen. Insbeſondere iſt es der ſchnelle Uebergang der Laſtenbeförderung vom Schienenweg auf die Landſtraßen, der die große Frage dringlich macht, wer denn für die Dauer die gewaltig geſtiegenen Koſten für die Erhaltung der Landſtraßen bezahlen ſoll. Was nützen alle Fortſchritte des Automobilweſens, wenn für die Grundlage, die Fahrbahn, nicht geſorgt wird! Die gewöhnlichen Schotterſtraßen in einer Geſamtlänge von 144 000 Kilometer, das heißt dem mehr als dreifachen Erdumfang, genügen für den Automobilverkehr bekanntlich nicht mehr. Mit einem Aufwande von mehreren Milliarden Mark — der Kilometer koſtet z. B. in Kleinpflaſter 80 000 M. — müſſen ſie allmählich umgebaut werden. Allein die laufende Unterhaltung koſtet je Kilometer mindeſtens 2000 bis 4000 M. jährlich; bei 180 000 Kilometer Landſtraßen in Deutſchland, wobei mit 50 000 Kilometer Hauptdurchgangsſtraßen gerechnet wird, ſind das jährlich 480 Millionen, das heißt rund ½ Milliarde Mark! Die Kraftfahrzeugſteuer brachte bisher jedoch nur rund 50 Millionen Mark und die ſogenannten Wegevorausleiſtungen — roh geſchätzt — 15¼ Millionen. Es geht nicht an, daß dieſe Aufwendungen im Intereſſe der Automobilbeſitzer weiter aus dem großen Steuertopfe bezahlt werden, geſchweige denn der oben erwähnte notwendige Umbau der Straßen, der wahrſcheinlich nur mit Auslandskredit möglich ſein wird. Die durch die Wegeunterhaltung am meiſten Belaſteten ſind die deutſchen Landkreiſe, die von den 180 000 Kilometern allein 126 000, d. h. zwei Drittel, zu unterhalten haben, danach die Provinzen. Die jetzigen Merkmale der Kraftfahrzeugſteuer, die nur von der Art des Fahrzeugs, ſeinem Gewicht und der fingierten Pferdeſtärke ausgeht, ſind offenbar zu roh und daher unzulänglich. Eine bloße Erhöhung der Steuer, wie die Reichsregierung ſie plant, ändert daran nichts. Die gefahrenen Kilometer müſſen wie in den Eiſenbahntarifen irgendwie berückſichtigt werden.

* * *

Das Spendengeld des „Notdienſtes der Berliner Frauen", welches im vergangenen Jahre erfolgreich gegen den Berufsbettel angewendet wurde, iſt im Bezirk Treptow in Heften zu 0,50 M. und 1 M. an folgenden Stellen zu haben: **Bezirkswohlfahrtsamt Treptow, Rathaus, Zimmer 66; Ortsamtsſtelle Oberſchöneweide, Luiſenſtr. 33, und Niederſchöneweide, Grünauer Str. 1; Geſchäftsſtelle Johannisthal, Am Königsplatz 1; Ortsamtsſtelle Adlershof, Radickeſtr. 14, und Ortsamtsſtelle Alt-Glienicke, Wilhelmſtr. 1.** Dieſes „Spendengeld" zu 5 oder 10 Pf. ſtellt einen Gutſchein dar, den nur der Vorſteher der für die Wohnung des Hilfeſuchenden zuſtändigen Wohlfahrtskommiſſion (für Durchreiſende nur das Aſyl für Obdachloſe) einlöſt. Dieſer prüft die Verhältniſſe und bringt dem Bedürftigen ausreichende Hilfe. Wer Spendengeld gibt, bekämpft den Berufsbettel und führt wirklich Notleidende einer ausreichenden Hilfe zu.

Eine Wohlfahrtsauskunftſtelle in Treptow. Von der Arbeitsgemeinſchaft der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege iſt im Zimmer 31 des Rathauſes Treptow eine Wohlfahrtsauskunftſtelle eingerichtet worden, die ſowohl Hilfeſuchenden wie Vereinen Auskunft über alle Hilfsmöglichkeiten der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege erteilt und gleichzeitig die Verbindung zwiſchen dieſen aufrechterhält. Die Sprechſtunden ſind zunächſt auf Dienstag und Freitag von 1—2 Uhr feſtgeſetzt.

Nähſtube für erwerbsloſe Mädchen. Im Rahmen einer gewiſſen Notſtandsaktion hat das Bezirksamt Lichtenberg für erwerbsloſe minderjährige Mädchen in der Schule Lückſtraße eine Nähſtube eingerichtet. Die jungen Mädchen haben hier Gelegenheit, unter der Anleitung einer ausgebildeten Näherin das Nähen zu erlernen, um es ſpäter für ihren Beruf oder für ſich ſelbſt verwenden zu können. Den Mädchen ſteht es frei, während der Nähſtunden eigene Sachen auszubeſſern oder aber neue Sachen, für die das Bezirksamt das nötige Material liefert, anzufertigen.

Moderniſierung des Berliner Viehhofs. Der Berliner Viehhof ſoll amerikaniſiert und moderniſiert werden. Aus dieſem Grunde wird ſich im Frühjahr eine Studienkommiſſion nach den Vereinigten Staaten, beſonders nach Chicago, begeben. Hauptzweck der Reiſe iſt die Unterſuchung der Frage, ob ſich die amerikaniſchen Großſchlachtmethoden und der dort eingeführte maſchinelle Maſſenbetrieb für deutſche Verhältniſſe eignen und ſich auf ſie übertragen laſſen.

Die Einwohnerzahl des Verwaltungsbezirks Köpenick. Bei der Perſonenſtandsaufnahme — 10. Oktober 1925 — ſind in den einzelnen Ortsteilen folgende Einwohnerzahlen feſtgeſtellt worden: Köpenick 38 926, Friedrichshagen 16 476, Bohnsdorf 2792, Grünau 3928, Müggelheim 288, Rahnsdorf 3518, Schmöckwitz 1362, zuſammen 67 290 Einwohner. Das bedeutet gegenüber der bei der Bildung der neuen Stadtgemeinde Berlin feſtgelegten Einwohnerzahl von 56 819 eine Steigerung um 18⅓ Proz. Da auch im kommenden Jahre im Bezirk mit einer regen Bautätigkeit gerechnet werden kann, wird das Jahr 1926 zweifellos eine weitere ſtarke Steigerung der Einwohnerzahl bringen. Die Fortſchreibungsziffer beläuft ſich zurzeit bereits auf etwa 70 000.

Vorträge, Vereine und Verſammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold".

Geſchäftsſtelle: Berlin S. 14, Sebaſtianſtr. 37/38, Hof 2 Tr.
Beim republikaniſchen Vertrauensabend wird Reichstagsabgeordneter Freiherr von Richthofen über: „Die deutſche Republik" und Polizei-Oberleutnant [illegible] über das Thema: „Der Offizier und die Republik" ſprechen. Martin Wolfgang vom Staatstheater bringt Rezitationen zum Vortrag. Die Mitglieder der Reichs- und Staatsregierung und die Führer der republikaniſchen Parteien ſind zu dem Abend eingeladen. Eintrittskarten ſind im Gaubureau, Sebaſtianſtr. 37/38, erhältlich. — **Mitte.** Sonntag, d. 14., nachmittags 12¼ Uhr, Köllniſcher Park. Ummarſch mit Trommlerkorps. — **Wedding.** Sonntag, d. 14., vormittags 10½ Uhr, treffen ſich die Kameraden [illegible]. Beſuch Film „Freies Volk". Eintritt 60 Pf. — **Kreuzberg.** Sonntag, d. 14., 3.30 Uhr, Antreten Zug- und Gruppenführer bei [illegible], Skalitzer Str. 136 [illegible]. Mo., d. 15., 7½ Uhr, Verſammlung der Jungmannſchaften, [illegible] 41. Vortrag [illegible]: „Jugend und Sport". — **Pankow (Kreis).** Kameradſchaft Niederſchönhauſen: Fr., d. 12., 7½ Uhr, bei Klindt, Friedensplatz, Vollverſammlung. Sonntag, d. 14., 8½ Uhr, ſämtliche Jungmannſchaften Marktplatz Pankow antreten. Rückfahrt gegen 1 Uhr. — **Reinickendorf (Kreis).** Kameradſchaft Hermsdorf: Fr., d. 12., 8 Uhr, bei Koalick, Waldmannsluſt, Fürſt-Bismarck-Straße 18, Kameradſchaftsverſammlung. — **[illegible].** So., d. 15., begeht die Kameradſchaft ihr 1. Stiftungsfeſt, Lokal „Blaue Grotte", [illegible] Vorträge, Theater, Feſtball. Beginn 8 Uhr. Eintritt 75 Pf. Republikaner ſind herzlich eingeladen.

* * *

Atencez! Laboristal idisti! Sundio ye 14. Februar esos agito-exkurso kontre la apanajo di princi ad Birkenwerder. Atingo ye 7^{m} kloki aran la Stettiner Vorortstaciono. Omni adestez! Laboristal Ido-Uniono.

Achtung! Ido-Kurſus Charlottenburg findet ab Montag, den 15. Februar, abends 7½ Uhr, im Jugendheim Am Lützow 15 ſtatt. Arbeiter-Ido-Bund.

Fay's echte Sodener Pastillen gegen Husten, Heiserkeit, Verschleimung

Übler Mundgeruch wirkt abſtoßend. Häßlich gefärbte Zähne entſtellen das ſchönſte Antlitz. Beide Schönheitsfehler werden ſofort in vollkommen unſchädlicher Weiſe beſeitigt durch die Zahnpaſte **Chlorodont**.

2te WEISSE WOCHE

Damenwäsche
Damenhemd guter Wäschestoff, Achselform mit Stickereiansatz 1.25
Nachthemd guter Wäschestoff, reiche Stickerei-Garnierung . . . 2.95
Hemdhose moderne Form, mit Stickerei-Ansatz 2.95
Prinzeßrock mit Stickerei-Volant- u. Stickerei-Ansatz 3.90

Übergangshut mit moderner Goldblume 2^{90}
Übergangshut mit aparter Goldgarnitur 3^{90}

Voll-Voile-Blusen mit langem Arm, verschiedene Fassons . . . . Serie I 2^{95} Serie II 3^{95} Serie III 4^{95}
Frühjahrs-Kleider Kunstseide waschbar, reizende Schottenmuster, fesch verarbeitet . . . . Serie I 9^{50} Serie II 10^{50}

Wirkwaren
Damenstrümpfe gute regulär gearbeitete Qualität, m. Doppelsohle und Hochferse, farbig . 0.95
Schweiß-Socken für Herren, weiche wollhaltige Qualität 0.68
Herren-Hosen wollgemischt mit Ueberschlag, gute Qualität, 3 Größen . . . 1.95
Herren-Hemden wollgemischt m. Doppelbrust, haltbare Qualität 2.75

Herrenartikel
Oberhemden farbig mit gefütterter Faltenbrust, 1 weicher, 1 steifer Kragen, Umschlagmanschetten . . . 5.90
Oberhemden weiß, mit Piké-Falteneinsatz u. Piké-Umschlagmanschetten, ungewaschen 4.50
Nachthemden feiner Wäschestoff mit farbigem Besatz und Umlegekragen 3.90
Selbstbinder breite Form, schönes Mustersortiment. . . . 0.85

Schuhwaren
Pantoffel für Damen, mit Linoleumsohle . . . 0.95
Pantoffel für Damen, mit Filz- oder Ledersohle 1.45
Hausschuhe für Damen, m. Ledersohle 2.65
Hausschuhe für Damen, Filz mit Filzsohle, viele Farben 3.45

Gardinen
Scheibengardinen schöne Muster . Meter 0.35
Tüllgardinen Schalbreite . . . Meter 0.75
Künstlergardinen Etamine mit Einsatz und Volant 3.95
Waffelbettdecken weiß mit Fransen . . . 3.95

Wirtschaftsartikel
Kaffeekannen Emaille, ca. 14 cm . . . 1.15
Ziertöpfe Aluminium Satz 6 Stck. 2.95
Fleischhack-Maschine verzinnt 3.65
Wasserkessel Aluminium, für Gas oder Feuerung 3.75
Waschtopf verzinkt, mit Ring, Sieb u. Deckel 3.95

Übergangshut Kunstseidenkopf, Tagalpicotrand, fesche Schleife 5^{90}
Übergangshut Kunstseide, Tagalpicotrand mit Kunstseidenkopf . . 5^{90}

Untertaille gestrickt, für Damen, kräftige, gute Qualität, 3 Größen, mit langen Ärmeln . . 1^{45}
Sportwesten f. Damen u. Herren, einfarbig, mit andersfarbigem Besatz und Manschetten, 2 Taschen . 2^{95}
Hemdhosen Kunstseide, für Damen, pa. Qualität, moderne Formen, viele Farben 2^{95}
Herren-Hüte moderne Formen, viele Farben . . 3^{90}
Obergarn 1000 Meter, Nr. 40-80 . . . Rolle 50 ₰
Untergarn 1000 Meter, Nr. 40-70, Kreuzspule 25 ₰
Regenschirm Halbseide, mit fester Kante, Top-Form . . . 6^{90}
Lack-Spangen [illegible] mod. spitze Form, amerik. Absatz 8^{90}

JANDORF
Belle-Alliance-Str. ◆ Gr. Frankfurter Str. ◆ Brunnenstr. ◆ Kottbusser Damm ◆ Wilmersdorfer Str.

Mehr Klarheit über die Wirtſchaft!

Wo bleibt die Produktions- und Warenſtatiſtik?

„Während jedes Bemühen in Deutſchland nur darauf gerichtet ſein müßte, die hochveredelnden Fertiginduſtrien lebens- und exportfähig zu erhalten, geſchieht das Gegenteil: die Rohſtoffinduſtrien werden geſchützt und können ſich jede noch ſo unberechtigte Preisforderung erlauben, während die verarbeitende Induſtrie zu völliger Auflöſung getrieben wird.“ — Dieſe Worte ſind vor wenigen Tagen auf der Tagung der „Fachgruppe Bekleidungsinduſtrie beim Reichsverband der Deutſchen Induſtrie“ geſprochen und von dem Redner, dem Textilinduſtriellen O. Weil, durch zahlreiche Beiſpiele über die Preisgeſtaltung in den Rohſtoffinduſtrien — Spinnerei, Weberei, Ausrüſtungsinduſtrie — belegt worden. Fragen wir uns nun, wie es möglich ſein konnte, daß eine Zollpolitik geſchaffen wurde, aus der die heute offenkundig zutage liegenden Mißſtände der Unternehmerpreispolitik erwachſen ſind, ſo wird man nicht nur die unglückliche politiſche Situation, die zu einer Einbringung und zur Annahme der Zollgeſetze führte, dafür verantwortlich machen können. Neben politiſchen Motiven, die eine Stärkung der Poſition aller „ſchwerinduſtriellen“ Rohſtoffinduſtrien im Zollkampf mit ſich brachten, hat die mangelnde Erkenntnis wirtſchaftlicher Zuſammenhänge, aber auch die durchaus

mangelnde Kenntnis wirtſchaftlicher Tatbeſtände

den Hauptteil der Schuld an der Fehlleitung der deutſchen Wirtſchaftspolitik. Ohne eine Erforſchung und Klärung der wirtſchaftswichtigen Tatſachen und Größenverhältniſſe iſt jede Wirtſchaftspolitik in der Gefahr, auf bloß „gefühlsmäßiger“ Erfaſſung des Seienden aufbauend, zu Fehlſchlüſſen zu gelangen. Es iſt und bleibt die wichtigſte Aufgabe aller beteiligten Stellen, der Regierungsorgane ſo gut wie der Verbände und der Preſſe, auf eine Klarlegung aller wirtſchaftlichen Daten energiſch hinzuarbeiten.

Die Mängel der Statiſtik.

Es iſt bekannt, daß der Aufſchwung des amerikaniſchen Wirtſchaftslebens Hand in Hand mit einer geradezu vorbildlichen Erſchließung aller wirtſchaftsſtatiſtiſchen Materialien vor ſich gegangen iſt, und daß der Ehrgeiz der amerikaniſchen Unternehmer und Wirtſchaftsbehörden darin liegt, möglichſt umfaſſende und klare Angaben über Produktion und Abſatz zu ſchaffen. Demgegenüber fehlt es in Deutſchland, abgeſehen von dem zumeiſt ſeit Jahrzehnten nicht mehr erweiterten Bereich der Wirtſchaftsſtatiſtik, die im Statiſtiſchen Reichsamt geſchaffen iſt, bereits an den allgemeinſten und wichtigſten Daten. Die Statiſtik des Außenhandels iſt einigermaßen ausführlich und arbeitet ziemlich ſchnell, genügt aber den neuzeitlichen Anſprüchen noch nicht in allen Punkten. Von der Produktionsſtatiſtik ſind nur die Gebiete des Kohlen- und Eiſenbergbaues und der ſonſtigen ſchwerinduſtriellen Produktion einigermaßen der ſtatiſtiſchen Bearbeitung erſchloſſen, ohne daß jedoch die Angaben ſo detailliert ſind, ſo prompt gegeben würden, wie es für eine leiſtungsfähige Konjunkturberichterſtattung notwendig wäre. Im Anſchluß an die Verbrauchsſteuererhebungen entſteht, als „Abfallprodukt“ mehr denn als Selbſtzweck, eine Produktionsſtatiſtik für Zucker, Tabak, Bier, Branntwein uſw., deren Angaben jedoch ſtets mit großer Verſpätung bekanntgegeben werden. Aus dem Gebiet der Landwirtſchaft liegen Ernte- und Anbauflächenerhebungen, Ergebniſſe der Viehzählungen und Schlachtviehſtatiſtiken vor. Damit iſt aber der Bereich der Produktionsſtatiſtik ſchon erſchöpft. Aus dem Baugewerbe, aus der Metallverarbeitungs- und Maſchineninduſtrie, aus Textilinduſtrie, chemiſcher Induſtrie, Papier-, Glas-, Ton-, Zement-, Holz-, Lederinduſtrie uſw. ſind weder Angaben über die Größe des Produktionsapparates noch über den Beſchäftigungsgrad (Auftragsbeſtand uſw.) noch über die Produktions- und Abſatzverhältniſſe, Größe der Lagerbeſtände uſw. erhältlich! Wollen wir den Wert der alljährlich in der Landwirtſchaft erzeugten tieriſchen Produkte (Milch, Butter, Käſewaren, Fleiſch, Häute, Wolle uſw.) feſtſtellen, ſo ſind wir auf ganz vage Schätzungen angewieſen — und ähnlich liegt es bei den Verhältniſſen der jährlichen Holzproduktion aus der Forſtwirtſchaft.

Nur um weniges beſſer ſind wir über die Verkehrsverhältniſſe unterrichtet, wo ſich aus dem bei der Reichsbahn anſammelnden ſtatiſtiſchen Material noch außerordentlich wichtige Aufſchlüſſe gewinnen ließen, wenn die Bearbeitung ernſtlich in die Hand genommen würde. Auch über den Geld- und Kreditverkehr, für den die Ausweiſe der Reichsbank und die Zweimonatsbilanzen der Banken nur eine erſte flüchtige Orientierung zulaſſen, muß noch durch Erweiterung der Erhebungen und ſchärfere Gliederung der einzelnen Angaben eine größere Klarheit geſchaffen werden. Wie weit ſind wir hier noch von den Verhältniſſen der New Yorker Börſe entfernt, auf der täglich die Zahl der Aktienumſätze feſtgeſtellt wird, und in kürzeren Zwiſchenräumen die Höhe der Börſenkredite!

Die Preisſtatiſtik.

Allein die Preisſtatiſtik iſt in den letzten Jahren ganz erheblich ausgebaut und verbeſſert worden, weil die Verhältniſſe der Inflationszeit eine genauere Darſtellung der Preisentwicklung unbedingt geboten erſcheinen ließen. Freilich bedarf auch die hier vorliegende Arbeit noch ſtark der Erweiterung, beſonders auf das Gebiet der Fertigwarenpreiſe hin, und vor allem der Auswertung, um die preisbeſtimmenden Momente hervortreten zu laſſen. Dieſe werden beſonders von der Seite der Preispolitik der Kartelle her wirkſam werden. Die Anſätze, die auf dem Gebiet der Verbands- und Kartellſtatiſtik und der Statiſtik der Unternehmungsfirmen bereits vorliegen, werden gleichfalls noch bedeutend auszugeſtalten ſein, um der Aufgabe einer Durchſichtigmachung der hier vorliegenden Probleme entſprechen zu können.

Die Arbeitsmarktſtatiſtik und ihre Mängel.

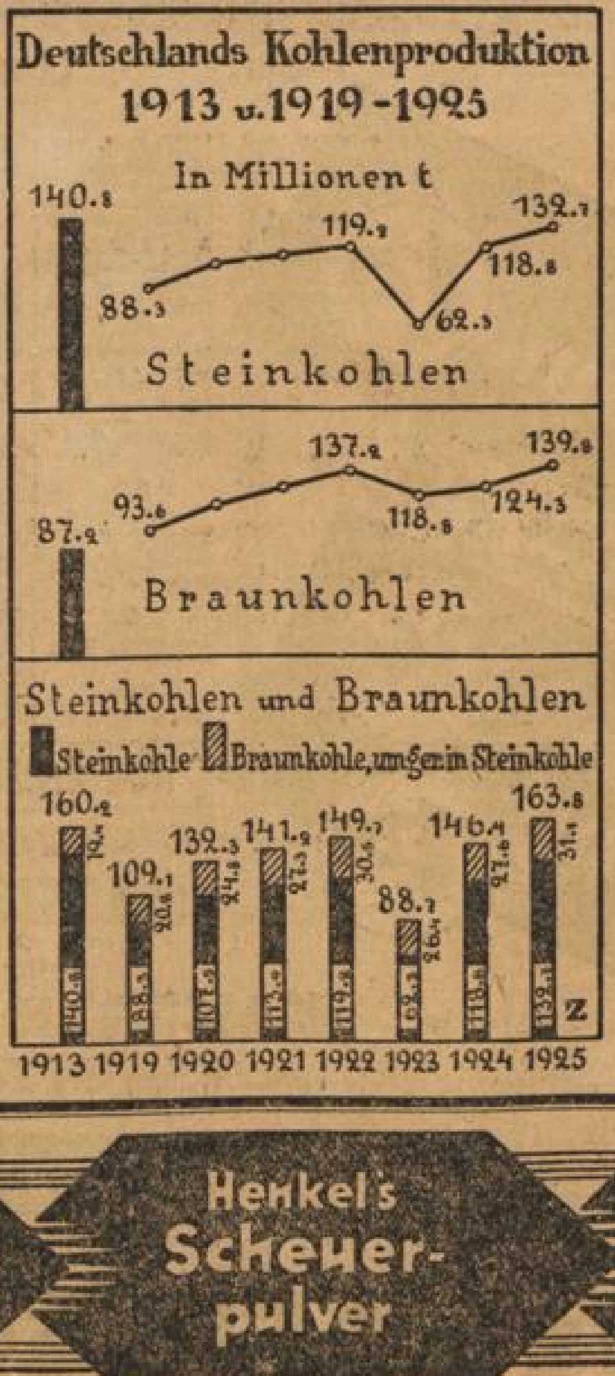
Ganz beſonders wichtig erſcheint es, die Arbeitsmarktſtatiſtik aus ihrem langjährigen Dornröschenſchlaf, den ſie unter Obhut des Reichsarbeitsminiſteriums träumt, zu neuem Leben und zu neuen Taten zu erwecken. Die Feſtſtellung der tatſächlich geleiſteten Arbeitsſtunden, der Zahl der beſchäftigten Arbeiter und der Lohnverdienſte — Erhebungen, wie ſie in anderen Ländern durchgeführt wurden, ohne „bureaukratiſche Scherereien unerträglicher Art“! — Dieſe relativ leicht zu bewerkſtelligenden Ermittlungen wären geeignet, die Bewegungsverhältniſſe der Volkswirtſchaft klar und deutlich hervortreten zu laſſen.

Wie die Produktionsſtatiſtik ausgebaut werden kann.

Als wichtigſte Ergänzungen der Lohneinkommenſtatiſtik müſſen die allgemeine Einkommenſtatiſtik, die ſich leicht auf den Ergebniſſen der Einkommen- und Körperſchaftsſteuer aufbauen läßt, und die allgemeine Umſatzſtatiſtik, auf Grund der Umſatzſteuererhebungen, gefordert werden. Geſtützt auf derartiges Material, werden die Bemühungen, zu einem Ueberblick über die Arbeitsweiſe der Geſamtwirtſchaft und zu einer Beurteilung der Leiſtungsfähigkeit ihrer wichtigſten Glieder und Gruppen zu kommen, nicht mehr vergeblich zu ſein brauchen.

Die Sorge um das „Geſchäftsgeheimnis“.

Die Erkenntnis, daß durch eine Aufhellung der wirtſchaftlichen Tatbeſtände allen gedient iſt, und nicht zum mindeſten der Unternehmerſchaft, läßt leider noch immer recht auf ſich warten. Die Unternehmer umgeben mit der ſchlimmſten Geheimniskrämerei (von ganz wenigen Ausnahmen abgeſehen!) all das, was eigentlich allbekannt ſein müßte und eine gewaltige Erleichterung für wirtſchaftliche Dispoſitionen bedeuten könnte: Auftragsbeſtand, Lagervorräte, Produktionsfähigkeit, Abſatzgröße uſw. Nicht ſo ſehr an die Adreſſe des Statiſtiſchen Reichsamtes, dem man kaum Mangel an Initiative vorwerfen kann, als an die Adreſſe der Unternehmerverbände, die ſich — zuweilen nicht ganz ohne die gefällige Mitwirkung des Reichswirtſchaftsminiſteriums — in die Wolken des Geſchäftsgeheimniſſes zu hüllen belieben, richten ſich unſere Vorwürfe. Das Wort, das man am häufigſten zu hören bekommt, wenn man auf Offenlegung des Zahlenmaterials über Produktion, Umſatz und Verbrauch dringt, iſt jenes von den „außenpolitiſchen Bedenken“. So ſagt man in der Regel — aber man meint doch zunächſt nur „ſteuerpolitiſche Bedenken“. Gerade derjenige, der weiß, daß hohe Produktions- und Umſatzzahlen noch nichts über die Höhe der tatſächlich erzielten Gewinne bedeuten und daß eine Ueberſteigerung der Produktion ohne entſprechenden Abſatz das Allergefährlichſte iſt, gerade dieſer wird die lächerlichen Bedenken nicht gelten laſſen. Im Gegenteil: hätte man früher ſchon klarer geſehen, daß der Produktionsſteigerung im Jahre 1925 bei der mangelnden Kaufkraft der Maſſen eine entſprechende Abſatzmöglichkeit nicht gegenüberſtand — und bei entſprechender Klarlegung der Wirtſchaftsvorgänge durch eine ſorgfältig ausgebaute Statiſtik wäre das nicht unmöglich geweſen —, ſo hätten ſich Kriſe und Arbeitsloſigkeit wenigſtens um ein Bedeutendes mildern laſſen. Aber ſolche Erkenntniſſe liegen der Unternehmerſchaft vorläufig noch verflucht fern, wie die lächerliche Interpellation Dr. Reicherts im Reichstag zeigt, in der er, der ſchwerinduſtrielle Intereſſenvertreter, darüber Klage führt, daß nach den Veröffentlichungen der amtlichen Reichsſtatiſtik der Eindruck einer zu hohen Produktionsleiſtung erweckt würde — weil dieſe Statiſtik nämlich die Produktionszahlen des (verkleinerten) Nachkriegsdeutſchlands mit denen des entſprechenden Gebiets (nicht alſo des ganzen Reichsgebiets) von 1913 vergleicht! Dieſer offenſichtliche Schwabenſtreich des deutſchnationalen Abgeordneten entbehrt auch deswegen nicht der Komik, weil Herr Reichert augenſcheinlich noch immer nicht gemerkt hat, daß er — auf Grund ſeiner Statiſtiken! — die Produktionsleiſtung der Schwerinduſtrie immer weiter ermutigt hat, bis ſie endlich im Jahre 1925 in einer regelrechten Ueberproduktion elendiglich ſtecken blieb! Will er nun etwa die (nachträgliche) Feſtſtellung der Reichsſtatiſtik, daß ſoviel — und zuviel für die Abſatzmöglichkeiten! — erzeugt worden iſt, dafür verantwortlich machen, daß eine irrſinnige Ueberproduktion ſtattgefunden hat?! Wer im eigenen Haus ſelbſt nicht beſſer Beſcheid weiß und die Wirtſchaft ſehenden Auges in die Kriſe hineinmanövriert hat, ſollte heute ſtillſchweigen — nicht anders als ein Schuljunge, der ſeine Lektion nicht richtig gelernt hat. Nur wenn wir aus der Geheimniskrämerei der Unternehmungen und Betriebe herauskommen, und mit jenem Gemeinſinn, der das wichtigſte Aktivum des amerikaniſchen Wirtſchaftsgeiſtes iſt, zu einer Offenlegung der wirtſchaftlichen Verhältniſſe gelangen, wird der gemeinſame Nutzen aller zu verwirklichen ſein.



Erſparniſſe und Gewinne durch Rationaliſierung.

Ein gutes Beiſpiel für eine privatkapitaliſtiſch erfolgreiche Zuſammenfaſſung, Vereinfachung und Mechaniſierung der Betriebe, das auch für die ſozialen Schlußfolgerungen aus dieſer Rationaliſierung ſehr beachtlich iſt, ſind die Braunſchweigiſchen Kohlenbergwerke in Helmſtedt.

Obwohl die geſamte Betriebsumſtellung reſtlos aus eigenen Mitteln erfolgt iſt und die Braunkohlenförderung und Brikettierung ſtark unter der Konkurrenz der weſtfäliſchen Steinkohle ſtand, werden 10 Proz. Dividende (auf 12,5 Millionen) verteilt. Sämtliche Tiefbaubetriebe, die bei geringer Förderung unverhältnismäßig viel Koſten verurſachten, wurden ſtillgelegt, die Tagbaubetriebe durch den Bau einer Kettenbahn von 3 auf 2 beſchränkt. Während 1924 noch die Rohkohlenförderung von 3,11 Millionen Tonnen ſich auf ſechs Tief- und Tagbaubetriebe verteilte, brachten 1925 die zwei Tagbaubetriebe eine auf 3,48 Millionen Tonnen geſteigerte Förderung. Die von 711 000 auf 738 000 Tonnen erhöhte Brikettfabrikation iſt ebenfalls auf die beiden Tagbaue konzentriert. Ein dritter Tagbau wird für den lokalen Saiſonbedarf der Zuckerfabriken in Bereitſchaft gehalten. Für den Abraumdienſt und die Brikettfabriken erfolgten beträchtliche Neuanſchaffungen von Großraumwagen, Lokomotiven, Brikettiermaſchinen und Sortieranlagen, alles über Betrieb. In der Bilanz werden die erzielten Erſparniſſe in erhöhten Gewinnen deutlich ſichtbar. Die Schulden ſind nur um 1,12, die Forderungen dagegen um 1,92 Mill. erhöht. Die Bankguthaben ſind verfünffacht. Dabei ſind die Obligationsanleihen um die Neuaufwertung erhöht, der Wert der Felder und Anlagen konnte von 11,80 auf 10,85 und die Kuxe der ſtillgelegten Gruben zum größten Teil auf 1 M. abgeſchrieben werden. Kredite zur Umſtellung waren überhaupt nicht erforderlich, wie ſich aus dem minimalen Zinskoſten von 3334 M. der Gewinn- und Verluſtrechnung ergibt. Der Geſchäftsbericht ſtellt auch eine bedeutende Verringerung der Geſamtbelegſchaft feſt. Sie betrug Ende 1924 4042, Ende 1925 betrug ſie 3174 Mann.

Dieſer privatkapitaliſtiſche Erfolg, der ſich auch in der Verringerung der Belegſchaft ausgewirkt hat, muß aber auch zu den ſozialen Auswirkungen gebracht werden, die er ermöglicht. Die erhöhte Förderung zu niedrigeren Koſten muß, wenn nicht Kartelldiktatur es verhindert, in geſenkten Preiſen und dieſe in der Steigerung des Abſatzes, vermehrter Beſchäftigung und Verkürzung der Arbeitszeit ihren Ausdruck finden. Auf dieſe ſozialen Schlußfolgerungen wird die Arbeiterſchaft wie immer bei der Rationaliſierung ſo auch hier mit beſonderem Nachdruck zu achten haben.

Privataktionäre gegen das Reich.

Wie leicht die Beteiligung von Privatkapital an Unternehmungen öffentlicher Körperſchaften zu Konflikten zwiſchen dieſen und den Privataktionären führen kann, dafür gab es am Donnerstag bei der Generalverſammlung der Deutſchen Werke A.-G. ein intereſſantes Beiſpiel. Die Deutſche Werke A.-G. geht, wie wir ſchon früher berichteten, in Liquidation, nachdem das Dezentraliſierungsprogramm durchgeführt iſt. Die Reichsanteile der verbleibenden Unternehmungen werden von der Vereinigte Induſtrieunternehmungen A.-G. (Viag) übernommen, deren Anteile ſich wieder in den Händen des Reiches befinden. Nun hatte vor Jahren die Deutſche Werke A.-G. ihre Kapitalnot dadurch zu überwinden geſucht, daß ſie am freien Kapitalmarkt, alſo durch Aktienausgabe an Private, ſich neue Mittel beſchaffte.

Dieſe Privataktionäre waren es nun, die der Generalverſammlung der Deutſchen Werke A.-G. aus Anlaß des Liquidationsbeſchluſſes gründlich zu ſchaffen machten. Ihre Oppoſition richtete ſich im weſentlichen gegen zwei Punkte; einmal dagegen, daß die ſtillen Reſerven von der Geſellſchaft ohne Gegenleiſtung von der Viag übernommen würden. Dieſe müßten in erſter Linie den Aktionären zugutekommen. Ferner hatten ſie vor allen Dingen daran etwas auszuſetzen, daß die Unternehmungen der Deutſchen Werke in die Hände des Staates kämen und nicht in die Hände der Privatinduſtrie. Demgegenüber wies die Verwaltung darauf hin, daß die Aktionäre ja für ihre Aktien den Nennbetrag erhielten, ein Vorgang, wie er bei Liquidation von reinen Privatunternehmungen in der Jetztzeit nicht oft zu verzeichnen wäre. Wenn die Viag nicht mehr herausgeholt habe, obwohl die Werte des Unternehmens höher zu veranſchlagen wären, ſo läge das an den ungünſtigen wirtſchaftlichen Zeiten. Die öffentliche Hand, die jetzt die Werke völlig übernommen habe, gehe damit ein erhebliches Riſiko ein, es ſei allerdings zu erwarten, daß hierbei große Gewinnchancen vorhanden wären. Auch die Stadt Kiel opponierte gegen die Vorſchläge der Verwaltung, indem ſie hervorhob, daß ſie für 12 000 M., die ſie gezahlt habe, nur 8000 M. erhalte. Erwähnenswert iſt dann noch die Erklärung der Verwaltung, daß die Verſorgung der Angeſtellten und Arbeiter der ehemaligen Betriebe der Deutſchen Werke durch die Nachfolgeunternehmungen ſichergeſtellt ſei.

Die Anträge der Verwaltung, wonach die Aktien der Deutſchen Werke an die Viag übergehen, wurde mit 70017 gegen 1618 Stimmen genehmigt. Die Oppoſition gab Proteſt zu Protokoll.

Es iſt bezeichnend, daß die Privataktionäre es verſuchen wollten, aus dem Erlös der Reichswerke Vorteile für ſich herauszuſchlagen, die der Stand der Unternehmungen keinesfalls als gerechtfertigt erſcheinen läßt. Die Verwaltung hatte bekanntlich die Liquidation damit begründet, daß ſie die einzelnen Unternehmungen der Deutſchen Werke erhalten will, weil die Betriebe in ihrer Geſamtheit eine rationelle Bewirtſchaftung nicht erlaubten. Den Aktionären nun wäre es lieber geweſen, wenn durch einen vollſtändigen Verkauf oder gar durch die Verſchrottung der Anlagen mehr Bargeld herausgeholt worden wäre, als wenn durch eine einigermaßen geſchickte Transaktion der Betrieb der Werke erhalten bleibt. Ein geradezu typiſcher Vorgang — typiſch dafür, wie dem Privatkapital das Profitintereſſe über das Produktionsintereſſe geht.

ATA
Henkel's Scheuer-pulver
ideales Herdputz-mittel

Amtlicher Großhandelsindex.

Die auf den Stichtag des 10. Februar berechnete Großhandelsindexziffer des Statiſtiſchen Reichsamts iſt gegenüber dem Stande vom 3. Februar (119,2) um 0,3 v. H. auf 118,8 zurückgegangen. Geſunken ſind die Preiſe für Roggen, Gerſte, Schmalz, Fleiſch, Hopfen, Rindshäute, Kalbfelle, Baumwollgewebe, Rohjute, Hanf, Blei und Zink. Höher lagen die Preiſe für Weizen, Butter, Heringe, Milch, Baumwolle, Baumwollgarn, Kupfer und Zinn. Von den Hauptgruppen haben die Agrarerzeugniſſe von 113,5 auf 113,0 oder um 0,4 Proz., die Induſtrieſtoffe von 129,9 auf 129,7 oder um 0,2 Proz. nachgegeben.

Ueberweiſungsblätter für Lohnſteuern. Für die Zwecke des Finanzausgleichs muß nach den Ergebniſſen des Kalenderjahres 1925 ein neuer Verteilungsſchlüſſel für die Einkommenſteuer aufgeſtellt werden. Dazu müßten an ſich, wie dies auch für das Jahr 1922 geſchehen iſt, die Arbeitgeber Ueberweiſungsblätter ausſtellen, die den Namen des Arbeitnehmers, den von ihm bezogenen Arbeitslohn und den davon einbehaltenen Steuerabzugsbetrag enthalten. Um aber die für die Wirtſchaft daraus entſtehende Arbeitsbelaſtung auf das geringſt mögliche Maß zu beſchränken, hat ſich der Reichsminiſter der Finanzen durch Verordnung vom 19. Januar 1926 damit einverſtanden erklärt, daß an Stelle der Ueberweiſungsblätter Ueberweiſungsliſten in vereinfachter Form nur für die Arbeitnehmer eingereicht werden, die nicht in der Beſchäftigungsgemeinde ſelbſt gewohnt haben, für die Arbeitnehmer, die in der Beſchäftigungsgemeinde ſelbſt gewohnt haben, ſind irgendwelche Unterlagen dem Finanzamt nicht einzureichen. Die Vordrucke für die Ueberweiſungsliſten werden von den Finanzämtern den Arbeitgebern auf Verlangen koſtenlos zur Verfügung geſtellt. Sofern der Steuerabzug vom Arbeitslohn im Jahre 1925 durch Verwendung von Steuermarken vorgenommen worden iſt, ſind auch die Steuerkarten und Einlagebogen 1925 dem Finanzamt einzureichen. Die Friſt für die Einreichung der vereinfachten Ueberweiſungsliſten, Steuerkarten uſw., die urſprünglich am 15. Februar 1926 ablaufen ſollte, iſt bis zum 1. März 1926 verlängert worden.

Reichsbank und Automobilinduſtrie. In der Reichsbank haben dieſer Tage mit Vertretern der Automobilinduſtrie Beſprechungen ſtattgefunden, bei denen die Lage dieſer Induſtrie einer eingehenden Erörterung unterzogen worden iſt. Nach den Darlegungen der Vertreter der Automobilinduſtrie ſind auf dem Gebiete der Vereinheitlichung der Fabrikation und Zuſammenlegung von Betrieben bereits beachtliche Fortſchritte erzielt. Es herrſcht Uebereinſtimmung, daß auf dieſem Wege weiterzugehen ſei. Von der Reichsbank wurde betont, daß ſie einer Förderung der Automobilinduſtrie volles Intereſſe entgegenbringe, daß ſie indeſſen Abzahlungsgeſchäfte zu finanzieren nicht in der Lage ſei. Die Notenbank kann und darf nur Umſchlagskredite mit einer Laufzeit von äußerſt 90 Tagen geben, da ſie den Grundſatz der Liquidität und Kurzfriſtigkeit ihrer Anlagen unbedingt aufrechterhalten muß. Hiernach können alſo für den Rediskont bei der Reichsbank nur Wechſel in Betracht kommen, die über Verkäufe mit einer Geſamtkreditgewährung von äußerſt drei Monaten laufen, oder die ſich auf die letzten drei Monatsraten der auf längere Friſt ſich erſtreckenden Abzahlungsgeſchäfte beziehen. Innerhalb dieſes Rahmens wird die Reichsbank ſich auch der Automobilinduſtrie zur Verfügung ſtellen. Ueber die Beſtrebungen, durch Gründung einer Automobilbank die Finanzierung des Abzahlungsgeſchäfts zu erleichtern, iſt die Reichsbank unterrichtet worden.

Die Kommanditaktienbank Lewinſky, Rehlaff und Co. liquidiert. Nachdem ſeit ſechs Wochen über die Berliner Bankfirma Lewinſky, Rehlaff u. Co. Geſchäftsaufſicht verhängt war, beantragt die Verwaltung nunmehr zu ihrer außerordentlichen Generalverſammlung am 8. März die Auflöſung der Geſellſchaft.

Gewerkſchaftsbewegung

(Gewerkſchaftliches ſiehe auch 4. Seite Hauptblatt.)

Tarifgemeinſchaft in der Landwirtſchaft.

Nach der Revolution entſtand ein Wettrennen um die Schaffung von Tarifverträgen in der Landwirtſchaft. Behörden und Arbeitgeber betätigten ſich in dieſem Rennen als Schrittmacher. Seitdem iſt manches anders geworden. Je weiter wir uns von den Ereigniſſen des Jahres 1918 entfernten, deſto weniger war man bei Behörden und Arbeitgebern geneigt, dem Tarifvertragsgedanken die Wege zu ebnen.

Immer ſchwieriger wurde die Erneuerung abgelaufener Tarife. Es gab Zeiten, wie auch heute wieder, wo für große Teile Deutſchlands keine Tarifverträge beſtehen. Abgeſehen von Pommern, das ſchon ſeit langem eigene Wege geht, beſteht heute kein mit dem Deutſchen Landarbeiterverband vereinbarter Tarifvertrag in Oſtpreußen, Schleſien und Mecklenburg.

In ſolcher Zeit iſt es beſonders erfreulich, wenn berichtet werden kann, daß in anderen Teilen Deutſchlands trotz aller Schwierigkeiten, eine Erweiterung des Tarifgedankens ermöglicht wurde. Dieſe Tatſache wurde in Mitteldeutſchland erreicht.

Am 7. Januar 1926 wurde in Halle a. d. S. die Mitteldeutſche landwirtſchaftliche Tarifgemeinſchaft gegründet. Artikel I ihrer Satzung beſagt:

Die landwirtſchaftlichen Arbeitgebervereinigungen von Braunſchweig, Kurheſſen, Freiſtaat Sachſen, Süd-Hannover und Thüringen (Vereinigung der land- und forſtwirtſchaftlichen Arbeitgeberverbände Mitteldeutſchlands) einerſeits, der Deutſche Landarbeiterverband, Zentralverband der Landarbeiter pp. andererſeits, beſchließen, die Lohn- und Tariffragen für die genannten Landesteile möglichſt einheitlich zu regeln, ſie bilden zu dieſem Zwecke die Mitteldeutſche landwirtſchaftliche Tarifgemeinſchaft.

In den weiteren Artikeln wird das Verfahren für den Abſchluß von Tarifen feſtgelegt.

Der Abſchluß von Tarifverträgen in den einzelnen Landesteilen obliegt den für dieſe zuſtändigen paritätiſchen Tarifinſtanzen, damit die beſonderen Verhältniſſe der einzelnen Landesteile gebührend berückſichtigt werden. Kommt hier ein Abſchluß, ſelbſt nach Erſchöpfung aller tariflich vereinbarten Schlichtungsſtellen, nicht zuſtande, ſo entſcheidet die Mitteldeutſche landwirtſchaftliche Tarifgemeinſchaft gemäß Ziffer III.

Für Lohnänderungen während der Laufzeit der Tarife iſt die Mitteldeutſche Tarifgemeinſchaft allein zuſtändig.

III.

Die Verhandlung und Entſcheidung über vorliegende Anträge erfolgt in einem Ausſchuß, der aus je fünf Beiſitzern der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerſeite, die von Fall zu Fall ernannt werden, ſowie einem unparteiiſchen Vorſitzenden beſteht, der ein Stimmrecht nur dann hat, wenn es ihm im Einzelfalle durch Mehrheitsbeſchluß der Beiſitzer verliehen wird. Der unparteiiſche Vorſitzende wird jeweils von zwei Vertrauensmännern gewählt, von denen je einen die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerſeite benennt. Mit Stimmenmehrheit gefaßte Beſchlüſſe oder ergehende Schiedsſprüche ſind ohne weiteres für die Parteien bindend.

Kommt dagegen weder eine Einigung noch ein Schiedsſpruch zuſtande, ſo wird das Reichsarbeitsminiſterium unverzüglich um die Beſtellung eines unparteiiſchen Vorſitzenden erſucht, der dann ohne weiteres Stimmrecht hat. Die hier ergehenden Schiedsſprüche ſind Schiedsſprüche im Sinne der Verordnung über das Schlichtungsweſen vom 30. Oktober 1923, Artikel 1.

IV.

Vor endgültiger Entſcheidung von Streitigkeiten dürfen weder die Arbeitnehmer die Arbeit einſtellen noch die Arbeitgeber die Arbeitnehmer ausſperren.

V.

Anträge an die Mitteldeutſche landwirtſchaftliche Tarifgemeinſchaft ſind an das Landwirtſchaftliche Tarifamt Sachſen-Anhalt, Halle a. d. S., Franckeſtraße 8 III, zu richten, welches die Federführung übernimmt. Der Ausſchuß gemäß Ziffer III iſt innerhalb von 14 Tagen nach Eingang eines Antrages zu berufen.

VI.

Um die einheitliche Regelung der Lohn- und Tarifvertragsfragen unter Wahrung der Eigenheiten der betreffenden Landesteile und unter Wahrung der Selbſtändigkeit der Tarifkontrahenten zu fördern, ſind die Parteien berechtigt, die beiden Vorſtandsmitglieder des Landwirtſchaftlichen Tarifamtes in Halle a. d. S. heranzuziehen, die dann mit beratender Stimme an den Tarifverhandlungen teilnehmen.

VII.

Dieſer Vertrag läuft ab 1. Januar 1926, er kann nur zum Schluß eines Kalenderjahres mit dreimonatiger Friſt gekündigt werden.

Das Verfahren befriedigt nicht vollſtändig. Streitfragen bleiben immer noch zu lange im Schwebezuſtand. Jedoch iſt es ein Anfang; aus den Erfahrungen dieſes Jahres werden ſich für das nächſte Jahr beſſere Beſtimmungen treffen laſſen.

Mit der Anerkennung des Grundſatzes vom Tarifvertrag iſt auch erſt ein Teil der Wünſche der Landarbeiter erfüllt. Weſentlich iſt der Inhalt der Tarifverträge. Das aber iſt eine Machtfrage.

Wenn alſo auch noch genügend Schwierigkeiten offen bleiben, ſo iſt aber die Tatſache der Gründung der Mitteldeutſchen landwirtſchaftlichen Tarifgemeinſchaft zu begrüßen. In der Anerkennung der Tarifgemeinſchaft durch die Arbeitgeber liegt auch eine Anerkennung des Deutſchen Landarbeiterverbandes.

Weſtfäliſche Bergarbeiter nach Holland.

Bochum, 11. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Das Landesarbeitsamt Weſtfalen hat die Erlaubnis zur Anwerbung von Bergarbeitern für den holländiſchen Bergbau erhalten. In erſter Linie kommen Geſteinshauer in Betracht, die für die Zeche Mauritz in Geelen bei Sittard vorgeſehen ſind. Familienwohnungen ſind vorhanden, und zwar in der Art der weſtfäliſchen Siedlungswohnungen mit drei bis vier Räumen und Stallung und Garten. Sie ſind zum 1. April bezugsfertig. In der Zwiſchenzeit erfolgt die Unterbringung in Privatquartieren.

Techniſche Lehrkurſe für Metallarbeiter. Die Ortsverwaltung des Deutſchen Metallarbeiterverbandes veranſtaltet in dieſem Jahre wieder einige techniſche Lehrkurſe im Techniſchen Hörſaal der Urania, Taubenſtr. 38/39.

Gerade in der heutigen Zeit, wo es dem einzelnen außerordentlich ſchwer iſt, größere finanzielle Mittel für ſeine Bildung aufzuwenden, ſollte dieſe Gelegenheit von jedem Kollegen benutzt werden, um ſich auch in ſeinem praktiſchen Wiſſen weiter fortzubilden.

Zu dem morgen Sonnabend, den 13. Februar, abends 7 Uhr, beginnenden Lehrgang über die Grundlagen der Starkſtromtechnik und zu dem am Mittwoch, den 17. Februar, abends 8½ Uhr, ſtattfindenden Lehrgang über den Elektro-Maſchinenbau, je 10 Doppelſtunden, ſind im Zimmer 4 und in der Jugendabteilung bis abends 7 Uhr Karten zum Preiſe von 3 M., für Lehrlinge zu 2 M. zu haben.

Wir erſuchen unſere Kollegen, dieſe Möglichkeit zu benutzen und für die Teilnahme an dieſen Kurſen zu werben.

Kaiser's Sonderangebote:

KAISER'S KAFFEE IST DER BESTE!
½ ℔ PAKET 1,75
KAISER'S KAFFEE
Marke Kaffeekanne
Freitag und Sonnabend in allen Filialen Gross-Berlins
1/10 ℔ 0,60
PAKET
KAISER'S TEE Ceylon-Spezialmischung
⅕ ℔ 1,20

Unsere Filialen:

N.
Badstr. 18
Brunnenstr. 78
Chausseestr. 53
Greifswalder Str. 1
Kastanienallee 36 a
Landsberger Allee 29
Müllerstr. 166
Reinickendorfer Str. 18
Schönhauser Allee 110
Treskowstr. 14

O.
Gr. Frankfurterstr. 71
Gubener Str. 51
Grüner Weg 40
Kopernikusstr. 18
Krautstr. 48 b
Petersburger Str. 81
Stralauer Allee 23 b

SO.
Dresdener Str. 113
Neanderstr. 37
Oranienstr. 1
Reichenberger Str. 123
Wrangelstr. 23

S.
Bergmannstr. 93
Gräfestr. 20

SW.
Friedrichstr. 227

W.
Culmstr. 1
Genthiner Str. 26
Gleditschstr. 45
Lützowstr. 58

NW.
Alt-Moabit 112
Bremerstr. 27
Luisenstr. 42/44
Stephanstr. 42
Turmstr. 47 a
Wilsnacker Str. 30

C.
Alte Schönhauser Strasse 30

Charlottenburg
Augsburger Str. 54, Ecke Passauer Str.
Berliner Str. 115
Danckelmannstr. 58
Grolmanstr. 14
Holtzendorffstr. 4
Kaiser-Friedr.-Str. 56
Kleiststr. 19
Knobelsdorffstr. 3
Suarezstr. 15
Tauroggener Str. 12
Uhlandstr. 32

Wilmersdorfer Str. 71
" 126
" 140

Spandau
Breite Straße 40
Hamburger Str. 35
Jägerstr. 1
Neuendorfer Str. 5
Potsdamer Str. 1a
Schönwalder Str. 88

Berlin-Lichtenberg
Boxhagener Str. 63
Frankfurter Allee 60
Frankfurter Allee 101
Frankfurter Allee 224
Wilhelmstr. 10

Berlin-Wilmersdorf
Berliner Str. 131
Nürnberger Str. 33/34
Olivaer Platz 2
Wexstr. 28

Neukölln
Bergstr. 140
Hermannstr. 40
Hermannstr. 119
Kaiser-Friedrich-Straße 242

Berlin-Steglitz
Rheinstr. 42
Schloßstr. 85

Berlin-Schöneberg
Kolonnenstr. 65
Tempelhofer Str. 21

Berlin-Oberschöneweide
Edisonstr. 58
Wilhelminenhofstr. 41

Berlin-Adlershof, Bismarckstr. 25
Baumschulenweg, Baumschulenstraße 19-20
Britz, Chausseestr. 47
Friedrichsfelde, Berliner Str. 40
Hermsdorf, Bahnhofstr. 17
Hohenschönhausen, Berliner Str. 113
Lichterfelde-W. Hindenburgdamm 55
Mariendorf, Chausseestr. 54
Pankow, Schönholzer Str. 1
Reinickendorf, Residenzstr. 107
Rosenthal, Hauptstr. 10
Südende, Steglitzer Str. 35
Schmargendorf, Breite Str. 22a
Tegel, Berliner Str. 9
Tempelhof, Berliner Str. 55
Weißensee, Berliner Allee 242

Weitere Filialen in
Cöpenick, Schloßstr. 1
Friedrichshagen bei Berlin, Friedrichstr. 90
Nowawes, Friedrichstr. 20
Potsdam, Brandenburger Str. 30
" Nauener Str. 30

Neu eröffnet: Große Frankfurterstr. 71

KAISER's MALZKAFFEE
Unübertroffen
Bester Zusatz zu Bohnenkaffee
lose das Pfd. nur 30 Pf.

KAISER's KAFFEE
ausgewählte Mischungen
Pfd. M. 2.40, 2.60, 3.00, 3.40, 3.80, 4.00, 4.20, 4.40, 4.60

KAISER's TEE
feine Mischungen, lose
Pfd. M. 4.00, 4.60, 5.20, 6.00, 7.00, 8.00
In Paketen 100 g zu 80 Pf., 1.00, 1.15, 1.30, 1.50, 1.70
In Paketen 50 g zu 50, 55, 60, 70, 80, 90 Pf.

KAISER's KAKAO
SCHOKOLADE UND PRALINEN
feinste Qualitäten in allen Preislagen

KAISER's KAFFEE-GESCHÄFT

Freitag
12. Februar 1926

Unterhaltung und Wiſſen

Beilage
des Vorwärts

Zwei Freunde.

Von Lydia Seiſulina.

Petjka — das iſt ein Bürſchlein, das gerne etwas riskiert. Mit ihm zuſammen zu arbeiten, das iſt eine Freude! Und wie er nur ſingen kann:

Wir Burſchen, ſtachelhaarig wie die Igelein,
Gar locker ſitzt im Stiefel unſer Meſſerlein . . .

. . . und gleich wird's luſtiger: die gnädigen Frauen, die vorübergehen, erſchrecken, trotzdem gar kein Meſſerlein vorhanden iſt, geſchweige denn erſt Stiefel. Auf den bloßen Füßen, die der Straßenſchmutz und der kalte Wind ganz erhärtet hat, ſieht man nur blaue Flecke und Kratzer.

Und wie anpaſſend er ſeine Geſpräche zu führen weiß! Geht eine Dame in zierlichen weißen Schuhen vorüber: ſofort wird ſeine Stimme leiſe, ſchmelzend:

„Helfen Sie doch, Madame, im Namen meiner Mutter bitte ich Sie! Den dritten Tag liegt ſie ſchon krank danieder und ſind noch drei Kinder da . . .“

Gibt ſie nichts, dann ruft er ihr derartige Ausdrücke nach, daß ſie trachtet, eiligſt aus ſeiner Nähe zu kommen und ängſtlich mit dem Auge nach der Seite ſchielt, ob niemand gehört hat, wie ſie Petjka beſchimpft hat.

Kommt einer, dem man am Gewand und an der Freſſe anſieht, er gehört zum Sowjetregime, dann werden ganz andere Manieren aufgeſteckt. Deutlich und mit derber Stimme:

„Helfen Sie, Genoſſe, nur für ein Stückchen Brot! . . .“

Und fragt ihn jemand:

„Wer biſt du? warum bettelſt du?“ Im nächſten Augenblick iſt eine derartig ſchwungvolle Geſchichte erfunden, daß der Frager ganz perplex wird. In der letzten Zeit aber pflegt man ſeltener zu fragen: in den Kinderheimen gibt's keinen Platz mehr und wo ſonſt ſollte man ſo einen Typ hinſtecken?

Auch das Auge Petjkas iſt eine Spezialität für ſich. Und was es alles ſieht! Alles auf der Welt weiß Petjka. Bei den Manifeſtationen, hinter der roten Fahne, iſt er der erſte. Und was er für Erklärungen zu geben weiß!

„Den Genoſſen Worowſky haben dieſe Schmutzianer umgebracht! Lenins beſten Genoſſen, den erſten Proletarier! Der Weißgardiſt Kerſon hat die Mörder engagiert. Und irgendeine hergelaufene Bande will noch Krieg anfangen! Sie ſollen's nur verſuchen!“

Ueber alles iſt er am laufenden, obwohl er mit dem Alphabet noch ſtark auf Kriegsfuß ſteht.

Mit Petjka zuſammen zu arbeiten iſt eine Freude. Nur kommt es ſelten vor, daß er jemand mit ins Schlepptau nimmt, er läuft meiſtens allein ſeiner Wege. Schon lange hatte Andrejka verſucht, mit ihm anzubandeln, jedoch vergebens. Erſt vor einer Woche iſt es ihm gelungen. Nun iſt für Petjka der erſte Genoſſe Proletarier Andrejka.

Es war ein Zufall. Petjka ging auf den Markt, um etwas ausfindig zu machen. Andrejka kam ihm nach. Petjka iſt ſehr klein von Wuchs. Er ſagt, er ſei zwölf, aber man würde ihm kaum neun geben. So klein und mager iſt er. Er verlor ſich ſogleich unter den Leuten. Andrejka ſuchte und ſuchte, ſtieß um ſich, mit Ellbogen und Kopf. Dreimal ging er den ganzen Markt ab, konnte aber Petjka nirgends finden. Plötzlich hörte er Weiber kreiſchen. Steht da eine Gnädige, deutelt an ihrem Kleid herum, zeigt die Taſche, die von oben angenäht iſt:

„Nur für eine Minute . . . nur für eine Minute habe ich mein Portemonnaie in dieſe Taſche geſteckt. In dieſer Hand hielt ich die eingekauften Sachen und mit der anderen nahm ich das Taſchentuch. Nur für eine Minute . . .! Mein Gott, wie iſt denn ſo etwas möglich! . . .“

Alle Vorübergehenden blieben ſtehen.

„Ja, wie kann man aber auch! In die Taſche ſtecken, ſo daß es hervorſieht! Das fordert ja geradezu zum Stehlen heraus! So dumm!“

„Wie kann man aber auch Geld ſo verwahren!“

„Wenn du das Geld in die Taſche geſteckt haſt, dann hätteſt du eben die Hand nicht fortnehmen dürfen, du Nachläſſige!“

„Da muß man halt ſuchen!“

„Suche!“

Andrejka drängte ſich nach vorne! Ein düſterer Herr mit ſchwarzem Hut verzog ſein gelbes Geſicht und ſagte, auf Andrejka zeigend: „Gerade die pflegen zu ſtehlen. Man müßte den Burſchen durchſuchen. Alle dieſe Burſchen müßte man durchſuchen!“

„Haltet den Burſchen! Seht in ſeinen Taſchen nach!“

„Gleich wirſt du ſie haben! Die Burſchen ſind ſchon ſo in unſerer Zeit: erſt ſtehlen ſie, dann bleiben ſie am Platz ſtehen und warten, bis man ſie arretiert! So dumme Kerle wirſt du wohl eher unter den Erwachſenen ſuchen müſſen!“

Andrejka blickte um ſich, nach allen Seiten, und es wurde ihm ganz ängſtlich zumute, obwohl er gar nicht geſtohlen hatte. Zog ſich zuſammen und wollte unter den Ellbogen des düſteren Herrn entwiſchen. Der aber faßte ihn beim Hemdchen:

„Bleib ſtehen! Warum willſt du davonlaufen?“

Und nun war Andrejka ſo dumm, ſich verteidigen zu wollen, indem er um ſich ſchlug. Da umringten ihn die Marktweiber und durchſuchten ſeine Kleider. Sie fanden natürlich nichts. Aber gezwickt und geſchlagen hatten ſie ihn ganz gehörig.

„Die Sache verhält ſich natürlich ſo, daß er ſchon Zeit gehabt hat, die Beute ſeinem Genoſſen zu übergeben!“

Da kam irgendein Fräulein dazu, das miſchte ſich eilig und vorwurfsvoll in die Sache:

„Sie haben kein Recht, das Kind zu ſchlagen! Miliz! Wache!“

Aber vor der Miliz fürchtete ſich Andrejka mehr als vor den Prügeln, und er hörte ſofort auf zu winſeln. Mit Gewalt riß er ſich aus den Händen der Weiber los.

Und ſie beginnen zu ſtreiten und zu ſchimpfen, laſſen Andrejka los, der gerade noch Zeit fand, davonzulaufen, ehe die Miliz am Platze erſchien, trotzdem ihm das Blut dick aus der Naſe rann. Zwei Straßen lief er, wie in Sinnesverwirrung. Dann blieb er ſtehen, neben einem Gitter, um Atem zu ſchöpfen und begann zu weinen. Blut und Tränen vermiſchten ſich und malten ſeine kleine Freſſe. Nun, man mag weinen oder nicht, aber eſſen muß der Menſch, und daran muß man auch denken. Und ſo ſtand er wieder auf und ſtolperte in der Richtung gegen den Bahnhof fort. Da holte ihn Petjka ein:

„Ach, du dummer Kerl! Warte doch! Endlich habe ich dich eingeholt. Wohin läufſt du denn?“

„Auf den Bahnhof!“

„Wiſch dich ab! Dir rinnen ja die Tränen herunter und deine Freſſe iſt voll Blut! Du biſt mir ein Mordskerl, das muß man ſchon ſagen! Wer iſt ſchuld daran? Warum wollteſt du vom Markt davonlaufen? Haſt nichts in der Taſche gehabt und mußt dich zu den anderen Gaffern dazuſtellen! Warte, ich will etwas zu eſſen kaufen!“

Als ſie beim Bahnhof auf dem Gitter ſaßen, ſagte Petjka:

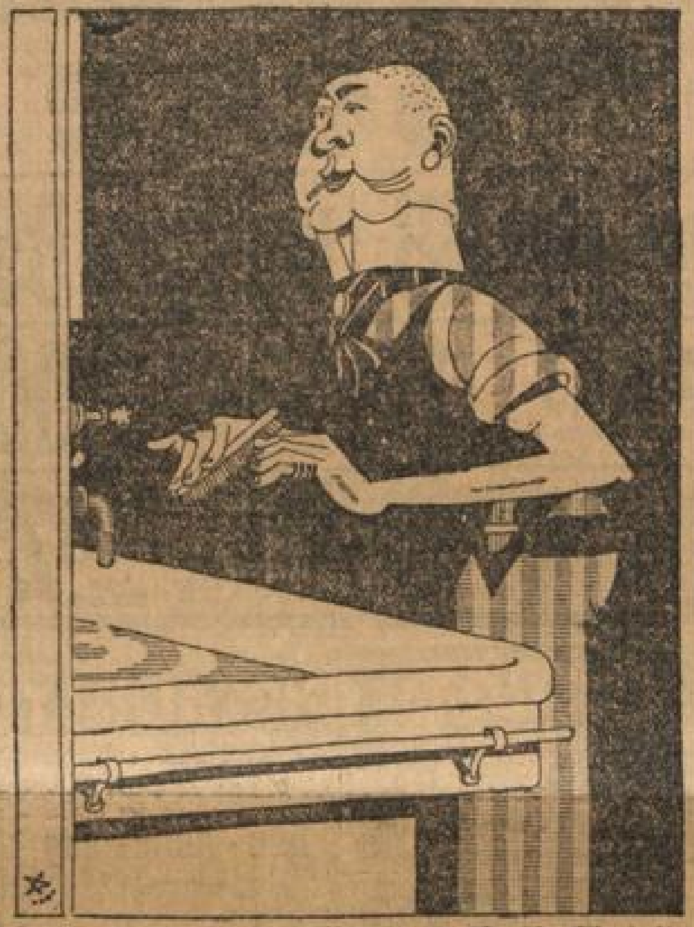
„Bei der Dummen habe ich in der Taſche reine gemacht. Du haſt für mich ausgefaßt!“ Dann lachte er hell auf:

„Wozu biſt du eigentlich gelaufen? Ich habe geſtohlen und bin trotzdem frech herumgegangen. Iß! Einem geſchenkten Gaul ſieht man nicht ins Maul!“

Von dieſem Tage an gingen Andrejka und Petjka miteinander.

Damals kauften ſie ſich noch Zigaretten und Sonnenblumenkerne. Sie wollten damit einen Handel eröffnen, aber die Sache hielt ſich nicht lange, denn Petjka riskierte zu ſtark. Solange das Geld noch reichte, tranken ſie Bier, aßen Zuckerwerk und Wurſt. Aber das dauerte nicht lange, und ſie mußten neuerdings betteln. Es kamen recht düſtere Tage. (Schluß folgt.)

Der Direktor mit dem 8000-M.-Waſchtiſch



— ein Pfennig Lohnerhöhung iſt für die Eiſenbahnverwaltung untragbar. Ueberhaupt, Leute, bei denen es auf einen Pfennig ankommt, brauchen dieſen wahrſcheinlich nur zum täglichen Leben. Dafür iſt kein Geld übrig bei der deutſchen Eiſenbahn. Wie ſollte es auch, wo doch die repräſentativen Pflichten der Herren Direktoren Millionen freſſen. —

Ein Stinnes im alten Rom.

Die brennenden politiſchen Probleme der Gegenwart nehmen vollauf unſer Intereſſe in Anſpruch. Vielen mag es deshalb müßig erſcheinen, in eine Welt unterzutauchen, die — längſt vergangen und zerfallen — nur noch in der Hiſtorie lebt. Eine Zeit, die uns mit allen Nöten drückt, läßt wenig Gelegenheit, Streiflichter in das Mittelalter oder gar in das klaſſiſche Altertum zu unternehmen.

Und dennoch: die politiſche und wirtſchaftliche Struktur der heutigen Welt iſt etwas hiſtoriſch Gewordenes. Wenn die Vorausſetzungen der heutigen Welt in der Vergangenheit liegen, ſo eröffnet das Studium des Geweſenen erſt das volle Verſtändnis für das Jetzt. Die Kenntnis der verſchiedenen Produktionsepochen und der Vergleich mit der heutigen macht es möglich, Vorteile und Schäden gegeneinander abzuwägen.

Vergleiche werden immer hinken. Aber keine der vergangenen Epochen iſt ihrem inneren Weſen nach dem heutigen Kapitalismus ſo ähnlich geweſen, als die Antike, der das alte Rom durch ſeine beiſpielloſe Entwicklung von der latiniſchen Bauerngemeinde bis zur alles beherrſchenden Weltmacht ſeinen Stempel aufdrückte. War uns aber die politiſche Geſchichte des alten Römerreiches bis in alle Einzelheiten bekannt, ſo herrſchte über die ökonomiſchen Verhältniſſe Produktion, Handel, Geldweſen der Alten noch einiges Dunkel, bis es der italieniſche Profeſſor Salvioli unternahm, in zehnjähriger mühevoller Arbeit den Schleier etwas zu lüften.*)

Wem kam die grandioſe Entwicklung des Römerreiches zugute? Die unaufhörliche Kette innerer Klaſſenkämpfe zwiſchen den ariſtokratiſchen Rittern, dem Adel einerſeits und den Plebejern, den zwar freien, aber beſitzloſen Bürgern andererſeits, ganz zu ſchweigen von den Sklavenaufſtänden, ſind für die römiſche Republik ſowohl als auch für das ſpätere Kaiſerreich ein Merkmal nicht nur für die politiſche, ſondern auch für die alles überragende wirtſchaftliche Stellung der Patrizier. Salvioli vermittelt uns nun die Kenntnis von einem altrömiſchen Geſchäftsmann mit Namen Atticus, der ungefähr um das Jahr 60 v. Chr. lebte. Die Kenntnis ſeines Lebens iſt geſchöpft aus ſeinem Briefwechſel mit dem berühmten Redner Cicero und aus ſeiner Biographie, die Cornelius Nepos geſchrieben hat.

Atticus entſtammte dem Ritterſtande, aus dem ſich in der Hauptſache die Steuerpächter des römiſchen Reiches rekrutierten. Cicero nennt dieſen Stand die „Grundlage der übrigen Stände, die Zierde der Bürgerſchaft, die Säule des Staates.“ Livius war ganz anderer Meinung: Wo ein Staatspächter den Fuß hinſetzt, da iſt es vorbei mit der Freiheit und dem Staatsrecht der Bundesgenoſſen.

Wer will es Atticus verdenken, daß er in der Wahl ſeiner Eltern außerordentlich vorſichtig war? Er hatte das Glück, nicht nur durch Geburt einem bevorrechteten Stande anzugehören und alle Erziehung zu genießen, die einen Weltmann der damaligen Zeit auszeichnete, ſondern auch ſeinen vorſorglichen Vater zu beerben, der ihm die Kleinigkeit von zwei Millionen Seſterzen (340 000 M.) hinterließ.

Es ſpricht für die außergewöhnliche Klugheit des jungen Mannes, daß er ſich peinlich hütete, politiſch für irgendeine Partei offen einzutreten. In Rom tobten zu jener Zeit die erbittertſten Kämpfe zwiſchen Sulla und Marius, zwiſchen Patriziern und Plebejern. Er nahm für niemand Partei und zog ſich unter dem Vorwande, in Athen ſeine Studien zu vollenden, nach Griechenland zurück. Vorſichtigerweiſe aber hatte er vorher alle ſeine Beſitzungen in Rom zu Geld gemacht.

In Athen treffen wir nun Atticus bei allerlei gewagten Spekulationen. Vor allem aber verpflichtet er ſich die Leute durch die Gewährung von Darlehen zu mäßigen Zinſen. Die Stadt Athen befand ſich gerade in einer ſehr ſchlimmen Situation. Sie hatte Darlehen aufgenommen, konnte aber nicht zu der vereinbarten Zeit zurückzahlen; die aufgelaufenen Zinſen ſollten zum Kapital geſchlagen werden. Da griff Atticus ein. Sein Anſehen in der römiſchen Finanzwelt genügte, um bei der von ihm durchgeführten Vermittlungsaktion Athen ſehr günſtige Bedingungen zu ſichern. Athen bekam flüſſige Mittel zu Bedingungen, wie es ohne Atticus niemals möglich geweſen wäre. Er verzichtete nicht nur auf die ihm zuſtehende Proviſion, er ließ auch in den Teuerungszeiten auf ſeine Koſten Getreide unter die Bevölkerung verteilen und erreichte, was er wollte: die Dankbarkeit und künftige Unterſtützung der Griechen.

Zu dieſer Zeit ſtarb ein Onkel des Atticus und vermachte ſeinem Neffen ein Vermögen von zehn Millionen Seſterzen. Grundſtücksſpekulationen auf römiſchem Gebiet wären für den Augenblick für Atticus ſicher von großem Erfolge geweſen. Der Bürgerkrieg in Rom zwiſchen Marius und Sulla warf ungeheure Mengen konfiszierter Güter auf den Markt. Doch Atticus hütete ſich, hier aufzukaufen, denn er rechnete, und nicht mit Unrecht, auf einen baldigen Umſchwung der Verhältniſſe, der ihm mit tödlicher Sicherheit ſein Vermögen gekoſtet hätte. Er wurde Grundbeſitzer außerhalb Italiens, er legte ſein Geld in Grundſtücken an, die er in „ruhigen Gefilden“, in Kleinaſien, in Epirus, auf Zypern und in den Balkanprovinzen aufkaufte. Durch dieſen ausgedehnten, in der ganzen zur damaligen Zeit bekannten Welt verſtreuten Großgrundbeſitz ſchuf er ſich ſeine überragende Stellung als Finanzmann.

In dieſen Immobilien war jedoch nur ein Teil ſeines Vermögens angelegt. Den anderen Teil verwendete er, um Steuern und Staatsländereien zu pachten. Atticus war ſo ziemlich an allen Finanzoperationen beteiligt, die die verbündeten Steuerpächter vornahmen. Hier haben wir bereits die antiken Vorbilder unſerer modernen Truſts und Aktiengeſellſchaften. Wir wiſſen heute nicht, ob der biedere Atticus an der Spitze dieſer raffinierten Geſellſchaften ſtand oder nur Teilhaber war. Aber wir wiſſen, daß er mit dieſen Geſellſchaften, direkt oder durch Mittelsperſonen, in Kleinaſien und Griechenland durch Wucherzinſen von 3 und 4 Prozent pro Monat Rieſengeſchäfte machte.

Dabei vermied er es, perſönlich in Erſcheinung zu treten. Als kluger Menſch vermied er das Odium der Habgier und ſeine Biographen ſchildern ihn als einen rührigen und fleißigen Menſchen, der immer auf ſeiner Hut, ein kaltblütiger und guter Rechner und großer Wucherer war. Seine Kundſchaft war überall zu finden, in Griechenland, Delos, Mazedonien, Epirus und Ephesus. Es iſt eine Tatſache, daß ſeine Schuldner ihm wegen ſeiner „Anſtändigkeit“ ſogar Denkmäler ſetzten.

Atticus benutzte jedes Mittel, um Verdienſte einzuheimſen. Ob es ſich handelte um das Ausleihen von barem Geld, das wegen ſeiner Seltenheit in hohem Kurſe ſtand, ob es die Gründung von Fechterſchulen war, in denen die Gladiatoren mit Eleganz und Grazie zu ſterben lernten, oder ob es ſich handelte um die Einrichtung von Schreibſtuben, wo man Manuſkripte kopierte: er war überall dabei.

„Geld ſtinkt nicht!“ hatte ſpäter einer der römiſchen Kaiſer geſagt. Atticus dachte wenigſtens ſchon vor ihm ſo. Denn nur aus der ganzen römiſchen Pſyche der damaligen Zeit heraus iſt es zu erklären, daß er zu dem gemeinen Mittel griff, kinderloſe Frauen, Witwen und mannstolle alte Jungfern zu beerben. Wie uns Salvioli berichtet, wurden dieſe Tugenden ganz allgemein geübt, auch von Cicero und dem ſpäteren Auguſtus, die durch ſolche Legate ſich Rieſenvermögen „zuſammenlebten.“

Und dieſem biederen Atticus gelang es, als er ſich in Rom dauernd niederließ, ſich mit dem Schein eines Bücherwurms und eines ſtillen Gelehrten zu umgeben! Je älter und je vorſichtiger er wurde, um ſo mehr ſuchte er bei größter perſönlicher Bedürfnisloſigkeit ſeinen Beſitz abzurunden. Bald gehörten ihm Land- und Zinshäuſer in Rom und Neapel, in den Badeorten Oſtia, Cumä, Antium und Bajä. Er ſchinderte die Aermſten, die infolge des Mietswuchers um Land und Haus gekommen waren, und ſtarb ſchließlich als der allgemein wegen ſeiner „Verdienſte“ und ſeiner Freigebigkeit gelobte und geachtete Mann.

Das alles iſt in dem außerordentlich intereſſanten Buche Salviolis zu leſen. Es liegt nun ſchon über zwei Jahrtauſende zurück und doch wird vielen, die die Geſchichte des Altertums nicht ſo genau kennen, manches bekannt vorkommen. Atticus erinnert uns an Stinnes; er war vielleicht klüger als dieſer. —

Etwas werden alſo ſolche Vergleiche immer hinken. Aber ſo ganz unrecht hat er doch nicht, der gute Ben Akiba, wenn er ſagte: Es iſt alles ſchon einmal dageweſen! D. M.

Todesfallen des Meeres.

Die furchtbaren Orkane der letzten Zeit haben wieder eine ganze Anzahl von Schiffbrüchen auf hoher See zur Folge gehabt, und ſo manches Wrack ſchwimmt heute herrenlos auf der weiten Salzflut. Dieſe Wracks ſind aber nicht nur die traurigen Ueberreſte einer Kataſtrophe, ſondern ſie können auch wieder die Urſachen neuer Kataſtrophen werden; ſie ſind die eigentlichen Todesfallen des Meeres, wie ein engliſcher Seeoffizier in einem Londoner Blatt ausführt. Wenn dieſe düſteren Geſpenſterſchiffe geſichtet werden, dann wird ihre Lage und genaue Beſchreibung ſofort auf drahtloſem Wege allen Schiffen in der Nachbarſchaft mitgeteilt, und ebenſo macht der Kapitän in dem erſten Hafen, in dem er anlegt, den Behörden Mitteilung von ſeinen Beobachtungen. Die meteorologiſchen Stationen können dann mit einer gewiſſen Sicherheit nach den zahlreichen ozeaniſchen Strömungen angeben, nach welcher Richtung dieſe Wracks getrieben werden. Warnungen werden in die Schiffskarten eingezeichnet und die vermutlichen Wege, die die herrenloſen Schiffe nehmen können, werden angegeben. Die Gefahren, die von dieſen Wracks ausgehen und die ſie zu wahren Todesfallen machen, treten beſonders ſtark bei dichtem Nebel und ſchlechter Sicht hervor. Das verlaſſene Schiff, das zum Spiel der Wellen geworden iſt, wird allmählich von dem Meer aller Maſten und des ganzen Oberbaus entkleidet, und ſo bleibt ſchließlich nur noch der Schiffsrumpf übrig, der an der Meeresoberfläche nicht mehr ſichtbar iſt. Bei ſchlechter Sicht ſtößt alſo der nicht gewarnte Seefahrer ahnungslos auf das unter Waſſer ſchwimmende Wrack, und dadurch kann ſein eigenes Schiff ſchwer beſchädigt werden. Die Schiffsüberreſte werden nicht ſelten in den verſchiedenſten Teilen des Ozeans gemeldet, da ſie von den Strömungen weit herumgetrieben werden, bevor ſie auf eine Klippe auffahren oder völlig von den Wellen zerbrochen und verſchlungen werden. Der Zuſammenſtoß mit einem ſolchen Wrack iſt aber viel häufiger, als man ahnt, die Urſache für den Untergang eines Schiffes, das ſeetüchtig mit trefflicher Bemannung und reicher Ladung den heimiſchen Hafen verließ. Aus ſolchem tragiſchen Vorgang in der unermeßlichen Einſamkeit der Seewüſte laſſen ſich manche dunklen Schiffsſchickſale erklären, über die niemals genaue Kunde zu uns drang, und das Opfer des Wracks wird dann ſelbſt zur Todesfalle und fordert neue Opfer.

---

*) Joſeph Salvioli: „Der Kapitalismus im Altertum“. Ueberſetzt von Kautsky. Verlag J. H. W. Dietz Berlin. Intern. Bibliothek Nr. 52.

H E R M A N N TIETZ Billige Lebensmittel

Mengenabgabe vorbehalten — Leichtverderbliche Artikel sind vom Versand ausgeschlossen

Frisches Fleisch

Suppenfleisch	Pfund 60 Pf.
Fehlrippe und Brust	Pfund 70 Pf.
Pa. Schmorfleisch ohne Knochen	Pfund 1^{05}
Pa. Rouladen	Pfund 1^{10}
Hammelvorderfleisch	Pfund 76 Pf.
Hammelrücken	Pfund 82 Pf.
Kalbskamm	Pfund 68 Pf.
Keulen bis 9 Pfd. schwer, im ganzen od. geteilt	Pfd. 85 Pf.
Schweine-Schinken	Pfund 1^{00}
Schulterblatt	Pfund 1^{05}
Kassler	Pfund 1^{25}
Liesen	Pfund 94 Pf.
Eisbein mit Spitzbein	Pfund 72 Pf.

Gefrierfleisch

Pa. Ochsenbrust	Pfund 50 Pf.
Pa. Ochsengemüsefleisch	Pfund 54 Pf.
Pa. Ochsenschmorfleisch o. Kn.	Pfd. 80 Pf.
Frische Schweineköpfe m. Backe	Pfd. 54 Pf.
Gehacktes	Pfund 70 Pf.

Hirschrücken	Pfd. 1^{30}
Wildschwein Rücken und Keule	Pfund 1^{50}
Suppenhühner frische	Pfund 1^{40}

Fische und Räucherwaren

Schwed. grüne Heringe	Pfd. 17 Pf.
Kabliau ohne Kopf, im ganzen	Pfund 23 Pf.
Seelachs ohne Kopf, im ganzen	Pfd. 20 Pf.
Schellfisch im ganzen	Pfund 17 Pf.
Flundern	Pfund 40 Pf.
Sprotten	Pfund 40 Pf.
Makrelbücklinge Hamburger	Pfd. 28 Pf.
Räucherlachs i. Stück	Pfund 1^{70}

Gemüse- u. Obstkonserven

	1/1 Dose
Leipziger Allerlei	82 Pf.
Erbsen mit Karotten	75 Pf.
Erbsen mit Karott., fein	1^{25}
Gemüseerbsen	58 Pf.
Junge Erbsen	65 Pf.
Karotten geschnitten	40 Pf.
Kohlrabi in Scheiben	58 Pf.
Spinat	50 Pf.
Stangenspargel dünn	2^{25}
Brechspargel mittel	2^{55}

	1/1 Dose
Schnitt- und Brech-Bohnen	68 Pf.
Apfelmus	58 Pf.
Pflaumen 1/1 Frucht	65 Pf.
Pflaumen 1/2 Frucht	80 Pf.
Preisselbeeren	90 Pf.
Pfefferlinge	95 Pf.
Mirabellen	1^{05}
Kirschen schw., mit St.	1^{05}
Kaiserkirschen m. Stein	1^{15}
Ananas	1^{95}

Freitag u. Sonnabend Schlusstage der 2ten Weissen Woche

Küchen-Handtücher pa. Gerstenk., weiss m. rot. Kante, ges. u. geb., ca. 45/100 cm, Stück	68 Pf.
Stuben-Handtücher weiss Gerstenkorn, gute Qualität, ges. und geb., ca. 48/100 cm, Stück	85 Pf.
Dowlas für Bettlaken, ca. 150 cm breit, Meter	1^{95}
Makotuch ca. 80 cm breit, für feine Leibwäsche, Meter	90 Pf.
Kopfkissenbezüge mit Klöppeleinsatz	2^{55}
Kopfkissenbezüge mit Langette	2^{25}
Kopfkissenbezüge mit Bogen	1^{35}
Bettlaken aus Dowlas	3,95
Bettlaken aus Rohtuch	2^{90}

Wurstwaren

Rot- u. Leberwurst	Pfd. 60 Pf.
Mettwurst grob	Pfd. 95 Pf.
Speckwurst	Pfund 1^{00}
Hausm.-Leberwurst	Pfd. 1^{00}
Fleischwurst	Pfund 1^{10}
Knoblauchwurst	Pfd. 1^{30}
Jagdwurst	Pfund 1^{35}
Mettwurst n. Br. Art	Pfd. 1^{45}
ff. Leberwurst	Pfund 1^{50}
Schinkenwurst	Pfd. 1^{70}
Teewurst	Pfund 1^{80}
Holst. Zervelat- u. Salami	Pfd. 1^{95}

Käse u. Fette

Camembert (Sennerin) Schachtel	32 Pf.
Briekäse	Pfund 50 Pf.
Allg. Stangenkäse	Pfund 75 Pf.
Tilsiter	Pfund 78 Pf.
Rinderfett 1/2-Pfd.-Pak.	62 Pf.
Kokosfett 1/1-Pfd.-Taf.	72 Pf.
Molkereibutt. 1/2-Pfd.-Pak.	94 Pf.
Dän. Tafelbutt. 1/2-Pf.-Pak.	1^{09}

Obst, Gemüse

Weisskohl Holl.	Pfund 6 Pf.
Wirsingkohl Holl.	Pfd. 10 Pf.
Rotkohl Holl.	Pfund 10 Pf.
Möhren gewaschen	Pfd. 8 Pf.
Sellerie grosse Knollen	15 Pf.
Apfelsinen	Dutzend 45 Pf.
Zitronen	Dutzend 38 Pf.
Bananen (Jamaik.)	Pfd. 44 Pf.

Kolonialwaren

Weizenmehl	Pfd. 20 Pf.
Auszugmehl	Pfd. 23 Pf.
Weizengriess	Pfd. 28 Pf.
Haferflocken	Pfd. 23 Pf.
Bosn. Pflaumen	Pfd. 38 Pf.
Backobst calif.	Pfd. 60 und 75 Pf.
Ringäpfel kalif.	Pfd. 80 Pf.
Birnen kalif.	Pfd. 1^{00}
Mischung m. 25% Bohnenkaff.	Pfd. 72 Pf.
Kaffee frisch gebr.	Pfund 2^{40}

Besonders preiswerte

Rot- und Dessertweine

Die Flaschenweinpreise verstehen sich ohne Steuer und Flasche

1924er Dürkheimer Feuerberg	1/1 Fl. 1,25	10 Fl. 12,00
1922er Pomerol-Bordeaux	1/1 Fl. 1,40	10 Fl. 13,00
1921er Haut Sauternes, weiss, leichtsüss	1/1 Fl. 2,25	10 Fl. 20,00
Chianti Ruffino (Champ.-Fl.)	1/1 Fl. 2,25	10 Fl. 20,00
Roter Tarragona, süss	1/1 Fl. 1,25	10 Fl. 12,00
Sonnengartner, roter spanischer Süsswein	1/1 Fl. 1,60	10 Fl. 15,00
Vorzüglicher Malaga, dunkel	1/1 Fl. 1,60	10 Fl. 15,00
Original Mackenzie-Douro-Portwein	1/1 Fl. 2,75	10 Fl. 25,00
1921er St. Croix du Mont, weiss. Bordeaux	1/1 Fl. 3,00	10 Fl. 27,50
Original Vino Vermouth „Cora"	1/1 Fl. 1,85	10 Fl. 17,50

BESONDERS BILLIG!

1924er Rhodter Kalkgrube 1/1 Fl. 85 Pf. 10 Fl. 7^{50}

Aussergewöhnlich billig!

Weissweine vom Fass in guten Qualitäten

FÜR DIE BOWLE:	FÜR DEN TISCH:
Mittelvoller Rheinpfälzer Ltr. 90 Pf., 10 Ltr. 8^{50}	Vorzüglicher Rheinwein Ltr. 1^{20}, 10 Ltr. 11^{00}

zuzügl. 20% Weinsteuer, auswärts 15%. Gefässe bitte mitbringen

---

Theater, Lichtspiele usw.

Volksbühne
8 Uhr:
Der Kaufmann von Venedig
Morgen 8 Uhr:
Der Kaufmann von Venedig

Staats-Theater
Opernhaus
7½ Uhr: Hoffmanns Erzählungen
Opernhaus am Königsplatz
7½: Lust. Weiber von Windsor
Schauspielhaus
8 Uhr: Ostpolzug
Schiller-Theater
8: Wallenst. Lager
Die Piccolomini

Städtische Oper
Charlottenburg
7½ Uhr:
Mignon
Abonn.-Turnus IV

Deutsches Theater
8 Uhr:
Juarez und Maximilian

Kammerspiele
8 Uhr
Die letzte Geliebte

Die Komödie
Kurfürstendamm 206/7
8 Uhr
Gesellschaft
11.15 Uhr:
Nachtvorstell. und „Der blaue Vogel"
Alle Plätze 3 und 5 M.

8 Uhr: **Trianon-Th.**
Sadie v. Broadway
3 Lustakte aus dem New Yorker Leben
Sonnabend 8 Uhr: Gespensterschiff.
Sonnabend 11 Uhr
Nachtvorstellung

Scala
Rastelli
und
10 weitere
!! Varieté-Sensationen !!
Sonntags 3½ zu ermäßigten Preisen das volle Progr.

Lessing-Th.
8 Uhr
Gastspiel d. Saltenburgs Bühnen
Kronprinzessin Luise

Kleines Th.
8 Uhr:
Dybuk
(Der Dämon)
von An-Ski
Regie: Viertel

Residenz-Th.
8 Uhr:
Die Durchgängerin
Claire Rommer
Stg. 3½ U. kl. Pr.:
D. Durchgängerin

Thalia-Th.
Heute geschlossen!
Sonnabend 7½ U.
Premiere:
Der alte Dessauer
Gustav Charlé
Kurt Vespermann

Theater in der Kommandantenstr.
Tägl. 8 Uhr:
Lene, Lotte, Liese
Wessely, Dora, Sabo, Baselt

Theat. d. Westens
Tägl. 8 Uhr:
Das Spiel u. die Liebe
Operette von Gilbert
Friedenspreise
M. 0,50 bis 10,–

Neues Th. am Zoo
Allabendl. 8 Uhr:
Zum 25. Male:
Guido Thielscher
in
Stöpsel
Kleine Preise: Parkett 2 M. Park.-Faut. 3–4 M. [illegible] 5 M. Sessel 6 M. Vorverkauf [illegible]

Theater i. d. Lützowstraße
Tägl. 8¼ Lemke's sel. Wwe.
Altberliner Volksstück m. Gesang und Tanz in 5 Bildern von P. Sommer und G. Burghardt
Musik v. Dr. R. Hirsch
(Autoren der „[illegible]")
Volkstümliche Preise 1–4 M.
[illegible]

Rose-Theater
8½ Uhr August der Starke

Großes Schauspielhaus
Für Dich
Charell-Revue
Täglich 8¼

Walhalla-Th. – Weinbergsweg
8¼ Täglich 8¼
Königin der Nacht
1. Preise: Stock m. Ges. u. Tanz i. 7 B.
Sonnt. nachm. 4: Rübezahl

Th. a. Nollendorfpl.
8 Uhr:
Die offizielle Frau
Operette in 3 Akten
Preise 1 M. bis 10 M.

Barnowsky-Bühnen
Theater Königgrätz. Str.
T.: Hasenheide 2116
8 U.: Exzesse

Komödienhaus
Tel.: Norden 6364
8 Uhr:
Der Garten Eden

Die Tribüne
Tel.: Wilhelm 5365
8 Uhr:
Die neuen Herren

Deutsches Künstl.-Theater
8 Uhr:
Paganini

Th. a. Kurfürstendamm
8 Uhr:
Die Nacht der Nächte

Th. a. Schiffbauerdamm
8 Uhr:
Der fröhliche Weinberg

Lustspielhaus
8 Uhr: Dicky

Wallner-Theater
8 Uhr:
Kolportage

Circus Busch
Tägl. 7½ Uhr
D. gr. Circ.-Progr. u. Manege-Sensat.
Die Gorillabraut
Vom 15. ab tägl. Breitbart
Sbd. 13. Febr. Großkampf mit Athlet Hermann Lichterfeld Oranienburg
Stg. 3 U. halbe Pr. m. Monte Christo

Berliner Theater
8 Uhr: Messalinette

Central-Theater
8 Uhr: Der Fremde

Herrnfeld
Intimes Th. 8 U.
Zwei große Schlager:
Famil. Schmock
Klabriaspartie
Kleine Friedenspr.

Casino-Theater
Täglich 8 Uhr
Neu! Neu!
Der große Erfolg
Helenes Liebesabenteuer
und das heitere Programm!

Admiralspalast
Täglich 8¼ Uhr
Zur 200. Aufführg.
Billige Jubiläumswoche
Haller-Revue
Achtung!
Welle 505
bis 14. cr. inkl.
Preise 1 bis 8 M.
Stg. nachm. 3 U. u. abends 8¼ U.: die ganze Vorstellung zu halben Preisen

Metropol-Theater
Tägl. 8 Uhr
No no Nanette
Morgen: Einzige Metropol-Theater-Redoute

Theater a. Kottb. Tor
Kottbuser Str. 6.
8 Uhr – [illegible]
Elite-Sänger

Versäumen Sie nicht unser fabelhaftes Februar-Programm
Eintritt 50 Pf. bis 2.50 M.
Nachm. ermäß. Preise volles Abd.-Progr.

Komische Oper 8¼
Von A–Z
Kleine Preise
50 Pfg. bis 4.50 Mark

Sport-Palast
Berliner Schlittschuh-Club
Freitag 12., Sonnabend 13., Sonntag 14.:
Weltmeisterschaften
im Eiskunstlauf
internationales
Eis-Hockey-Turnier
Heute 9 Uhr morg. bis 6 Uhr abds.: Training
7 abds.: 1. Eis-Hockey-Wettkampf
Canada–Wien
9 abds.: 2. Eis-Hockey-Wettkampf
Prag–Berlin
Eintrittspreise M. 2.– bis M. 10.– / Vorverkauf hat begonnen.

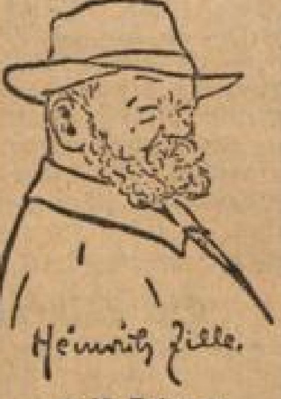
Die Revue der Liliputaner
im sensationellen Februar-Spielplan
Sonntag 3½ Uhr: halbe Preise
Rauchen gestattet

Reichshallen-Theater
Abends 8 U., Sonntag nchm. 3 U.
Stettiner Sänger
Nachm. halbe Preise volles Abendprogramm!
Dönhoff-Brettl
10 Nummern!
Tanz und Urfidelitas!

Berliner Ulk-Trio
Neukölln. Lahnstr. 74/75.

Neue Welt
A. Scholz :: Hasenheide 108-114
Freitag, den 12. Februar, sowie täglich:
Bockbierfest in den bayer. Alpen
8 Kapellen / Neue Dekorationen / 30 bayer. Madl
Ausstoß d. berühmten Bergschloß-Jubil.-Bock
Einlaß 6 Uhr — Anfang 7 Uhr
Voranzeige! Sonnabend, den 13. Februar:
Großer Alpen-Ball

PICCADILLY
Untergrundbahn Bismarckstr.
Täglich 6.45, 9 Uhr
Sonntags 4.30, 6.45, 9 Uhr
Neu-Aufführung



Heinrich Zille.

ab 12. Februar
Der erste Zille-Großfilm
Die Verrufenen
8 Akte nach Erlebnissen von Heinrich Zille
Regie: Gerhard Lamprecht
In den Hauptrollen:
Aud Egede Nissen
Bernhard Goetzke
Eduard Rothauser
Arthur Bergen
Mady Christians
Frida Richard
Paul Bildt
Der größte deutsche Filmerfolg!

Beleuchtungskörper

aller Art.
nach sechs monatlicher Miete Ihr Eigentum.
P. Raddatz & Co.
W 66, Leipzigerstr. 122-123

Auf Teilzahlung
liefert
elegante Herren-Moden
fertig und nach Maß
unter Garantie für
tadellosen Sitz und Verarbeitung
Maßschneiderei
J. Kurzberg
Oranienstr. 160, I.
Chausseestr. 1,
Eingang Invaliden-Straße

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Sonntag, den 14. Februar, vorm. 10 Uhr, im Verbandshause, Linienstraße 83/85:

Branchenversammlung
der Emaillierer Groß-Berlins.

Tagesordnung: 1. Vortrag über Wirtschaftskrise. 2. Branchenangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Das Erscheinen aller Kollegen ist dringend notwendig.

Achtung! **Werkzeugmacher** Achtung!

Montag, den 15. Februar, nachm. 5 Uhr, bei Wagner, „Kottbusser Krug", Kottbusser Straße 19:

☞ **Versammlung** ☜

aller Werkzeugmacher aus den Klein- und Spezialbetrieben.

Die Ortsverwaltung.

Staatl. geschützt. für **Ischias** in Hüft-, Geiß und Bein, vom Erfind. festgestellt. In 8 Tagen sind schwere Fälle beseitigt worden. [illegible] Ärztl. empfohlen. Invalidenstraße 106. 9–11. 1–4. Sonntag 10–12. Jacobs

Gewinn-Auszug

5. Klasse 26. Preußisch-Süddeutsche Klassen-Lotterie

Ohne Gewähr — Nachdruck verboten

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen 1 und 2

7. Ziehungstag — 10. Februar 1926, nachmittags

Es wurden Gewinne über 150 Mark gezogen

2 Gewinne zu je 75000 Mk. 57740
6 Gewinne zu je 5000 Mk. 68362 78914 118080
10 Gewinne zu je 3000 Mk. 81133 136234 182653 187141 192147
10 Gewinne zu je 2000 Mk. 757 1014 38689 82074 126973
10 Gewinne zu je 1000 Mk. 16547 82267 139892 208575 210967
88 Gewinne zu je 500 Mk. 786 8894 9444 12094 23465 24521
25899 34311 37619 39893 42788 56119 65096 82568 91873 100906
106561 108996 113963 115445 118660 122664 127237 176594
204267 205004 207926 216248 237252 239156 248958 252635
258903 264450 265542 267375 273807 276882 282682 288290
289316 294957 296179
184 Gewinne zu je 300 Mk. 395 2048 9226 9401 18171 18560
27589 38166 44961 45720 48492 52604 53829 54516 55357 57948
58660 59570 61642 62863 64776 71703 72399 73566 74210 78829
80222 86310 94960 95211 96912 98272 102941 107739 108674
108991 109002 109629 111888 112964 116634 121221 127024
134948 135409 136172 143942 144738 149078 149863 154736
166835 169125 169632 176116 186042 194080 198101 204688
206266 210658 214938 220358 221223 225106 227475 228597
228775 229144 231529 232413 232582 240289 255753 255959
259608 260846 267809 268859 271216 274316 274983 276087
279101 281038 281539 291922 292086 292603 293448 293680
296611

8. Ziehungstag — 11. Februar 1926, vormittags

Es wurden Gewinne über 150 Mark gezogen

8 Gewinne zu je 5000 Mk. 56018 61179 193509 202026
8 Gewinne zu je 3000 Mk. 202115 248253 288494 292885
10 Gewinne zu je 2000 Mk. 56030 129771 171081 191460 217576
44 Gewinne zu je 1000 Mk. 8453 20400 24880 34000 43003
58428 61322 120807 128236 142411 142786 156686 175740 192037
198415 200744 214240 218554 241424 270315 274726 296399
78 Gewinne zu je 500 Mk. 5304 6567 10649 16425 20095 25507
28501 32093 32568 34393 46198 60337 72411 78498 79701 111628
112520 116350 116361 118675 120908 151044 156054 167171
180084 184670 200011 200337 210354 214752 222160 230271
236083 237850 244298 254294 257207 282853 291646
148 Gewinne zu je 300 Mk. 8884 16239 21303 24231 24910
43807 46121 49917 50209 51149 52193 53288 56757 59091
64306 66776 67636 68157 70857 71111 73078 83431 85293 86658
87263 88976 89836 90559 94516 95185 95245 100696 110778 111583
112511 116029 124840 130789 132020 136877 140417 142217
142785 148940 156024 156584 159827 163239 163646 166748
171261 183531 195559 204605 204630 206264 209076 212587
213006 217896 227903 231223 238450 238659 245108 259211
260418 260704 261512 266312 276069 276672 278184 280117

Etatdebatte im Reichstag.

Das Echo des neuen Finanzprogramms.

Der Reichstag ſetzte geſtern die erſte Beratung des Reichshaushaltsplanes für das Rechnungsjahr 1926 fort.

Abg. Hergt (Dnat.) beginnt mit der Forderung, eine vorſichtige Finanzpolitik zu treiben. Damit ſtehe aber der Plan des neuen Finanzminiſters in Widerſpruch. Die verſprochenen Steuerermäßigungen würden ihm allerdings Popularität verſchaffen, aber bei dem bisherigen Syſtem, das auch für die Zukunft ſorgte, habe man doch ſicherer gelebt. Wenn von einer unzuläſſigen Häufung der Steuerkapitalien geſprochen werde, ſo dürfe ſich dieſer Vorwurf nicht gegen den bisherigen Finanzminiſter, ſondern gegen die Regierung von 1924 (Heiterkeit bei den Regierungsparteien) richten. Große Heiterkeit erregt es, als der Redner behauptet, auch die neue Ermäßigung der Umſatzſteuer gehe auf deutſchnationale Anregung zurück. Abg Hergt führt weiter aus, daß der von dem Reichsfinanzminiſter geſchätzte Ausfall durch die Ermäßigung der Umſatzſteuer etwa 100 Millionen größer ſein werde. Der Schaden, der dadurch angerichtet werde, könne aber ſpäter nicht wiedergutgemacht werden. Als der Redner davon ſpricht, daß man nicht eine neue Inflation ſchaffen dürfe, macht eine Zuhörerin auf der Tribüne einen lauten Zuruf. Später ruft ſie hinunter: „Faulheitsprämie!". Es entſteht einige Bewegung im Hauſe, die Ruferin wird hinausgeführt. Lebhaften Widerſpruch erregt Abg. Hergt, als er behauptet, der Reichsfinanzminiſter lege mit ſeinem Projekt die Axt an die Wurzel des parlamentariſchen Syſtems. Aber hier könne der Redner ſagen: Herr Hauptmann, gehen Sie voran, wir folgen nach. (Beifall bei den Deutſchnationalen.) Der Erhöhung der ſozialpolitiſchen Laſten würden ſeine Freunde nicht zuſtimmen. Es werde eine unſolide Finanzgebarung entſtehen, dann ade Auslandsanleihen, ade Vertrauen des Auslandes zu Deutſchland! (Stürmiſche Heiterkeit links.) Die Kernfrage ſei, ob Deutſchland den Dawes-Plan in Zukunft werde leiſten können. Das ſei aber nicht zu erwarten. Auch der kleine Beſſerungsſchein im Betrage von 215 Millionen müſſe doch realiſiert werden. (Zuruf des Abg. Hertz: Durch Ihre Steuerpolitik!) Es habe zwar keinen Zweck, jetzt zu ſagen, man könne die Dawes-Zahlungen nicht leiſten, aber man ſolle ſie im ganzen leiſten, d. h. wenn die Vorausſetzungen für die deutſchen Leiſtungen erfüllt ſeien. Infolge des Dawes-Geſetzes ſei doch auch die Zahl der Erwerbsloſen und Kurzarbeiter geſtiegen. Die deutſche Wirtſchaft habe ſich alſo außerordentlich ungünſtig entwickelt. Die Deutſchnationalen würden die zu erwartenden Einnahmen genau prüfen, aber ſie nicht ablehnen, denn ſie nähmen das Geld, wo ſie es kriegen. (Stürmiſche Heiterkeit.) Der Redner ſchloß mit der Verſicherung, daß ſeine Partei ſich an der Arbeit zur wirtſchaftlichen Geſundung Deutſchlands beteiligen wolle. (Bravo! bei den Deutſchnationalen.)

Hierauf nahm Abg. Hilferding (Soz.) das Wort. Wir veröffentlichen ſeine Rede im Hauptblatt.

Abg. **Erſing** (Z.) betont, daß zu hoffen ſei, daß die Finanzen des Reichs genau ſo geſichert ſind wie gegenwärtig, wenn der jetzige Finanzminiſter etwa einmal vom Amte abberufen werde. (Sehr gut! rechts.)

Die Herabſetzung der Umſatzſteuer entſpreche einem Wunſche der Regierungsparteien. Es müſſe geprüft werden, ob dieſe Steuer nicht ganz fallen könnte.

Mit einer vorübergehenden Senkung der Fuſionsſteuer ſei das Zentrum einverſtanden. Bei den Zuſammenſetzungen müßten aber die Intereſſen der Arbeiter und der betroffenen Gemeinden berückſichtigt werden. Das Zentrum ſei gegen eine Herabſetzung der Börſenumſatzſteuer und würde dafür lieber eine Senkung der Zuckerſteuer verlangen, die im Intereſſe des ganzen Volkes liege. Zuzuſtimmen ſei dem Finanzminiſter in der Abſicht, den Ländern das Zuſchlagsrecht zur Einkommen- und Körperſchaftsſteuer wieder zu geben und in dem Wunſche, die einmaligen Ausgaben durch Anleihen zu decken. Der Miniſter müſſe aber für den Fall des Mißlingens dieſes Projektes auch einen anderen Weg bereit haben. Bedauerlicherweiſe habe der Finanzminiſter nichts darüber geſagt, wie und wo er am Etat einſparen wolle. Der Redner verweiſt auf einen Antrag ſeiner Partei, einen Ausſchuß mit Zuziehung des Sparkommiſſars mit der Aufgabe zu betrauen, zu prüfen, wo am Etat geſpart werden kann. **Namentlich erſcheine beim Finanzminiſterium ſelbſt ein nachhaltiger Abbau möglich, der auch die Finanzämter berühren könne.** (Sehr richtig! im Zentrum.) Das Auswärtige Amt habe vor dem Kriege 20 Millionen gekoſtet und koſte heute 53 Millionen. (Hört, hört! im Zentrum.) Eine erſchreckend hohe Summe nehme im Etat der Penſionsaufwand ein, der mit Einſchluß der Länder 2½ Milliarden jährlich erfordere. **Der Redner fordert Beſeitigung des Kohlenkommiſſars**, lehnt aber Beſtrebungen auf Streichung des Arbeitsminiſteriums ab. Das Zentrum habe zur Wiederaufrichtung der deutſchen Wirtſchaft ein Programm, aus drei Forderungen beſtehend, aufgeſtellt, um deſſen Anerkennung und Durchführung es erſucht:

Sicherung unſerer landwirtſchaftlichen Produktion; Steigerung unſerer Ausfuhr durch finanzielle Maßnahmen; raſche Belebung des Wohnungsmarktes.

Zur Geſundung der Wirtſchaft ſei aber auch die Beſeitigung der Reibungsflächen zwiſchen Unternehmern und Arbeitern nötig. Die Wirtſchaftsführer könnten da viel tun. Zum Thema „Fememorde" bemerkt der Redner, daß der Ausſchluß der Oeffentlichkeit in den betr. Gerichtsverfahren nicht geeignet ſei, das Vertrauen zur deutſchen Rechtspflege zu ſtärken. (Lebhafte Zuſtimmung im Zentrum.)

Abg. Dr. Cremer (D. Vp.): Der Wiederaufbau der Wirtſchaft und die Geſundung der Staatswirtſchaft hängen eng miteinander zuſammen. Bei dem vorigen Finanzminiſter ſei ſehr ſtark der Wunſch hervorgetreten, Werte „auf die hohe Kante" zu legen. Ausgabeerhöhungen könnten nur durch Abſtriche an anderen Etatſtellen ausgeglichen werden. Die Frage der Deckung müſſe beſonders nach den Ankündigungen des Finanzminiſters auf Steuererleichterungen ſorgfältig geprüft werden. Notwendig ſei eine Wirtſchaftspolitik auf lange Sicht. Die Weltwirtſchaftskriſe werde noch lange andauern, deshalb könne man auch für die deutſche Wirtſchaft, die noch mit Reparationslaſten vorbelaſtet ſei, nur mit ſtarken Vorbehalten in die Zukunft ſchauen. Wenn die jetzt vorhandenen Staatsgelder der Wirtſchaft für 1926 zugeführt werden, würde man 1927 entweder die Ausgaben ſo reduzieren müſſen, daß die geringen Einnahmen für den Staatsbedarf genügten, oder man müſſe neue Einnahmequellen ſchaffen. **Die Reduzierung der Ausgaben ſei ſehr fraglich.** Größere Einnahmen müßten aber vor allem aus der Reichspoſt herausgeholt werden. Die Induſtriewerke, die ſich in öffentlicher Hand befinden, müſſen ſteuerlich ebenſo behandelt werden wie Privatbetriebe, dann könnte das Reich erhebliche Mehreinnahmen erzielen.

Die Umſatzſteuer ſei bisher trotz ihrer volkswirtſchaftlichen Mängel das Rückgrat der Finanzverwaltung geweſen. Stimme man der Herabſetzung zu, dann müſſe nachdrücklich dahin gewirkt werden, daß die Steuerſenkung auch den Konſumenten zugute komme.

Die Luxusſteuer ſollte vollſtändig beſeitigt werden. Die Herabſetzung der Fuſionsſteuer ſei zu begrüßen, ebenſo die Milderung der Vermögens- und Börſenumſatzſteuer. Der Finanzausgleich könne nicht mit einer kleinen Mehrheit gegen eine große Oppoſition geſchaffen werden, der Miniſter müſſe ſich auf alle Parteien ſtützen können, die zur Mitarbeit bereit ſind. Das Zuſchlagsrecht der Länder und Gemeinden müſſe begrenzt und ſo durchgeführt werden, daß auch die von der Reichseinkommenſteuer freien Gemeindemitglieder Gemeindeſteuern zahlen. Die Realſteuern müßten gemildert werden. Die Hauszinsſteuer ſei möglichſt bald zu beſeitigen. Der Sparkommiſſar müſſe beibehalten und mit möglichſt großen Vollmachten ausgeſtattet werden.

Um 6½ Uhr wird die Ausſprache abgebrochen.

Das Haus beſtätigt dann noch die Anträge des Rechtsausſchuſſes zu den vorliegenden Geſuchen auf Strafverfolgung einiger Abgeordneten. Danach wird die Genehmigung zur Strafverfolgung des Abg. Bülow (Soz.) wegen Betruges erteilt. Abg. Bülow hat ſelbſt um die Erteilung der Genehmigung zur Strafverfolgung nachgeſucht, um die Haltloſigkeit der gegen ihn erhobenen Vorwürfe vor Gericht nachzuweiſen. Die Genehmigung zur Einleitung eines Privatklageverfahrens gegen den Abg. Bruhn wegen Beleidigung durch die Preſſe wird nicht erteilt, ebenſo wird die Genehmigung zur Einleitung eines Privatklageverfahrens gegen den Abg. Kirſchmann (Soz.) abgelehnt. Heiterkeit erregt es, daß auch die Genehmigung zur Strafverfolgung des Ludwig Häußer wegen Beleidigung des Reichstages verſagt wird.

Das Haus vertagt ſich dann auf Freitag nachmittag 1 Uhr mit der Tagesordnung: Der Konflikt mit dem Reichsrat über die Erweiterung der Fürſorgepflicht, Fortſetzung der Etatsberatung. Die Einzelberatung beginnt beim Verkehrsminiſterium.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einſendungen für dieſe Rubrik ſind ſtets an das Bezirksſekretariat, Berlin SW. 68, Lindenſtraße 3, 2. Hof, 2 Trep. rechts, zu richten

1. **Kreis Mitte.** Heute, Freitag, 12. Februar, pünktlich 7½ Uhr, in den Muſikerſälen, Kaiſer-Wilhelm-Str. 31, Kreismitgliederverſammlung. Vortrag des Genoſſen Dr. Kurt Löwenſtein, M. d. R. Alle Genoſſinnen und Genoſſen müſſen unbedingt erſcheinen. — Achtung, Elternbeiräte! Die Elternbeiräte nehmen an der Verſammlung in den Muſikerſälen teil!

6. **Kreis Kreuzberg.** Freitag, 12. Februar, 8 Uhr, Sitzung der Arbeiterwohlfahrt und der Kommunalen Kommiſſion bei Reim, Urbanſtr. 29. Daran beteiligen ſich die in der Wohlfahrtspflege tätigen und dafür intereſſierten Genoſſinnen und Genoſſen. Vortrag des Genoſſen Stadtrat [illegible] über: Tagesfragen der Wohlfahrtspflege. — **Sitzung der Kommunalen Kommiſſion** bereits um 7 Uhr ebenda.

14. **Kreis Neukölln.** Die Genoſſen beteiligen ſich an der Veranſtaltung des Reichsbanners am Sonntag, 14. Februar, vormittags 10 Uhr, in den Paſſage-Feſtſälen, Bergſtraße.

Heute, Freitag, den 12. Februar:

2. **Abt.** Die hier angezeigte Vorführung des Films „Freies Volk" in den [illegible]-Lichtſpielen findet aus techniſchen Gründen vorläufig nicht ſtatt.
26. **Abt.** Die Bezirksführer und Gewerkſchaftsfunktionäre holen ſofort die Sammelliſten beim Genoſſen Walter ab.
106. **Abt. Adlershof.** 8 Uhr im Lokal Ziese, Bismarckſtr. 31, Mitgliederverſammlung. Vortrag: „Fürſtenabfindung — Volksentſcheid". Referent: Landtagsabgeordneter Otto Meier. Das Erſcheinen aller Genoſſinnen und Genoſſen iſt Pflicht.
127. **Abt. Hohenſchönhauſen.** 7½ Uhr Mitgliederverſammlung in der Schule Freienwalder Straße. Vortrag: „Stellungnahme zum Volksentſcheid". Organiſationsangelegenheiten. Alle Genoſſinnen und Genoſſen müſſen erſcheinen.

Uebermorgen, Sonntag, den 14. Februar:

2. **Abt.** Nachmittags 5 Uhr Luſtige Abendfeier im großen Saale des Gewerkſchaftshauſes, Engelufer 24/25. Mitwirkende: Reſi Langer, Annemarie Haaſe, Tanzgruppe Gelnoff, Alfred Lindt, Dr. Stefan Meiſel. Feſtrede: Genoſſe Adolf Hoffmann, M. d. R. Nachdem Tanz. Eintritt 1 M. Wir bitten um rege Beteiligung.

87. **Abt. Charlottenburg.** Nachmittags 5 Uhr und abends 8 Uhr Vorführung des Sport- und Werbefilms „Neue Großmacht" im Saale der Baugenoſſenſchaft, Königin-Eliſabeth-Str. 6. Eintritt 30 Pf., Kinder 20 Pf.
108. **Abt. Johannisthal.** Vormittags 8½ Uhr treffen ſich die Genoſſinnen und Genoſſen am Rathaus Johannisthal zwecks Teilnahme an der Kundgebung in Baumſchulenweg. Abmarſch ſpäteſtens 8¾ Uhr. Alle Genoſſinnen und Genoſſen müſſen daran teilnehmen.

•

Jungſozialiſten. Arbeitsausſchuß: Freitag, 12. Februar, 6½ Uhr, Arbeitsausſchußſitzung im Diskuſſionszimmer des Jugendheims Lindenſtr. 3. Die Marxiſtiſche Arbeitsgemeinſchaft ([illegible]) fällt am Sonnabend aus, dafür Beteiligung am Vortrage des Genoſſen Sinzheimer im Herrenhaus. — **Gruppe Mitte:** Unſer Gruppenabend fällt aus. Wir beteiligen uns vollzählig an der Mitgliederverſammlung des 1. Kreiſes in den Muſikerſälen, Kaiſer-Wilhelm-Str. 31. — **Gruppe Neukölln I:** Freitag, 12. Februar, 8½ Uhr im Jugendheim Kopfſtr. 11/12. 2. Vortragsabend über: „Verfaſſungsgeſchichte des 19. Jahrhunderts". Referent: Erwin Marquardt.

SPD.-Fraktion Stadtbank und Sparkaſſe. Sitzung am Freitag, 12. Februar, nachmittags 4½ Uhr, im Reſtaurant „Zum Kulmbacher", Breite Str. [illegible]

Geburtstage, Jubiläen uſw.

54. **Abt. Charlottenburg.** Dem Genoſſen Hans Habermann zu ſeinem 50. Geburtstage ein dreifaches Hoch. Die Abteilungsleitung.

103. **Abt. Köpenick.** Genoſſe Guſtav Müller, Köpenick, Alter Markt 8, begeht am 12. Februar ſeinen 60. Geburtstag. Wir wünſchen dem alten Kämpen, der ſich als Stadtverordneter und Funktionär am Ort um die Partei recht verdient gemacht hat, noch viele frohe Tage.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organiſation

25. **Abt.** Unſer Genoſſe Fritz Berner, [illegible]ſtr. 10, iſt verſtorben. Einäſcherung am Sonnabend, 13. Februar, 7½ Uhr, im Krematorium Gerichtſtraße. Rege Beteiligung iſt erwünſcht.

109. **Abt. Friedrichshagen.** Am 9. Februar ſtarb unſer Mitglied, der Lagerhalter Otto Franke. Die Einäſcherung findet am Sonnabend, 13. Februar, nachmittags 1½ Uhr, im Krematorium Baumſchulenweg ſtatt. Zahlreiche Beteiligung erwünſcht.

Geſchäftliche Mitteilungen.

Ein Rundgang durch die Biomalzfabrik. Man kennt Biomalz, das wohlſchmeckende, allbekannte Erzeugnis, welches ſchon ſo manchem Kräftigung gebracht hat. Aber nicht jeder weiß, was Biomalz iſt und wie es hergeſtellt wird und benutzt gerne eine Gelegenheit, ſich durch einen Beſuch in der Biomalzfabrik Gebr. Patermann in Teltow darüber zu unterrichten.

Hauskuren haben ſich längſt eingebürgert, und viele, denen eine Badereiſe unerſchwinglich oder auch unſympathiſch iſt, trinken ihre Brunnen mit guter Wirkung zu Hauſe. Von dem Geſichtspunkte aus, die für Trinkkuren gelten, ſoll man auch den Gebrauch der Fay's echten Sodener Mineral-Paſtillen betrachten. Auch ſie bieten die wirkſamen Beſtandteile der gegen Hals-, Kehlkopf- und Lungenleiden ſeit Jahrhunderten angewandten Sodener Gemeindeheilquellen: Warmbrunnen Nr. 3, Wieſenbrunnen Nr. 18. Sie laſſen ſich alſo ähnlich wie die Quellen ſelbſt verwenden. Ihre Herſtellung aus dem reinen Quellenſalz erklärt auch ausreichend die als ausgezeichnet bekannte Wirkung der Fay's echten Sodener Mineral-Paſtillen bei Huſten, Heiſerkeit und Verſchleimung.

Dr. Schröders-
Aufbausalz
lebenswichtig —
Gott erhalt's!
Wissenschaft und Nährsalzfrage

4. Dr. med. Hughes schrieb schon 1898!
„Während bislang die Physiologie lehrte, daß der menschliche Körper seinen Kraftvorrat aus Eiweiss, Fett und Kohlehydraten beziehe, haben die neuesten Entdeckungen von van't Hoff und Hans Köppe über den osmotischen Druck des Blutplasma und die Bildung der Salzsäure im Magen gezeigt, daß wir unserem Körper mit den Salzen (gemeint sind die Aufbausalze, nicht Kochsalz,) eine ganz gewaltige Energiemenge einverleiben, welche auch riesiger Kraftäusserungen fähig ist."

Täglich 2 × 1 Prise Dr. Schröders Aufbausalz = 1 ganzes Leben Jugend

Hüten Sie sich vor minderwertigen Fabrikaten ausländischer Herkunft.

In Apotheken und Drogerien zu haben. Generalvertreter: „Vita" Vertriebs-Handelsges. m. b. H., Berlin SW 48, Besselstraße 19, I. Stock, Ecke Charlottenstraße. Telephon: Dönhoff 549.
Preis ab 15. Febr.: Groß-Kur M. 3,— Klein-Kur M. 1,70

Billige Käse-Woche

bis einschließlich Donnerstag, den 18. Februar

Echter Emmenthaler	¼ Pfd. 48 Pf.	Vollfetter Tilsiter	¼ Pfd. 33 Pf.
Hochfeiner Schweizer	¼ Pfd. 44 Pf.	Nordischer Fettkäse	¼ Pfd. 28 Pf.
Feiner Schweizer	¼ Pfd. 38 Pf.	Vollfetter Limburger	¼ Pfd. 35 Pf.
Echter Edamer, vollfett	¼ Pfd. 34 Pf.	Feinster Limburger	¼ Pfd. 20 Pf.
Echter Edamer	¼ Pfd. 24 Pf.	Vorzüglicher Kuhkäse	¼ Pfd. 15 Pf.

Butter Reichelt Butter
die Firma der guten Qualitäten bei billigen Preisen

IHRE VERDAUUNG

ist

das Ah!! und das Oh!! Ihrer Gesundheit!

Sie haben eine schlechte oder mangelhafte Verdauung — also kaufen Sie sich in der Apotheke „Boesonsalz"! Bereiten Sie sich mit „Boesonsalz" in einem Glase frischen Wassers jeden Morgen nüchtern sowie jeden Abend vor dem Schlafengehen das köstlich schmeckende kohlensaure „Boesongetränk"! Sie werden überrascht und beglückt sein, wie schnell und wohltuend „Boesonsalz" Ihre Verdauung regelt und dadurch Ihre Gesundheit fördert. Dankbar werden Sie sein und dem „Boesonsalz" treu bleiben!

BOESON G. M. B. H.
Chemisch-pharmaz. Erzeugnisse, Hamburg 3.

Ich bin bekehrt

Einmal ließ ich mich überreden, eine Schuhcreme zu nehmen, die ich nicht kannte; in 3 Wochen sahen meine Schuhe derartig aus, daß ich sie nicht mehr tragen konnte. Seitdem gebrauche ich nur noch das gute, alte, erprobte und bewährte

Erdal

putzt die Schuhe, pflegt das Leder!

Unwiderruflich Ziehung vom 20. bis 26. Februar

Geld-Lotterie d. Deutschen Turnerschaft

23943 Gewinne und 1 Prämie M.

	150000
Höchstgewinn	50000
Hauptgewinn	30000
Prämie	20000
Hauptgewinn	10000

usw.

Alle Gewinne bar ohne Abzug zahlbar

Lose zu 120 M. Porto und Liste 30 Pfennig

5 Lose sortiert, einschl. Porto und Liste **6 M.**

überall erhältlich

Deutsche Lotterie-Emissions-Ges.
Berlin W9, Lennéstr. 4. Postscheckkonto Berlin 13870

Deutscher Verkehrsbund

Am 9. Februar ist nach kurzer aber schwerer Krankheit unser Kollege

Fritz Berner

verschieden. Der Verstorbene war seit Juli 1910 unbesoldetes Mitglied des Bundesvorstandes und hat als solches stets eifrig und erfolgreich am Aufbau der Organisation mitgewirkt. Ganz besonders hat er im Kreise seiner engeren Berufskollegen in der Speditionsbranche seit seinem Eintritt in den Bund, im Jahre 1898, intensive Organisationsarbeit geleistet. In Berner verlieren die Bundesmitglieder einen aufrichtigen und nimmermüden Mitkämpfer.

Wir werden ihm stets ein ehrenvolles Andenken bewahren.

173/10] **Der Bundesvorstand.**

Die Einäscherung findet am Sonnabend, den 13. Februar, abends 7½ Uhr, im Krematorium in der Gerichtstr. statt.

Domino-Masken

von 10 Pf. an, **Bockbiermützen** Dtz. von 30 Pf. an. Alle Karneval- und Festartikel sehr billig seit 36 Jahren.

A. Maas & Co., Markgrafenstr. 84
an der Lindenstraße.

Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein inniggeliebter Mann, unser treusorgender Vater, der Krankenkassenangestellte

Fritz Berner

im Alter von 55 Jahren nach kurzem, schwerem Leiden am 9. Februar verstorben ist.

Berlin, Pasteurstr 10.

Marie Berner, geb. Wolf
Berta u. Fritz Berner

Die Einäscherung findet am Sonnabend, den 13. Februar, abends 7½ Uhr, im Krematorium in der Gerichtstraße statt. 173/11

Trauerspenden
jeder Art
liefert preiswert
Paul Golletz,
vormals Robert Meyer,
Mariannenstr. 1.
Amt Moritzpl. 10308

Besonders wirksam sind die KLEINEN ANZEIGEN in der Gesamt-Auflage des „Vorwärts" und trotzdem außerordentlich **billig!**

NELSON FAHRRÄDER

UNVERWÜSTLICH UND RASSIG

DIREKT AB FABRIK · ORIGINAL FABRIKPREISE

SPECIALRÄDER
1 JAHR FABRIKGARANTIE
55.- M. 60.- M. 78.- M. 92.- M.

BEQUEMSTE TEILZAHLUNG WOCHENRATEN VON **5.- M. AN**

LUXUSRÄDER FÜR HERREN U. DAMEN
3 JAHRE FABRIKGARANTIE

KATALOG GRATIS UND FRANCO

NELSON-FAHRRADBAU G.M.B.H.

FABRIK-VERSANDABT. BERLIN-SCHÖNEBERG AKAZIENSTR. 28

FABRIKVERKAUFSNIEDERLAGEN:
BERLIN-CENTRUM: GROSSE FRANKFURTERSTRASSE 66
BERLIN-NORDEN: CHAUSSEESTRASSE 84
BERLIN-SCHÖNEBERG: HAUPTSTRASSE 96
BERLIN-NEUKÖLLN: BERLINERSTRASSE № 35-39

Extra billiges Angebot!

Hausfrau, achte auf jeden Vorteil

Kaffee

Täglich frisch geröstet

Sorte		Preis
Sorte I	¼ Pfund	110 Pf.
„ II	¼ „	95 „
„ III	¼ „	85 „
„ IV	¼ „	65 „
Spezial-Mischung	¼ Pfund	75 „

Brot u. Kuchen

E. G. N. Brot	Stück 40 Pf.
Gesundheits-Brot	„ 35 „
Napfkuchen	Stück 1.00, 30 „
Königskuchen	Stück 40 „
Streuselkuchen	„ 35 „
Kranzstangen	„ 50 „
Melonen	„ 5 „
Schloßkuchen	„ 75 „

EDUARD GOLDACKER NACHF.

Inh. Gusowski u. van Groenenbergh.

Zentr.: Hohenschönhausen - Industriebahnhof

Filialen in allen Stadtteilen.

Charlottenburg
Berliner Straße 115, Wallstraße 34, Wilmersdorfer Str. 66, Kantstr. 134 b.
W, Uhlandstr. 49, Nürnberger Str. 42, Goltzstraße 31.
Schöneberg
Fritz-Reuter-Str. 13, Eisenacher Str. 52
Wilmersdorf, Lauenburger Straße 2 a.
Halensee, Kurfürstendamm 105.
Cöpenick, Schloßstraße 2.

Erkner, Friedrichstraße 3.
Friedrichshagen, Friedrichstraße 125.
Spandau I, Neuendorfer Straße 5.
Spandau II, Pichelsdorfer Straße 96.
Zehlendorf-Mitte, Hauptstraße 1.
Nowawes, Priesterstraße 71.
Potsdam, Brandenburgstraße 47a.
Werder, Unter den Linden 4.
Berlin Süden
Hermannplatz 5, Kottbusser Damm 12a, Dresdener Straße 21.

SW, Friedrichstr. 248, Zossener Str. 21.
Osten, Andreasstraße 68, Frankfurter Allee 20, Frankfurter Allee 297.
Lichtenberg, Frankfurter Allee 107.
NW, Kirchstr. 1, Wilsnacker Str. 15.
Norden
Badstr. 33a, Reinickendorfer Str. 13, Müllerstraße 166, Schönhauser Allee 177c, Kastanienallee 35, Danziger Straße 4.

Verkäufe

Reißzeuge (Richter-Präzision). Eisenbeiß-Goldfüllfederhalter. Bureaubedarfshaus Lindner. Neukölln, Kaiser-Friedrich-Straße 36/37.

Naumann-Nähmaschinen für Hausgebrauch und Gewerbe. Teilzahlung. Reparatur-Werkstatt für alle Systeme. Emil Halbarth G. m. b. H., Friedrichstraße 35a. Amt Hasenheide 3857.

Teilzahlung. Kinderwagen.

Teilzahlung. Puppenwagen.

Teilzahlung. Metallbettstellen. Roll, Große Frankfurterstraße 47, gegenüber Markusstraße.

Bekleidungsstücke, Wäsche usw.

Wenig getragene Sommerpaletots, Gesellschaftsanzüge, korpulente Figuren, staunend billig. Roß, früher Mulackstraße, jetzt nur Gormannstraße 25/26 und Mariannenstraße [illegible].

Getragene Herrengarderobe, tadellos erhalten, Gelegenheitskäufe in Pelzwaren, große Auswahl, billige Preise. Keine Lombardware. Leihhaus Spiegel, Chausseestraße 7.

Teilzahlung. Gardinen, Stores, Bettdecken, Steppdecken, Diwandecken, Teppiche und Möbel jeder Art, geringe Anzahlung, bequeme Abzahlung. Möbelhaus Luisenstadt, Köpenicker Str. 77/78 Ecke Brückenstraße.

Wenig getragene, teils auf Seide gearbeitete, erstklassige Jackettanzüge, Frackanzüge, Smokinganzüge, Gehrockanzüge, Cutaways, Winterpaletots, außerdem hochelegante neue Garderobe zu staunend billigen Preisen. Gelegenheitskäufe in Sportpelzen, Pelzjacken, Pelzmänteln, Pelzdecken, Füchsen aller Art auffallend billig im Leihhaus Lewicki, Prinzenstraße 103, eine Treppe. Keine Lombardware.

Teppiche, Diwandecken, Tischdecken, Bettvorleger, Läuferstoffe, prachtvolle Auswahl, extra billige Gelegenheiten. [illegible], Potsdamerstraße 102.

Verleih hocheleganter Gesellschaftsanzüge. Leihhaus Lewicki, Prinzenstraße 103.

Möbel

Teilzahlung, kulant. Möbel-Witsch.

Teilzahlung, billig. Möbel-Witsch.

Teilzahlung, reell. Möbel-Witsch, Große Frankfurterstraße 43/45.

Teilzahlung. Möbel jeder Art. Geringe Anzahlung, bequeme Abzahlung. Möbelhaus Luisenstadt, Köpenickerstraße 77/78, Ecke Brückenstraße.

Kleiderschränke, dreiteilig, 90.—, mit geschliffenem Spiegel 120.—, Bettstellen 48.—, Plüschsofas, Einzelmöbel. Zahlungserleichterung. Stein, nur [illegible]straße 28.

Konkurrenzlos. Neue fournierte Kleiderschränke mit Spiegel 105.—, neue englische Bettstellen mit Federboden und dreiteiligen Auflagen 55.—, Nachttische mit Marmorplatte 15.—, Plüschsofa 45.—, Diplomaten 48.—, Säulenbüfett 75.—, neue Küchen, 100 breit, 55.—, Eßzimmer, echt Eiche, 160 breit, komplett 345.—. Riesenauswahl in jeder Ausführung. Möbelhaus Gottlieb, Rügenerstraße 13, Bahnhof Gesundbrunnen.

Patentmatratzen, Auflegematratzen, Metallbetten, Chaiselongues. Walter, Stargarderstraße achtzehn. Spezialgeschäft.

Gelegenheit. Kleiderschrank 18.—, Vertiko 15.—, Waschtoilette 15.—, Frankfurter Schreibtisch 25 Mark, Sofa 15.—, Küchen 24.—. Möbelhaus Gottlieb, Rügenerstraße dreizehn.

Extraangebote. Mahagoni-Aufliegeschränke, englische Bettstellen, Nachttische, Apotheken, Trumeaus, Ausziehtische, Stühle billig. Möbelhaus [illegible], Kastanienallee 56.

Chaiselonguedecken 9.—, wunderbare Wandbehänge 5.—. Pappelallee 12.

Schlafchaiselongues, Bettchaiselongues, Chaiselonguedecken 9.—, Wandbehänge 5.—, Patentmatratzen 10.—, Polsterauflagen, Wochenabzahlung 3.—. Pappelallee 12; Pankow, Schmidtstraße 1.

Metallbetten mit Auflagen 28.—, Pappelallee 12; Pankow, Schmidtstr. 1.

Musikinstrumente

Pianos preiswert. Klaviermacher Link, Brunnenstraße 28.

Pianos, prächtige Instrumente, bequeme Zahlweise. Sachse, Oranienburgerstraße 42.

Pianos, Qualitätsware aus eigener Fabrik, Flügel, Harmoniums, große Auswahl in jeder Preislage. Zahlungserleichterung. Max Thom, Inhaber Otto Wollersdorf, Münzstraße 16, nahe Alexanderplatz.

Klavier 275.—, Konzertpiano (Flügelton), Steinmeyerflügel billigst (Zahlungserleichterung). Steinmeyer, Pianofabrik, Oranienstraße 166 III.

Kaufgesuche

Fahrräder kauft Lindenstraße 19

Unterricht

Schnellkurse. Englisch, Französisch, Deutsch, Korrespondenz, Auslandsstudium. Urbanstraße 176.

Engländerin gibt Stunden bei sich. Stephan 2652. Schöneberg, Hauptstraße 17, Pilz.

Verschiedenes

Gerberei. Neukölln, Prinz-Handjerystraße 57/58.

Gefunden / Verloren

Verloren Aktentasche mit Akten am 10. Februar Alexanderplatz, Frankfurter Allee, Straßenbahn Linien 68 oder 69. Gegen Belohnung abzugeben Warenhaus Tietz, Frankfurterallee.

Arbeitsmarkt

Hausmeister für Privathaus in Schöneberg (Schlosser oder Klempner) wird bei freier Wohnung und auskömmlichem Lohn gesucht. Frau muß Hausreinigung besorgen. Angebote Spedition Schöneberg, Belzigerstraße 27, unter „Hausmeister". 1820b

---

Hausierer

in allen Gegenden für
Plüschpantoffeln und Turnschuhe
gesucht. Nachricht unter A. H. 449 an Rudolf Mosse, Berlin SW 19, erbeten.